Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

8. Januar 1979
Jg. 7 Nr. 2

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

UdSSR frischt israelische Besatzermannschaft auf

z.hku. 30000 sowjetische Juden sind im vergangenen Jahr von den Sozialimperialisten nach Israel verbracht worden. Das waren doppelt so viele wie im vorhergegangenen Jahr 1977, und die größte Lieferung aus der Sowjetunion überhaupt. (Tagesspiegel, 30.12.) – „Die jüdischen Nationalisten haben am frühen Morgen heute bei Jerusalem versucht, neue Siedlungen zu errichten. Etwa 75 Familien, meist aus der Sowjetunion, hatten auf arabischem Land zwei Hügel besetzt und Stacheldrahtzäune errichtet.“ (ZDF-Nachrichten am 27.12.). Die frischen Stoßtruppen sind ausgerichtet auf die Aufgabe des zionistischen Landraubs. – Während die Sozialimperialisten sich heiser schreien über die Verhandlungen Ägyptens mit Israel und darüber gern das arabische Lager gespalten hätten, päppeln sie gleichzeitig den Zionistenstaat mit Bluttransfusionen auf.

Jugoslawien entwickelt eigene Waffenproduktion

z.pek. Gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte stärkt Jugoslawien seine nationale Verteidigung. „Entscheidend dafür ist die Kraft und das Bewußtsein unseres Volkes“, erklärte dazu der jugoslawische Verteidigungsminister Ljubicic, „wir verfügen aber auch über modernste Waffen eigener Produktion, mit denen jeder feindliche Durchbruch an irgendeinem Punkt der Grenze wirksam verhindert werden kann.“ Dazu gehören ein neuer Gewehrtyp, Luftabwehrgeschütze, Minenwerfer, Brückenkonstruktionen, mit denen Verbindungen über Flüsse in 1 bis 2 Stunden hergestellt werden können sowie Kanonenboote und Tauchboote zum Schutz der Küstengewässer. Die Imperialisten bleiben auf ihren Möchtegern-Lieferungen von schrottreifen Waffen zu Wucherpreisen sitzen.

VR China bietet Taiwan Verhandlungen an

VR China bietet Taiwan Verhandlungen an

z.krk. Die VR China hat Taiwan Verhandlungen über die Wiedervereinigung mit dem Mutterland angeboten. Liu Fei, Mitglied des V. Nationalen Volkskongresses, ehemaliger Funktionär des Tschiang Kai-Schek-Regimes, erklärte sich bereit, zur Führung von Verhandlungen nach Taipeh zu reisen. Bis heute ist die Insel Taiwan, wohin sich Tschiang vor den Schlägen der Roten Armee zurückziehen mußte, eine Kolonie des US-Imperialismus. Vor kurzem waren die USA gezwungen, die VR China diplomatisch anzuerkennen und den gegen die VR China gerichteten Verteidigungsvertrag mit Taiwan aufzukündigen. Damit ist der Hauptfeind des Volkes auf Taiwan diplomatisch geschlagen und ein breites antiimperialistisches Bündnis aller Patrioten zur Wiedervereinigung hat gute Bedingungen.

EWS tritt nicht in Kraft

z.scc. Wer buttert wen unter? Nach dem letzten Krach der EG-Agrarminister (s. KVZ 52/78) hatten die französischen Imperialisten angedroht, notfalls das Europäische Währungssystem platzen zu lassen. Wenn nämlich Schmidt und Ertl ihrer Forderung nach Abschaffung der Währungsausgleichsbeträge binnen eines Jahres nicht nachkämen. Die dachten nicht daran, auf die Exportsubventionen auf westdeutsche Agrarausfuhren zu verzichten, wollen vielmehr unbedingt noch höhere Subventionen (infolge der Umrechnung der Agrarpreise in die neue Währungseinheit ECU) einstecken. Was ihre französischen Konkurrenten, die auf ihre landwirtschaftlichen Exporte wiederum zuzahlen müssen, um jeden Preis verhindern wollen. Jetzt machte Giscard die Drohung wahr, das EWS tritt nicht zum 1. Januar in Kraft.

Eine starke Strömung nach Einheit

Streik bei Peine Salzgitter / Solidarität in der metallverarbeitenden Industrie / Stahl wird knapp

z.ges. Im Streik der Stahlarbeiter wirkt das Mittel der Urabstimmung als Waffe in der Hand der Stahlarbeiter, während es doch oft dazu gedient hat, trotz Streik einen schlechten Abschluß unter Dach und Fach zu bringen. Den Hafenarbeitern ist es im letzten Jahr zum ersten Mal gelungen, die Urabstimmung so zu nutzen. Den Schlichtungsspruch haben sie in der Urabstimmung abgelehnt und durch ihre hartnäckige Einheit den besten Tarifabschluß des letzten Jahres durchgesetzt. Das ist den Kapitalisten in die Knochen gefahren, und einige Leute, die das Streikende nicht vom Erfolg des Streiks, sondern von seiner Verträglichkeit mit den Interessen der Regierung abhängig machen wollen, mußten ebenfalls vorsichtig werden. Weil die Stahlarbeiter die Waffe des Streiks haben und ihre Einheit so groß ist, daß sie auch die Urabstimmung als Waffe werden nutzen können, ist Farthmann mit seinen Schlichtungssprüchen noch nicht einmal über die Tarifkommission hinausgekommen. Das ist wirklich eine günstige Lage. Die Einheit unter den Arbeitern ist spürbar gewachsen. Nicht nur unter den Arbeitern der einzelnen Industriezweige, sondern über die einzelnen Industriezweige hinweg und über die Industrie hinaus zu den öffentlichen Diensten und überall hin, wo besitzlose und lohnabhängige Massen in Gegensatz zur Kapitalistenklasse stehen. Die Kapitalisten wissen das. Deshalb ist Kirchner, dem Geschäftsführer von Gesamtmetall, in einem Interview die Erinnerung an den Streik der Hafenarbeiter gekommen. Die Erinnerung ist umso frischer, weil die Kapitalisten sich diesmal gegenüber den Hafenarbeitern gezwungen sahen, schon vor jeder Kampfhandlung einen Vertrag zuzugestehen, der jedem Hafenarbeiter mindestens 100 DM mehr sichert. Kirchner sagte: „Wir haben 1978 ähnlich unglücklich in der Lohnpolitik begonnen, als die Hafenarbeiter – ein sicherlich kleinerer Bereich, der aber durch die öffentliche Diskussion einen großen Aufmerksamkeitswert erhielt – 7% Lohnerhöhung erreichten.

– ein sicherlich kleinerer Bereich, der aber durch die öffentliche Diskussion einen großen Aufmerksamkeitswert erhielt – 7% Lohnerhöhung erreichten.

Fatalisten auf beiden Seiten glaubten, daß damit die Tarifdaten für das Jahr 1978 gesetzt seien. Die an nächster Stelle antretenden Tarifpartner in der Metallindustrie haben – auch wenn hierfür ein Arbeitskampf notwendig war – bewiesen, daß sie mit einem Tarifdatum von 5% die Weichen wieder zurückdrehen konnten.“ Tatsächlich ist an dem Weichen zurückdrehen etwas Wahres dran, und da jetzt manche in NRW ausgerechnet nach Steinkühler rufen, muß man daran erinnern, daß gerade Steinkühler an dieser Weiche mitgedreht hat. Die entscheidende Weiche konnten die Kapitalisten aber nicht zurückdrehen: die starke Strömung nach Kampfeinheit unter den Arbeitern, die sie befähigt, Streik und Urabstimmung immer besser zu nutzen, ist stärker geworden. In mehr Tarifbezirken der metallverarbeitenden Industrie als je zuvor sind Mindestforderungen in Mark und Pfennig aufgestellt worden. Kirchner weiß um diese Strömung: „Wenn der Streikbazillus von der Stahlindustrie überspringt, würde sich der große Schaden des Stahlkonflikts zur Katastrophe auswachsen.“

Was so einer als Katastrophe befürchtet, bereiten die Arbeiter mit Nachdruck vor. Von VW aus Wolfsburg wird berichtet: „Nach einem Beschluß der Vertrauenskörperleitung vom 3.1.1979 wird in den Abteilungen angefangen, für die Stahlarbeiter Geld zu sammeln, was in Verbindung mit einem Solidaritätsschreiben verschickt werden soll. Im Sitzerohbau haben fast alle Arbeiter etwas gegeben, auch die Nicht-IG-Metaller. Die Gelder lagen zwischen 2 und 10 DM. In der Halle 12

Fortsetzung Seite 2

Uranbergarbeiter in Namibia streiken für höheren Lohn







Bis zum 29. Dezember haben 2000 Arbeiter der größten Urantagebaumine der Welt, des Rossing Uran Bergwerks in Swakopmund in Namibia, für höheren Lohn gestreikt. Uran – die Imperialisten fiebern danach, sie brauchen es für ihre Energie- und Kriegsprogramme. 609 Mio. DM haben die BRD-Imperialisten 1977 an Kapital nach Südafrika exportiert. Nachdem die illegalen Wahlen im Dezember vor der UNO für null und nichtig erklärt wurden, sind die Rassisten gezwungen, Wahlen unter Kontrolle der UNO zuzustimmen. Der Vorsitzende der Befreiungsorganisation des namibischen Volkes Nujoma hat zu verstärkter Waffenhilfe aufgerufen: „Was die SWAPO tun wird und was in ihrer Macht steht, ist, den Befreiungskrieg mehr als je zuvor zu intensivieren und in Richtung für eine allgemeine Armee des Volkes von Namibia zu arbeiten, d.h. den bewaffneten Befreiungskampf in einen langwierigen und echten Volkskrieg zu verwandeln.“

gen, Wahlen unter Kontrolle der UNO zuzustimmen. Der Vorsitzende der Befreiungsorganisation des namibischen Volkes Nujoma hat zu verstärkter Waffenhilfe aufgerufen: „Was die SWAPO tun wird und was in ihrer Macht steht, ist, den Befreiungskrieg mehr als je zuvor zu intensivieren und in Richtung für eine allgemeine Armee des Volkes von Namibia zu arbeiten, d.h. den bewaffneten Befreiungskampf in einen langwierigen und echten Volkskrieg zu verwandeln.“

Die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen müssen das Demokratische Kampuchea sofort verlassen!

z.ges. Bereits im Dezember 1977 und im Januar 1978 haben vietnamesische Aggressionstruppen eine großangelegte Offensive gegen das Demokratische Kampuchea unternommen. 14 vietnamesische Divisionen waren an der damaligen Offensive beteiligt. Am 6. Januar letzten Jahres wurde diese Offensive durch die Revolutionären Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea zerschlagen. Die Reste der Aggressionstruppen wurden in der folgenden Zeit vollends aufgerieben und zurück über die vietnamesische Grenze getrieben. Erneut hatte sich gezeigt, daß ein kleines Volk erfolgreich kämpfen kann, wenn es seine Kräfte vollständig mobilisisiert und sich gegen die Aggressoren eng zusammenschließt. Die vietnamesischen Aggressionstruppen verwendeten bei der damaligen Offensive sowohl erbeutete US-Waffen, wie Waffen der VR China, die ihnen während des Befreiungskrieges von der VR China geschenkt worden waren, wie sowjetische Waffen, die ihnen von der Sowjetunion speziell für den Angriff auf das Demokratische Kampuchea zur Verfügung gestellt worden sind. Einen Teil dieser Waffen haben die Revolutionären Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea vor dem ehemaligen Hauptquartier der US-Marionette Lon Nol ausgestellt. Dieses ehemalige Hauptquartier Lon Nols dient den Revolutionären Streitkräften des Demokratischen Kampuchea heute als Militärmuseum.

Die sozialimperialistische Sowjetunion, die die vietnamesische Offensive angeregt und dirigiert hatte, fand sich mit der Niederlage nicht ab. Da ein Teil der US-Beute bereits vernichtet war und die VR China selbstverständlich jede Hilfe an Vietnam einstellte, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die vietnamesischen Revisionisten diese Hilfe zu Aggressionshandlungen gegen das Demokratische Kampuchea nutzen, da sich außerdem die ökonomische und politische Lage in Vietnam von Tag zu Tag verschlechterte, mußten die sozialimperialistischen Hintermänner der Aggression in der Folgezeit immer mehr hervortreten. Zuerst verleibten sie Vietnam dem Comecon ein, dann schlossen sie einen sogenannnten Freundschaftsvertrag mit Vietnam, der eindeutig militärischen Charakter trägt. Über den Warschauer Pakt gingen sie daran, die jetzige Offensive gegen das Demokratische Kampuchea vorzubereiten. Um diese Offensive zu decken und zu tarnen, wurde eigens eine angebliche kampucheanische Front der nationalen Rettung gegründet, als deren „Befreiungskrieg“ die jetzige Offensive durch reguläre vietnamesische Truppen unter sowjetischem Kommando vorgetragen wird. Was man von dieser angeblichen kampucheanischen Front der nationalen Rettung zu halten hat, zeigt das Folgende:

Im Dezember ließen die vietnamesischen Behörden rund um die Welt verbreiten, in 17 der 19 Provinzen des Demokratischen Kampuchea tobten Aufstände und hätte die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Kontrolle verloren. Kurz danach befand sich eine Delegation des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auf Einladung der Kommunistischen Partei Kampucheas in Kampuchea. Bei ihrem einwöchigen Besuch kam diese Delegation nicht nur nach Phnom Penh, sondern durch insgesamt zehn Provinzen des Demokratischen Kampuchea. Die Delegation konnte sich in all diesen zehn Provinzen frei bewegen. Sie konnte sich ohne jede bewaffnete Begleitung bewegen. Überall waren die Volksmassen mit der landwirtschaftlichen Produktion beschäftigt. Nirgendwo mit der Niederschlagung von angeblichen Aufständen. Die angeblichen Aufstände waren eine reine Erfindung der vietnamesischen und sowjetischen Aggressoren und waren Teil der Propagandaoffensive, die die jetzige militärische Offensive vorbereiten sollte. Durch nichts läßt sich verbergen, daß es sich bei dieser Offensive um ein rein sowjetisch-vietnamesisches Militärabenteuer handelt, dem sich das Volk des Demokratischen Kampuchea, die Revolutionären Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea und die Kommunistische Partei Kampucheas geschlossen entgegenstellen. Die angebliche kampucheanische Front der nationalen Rettung hat ihren Sitz in Hanoi und Moskau. Ihr Vizevorsitzender heißt Le Duan, ihr wirklicher Vorsitzender aber Leonid Breschnew.

Das Demokratische Kampuchea organisiert die Verteidigung des Landes und führt heftige Abwehrkämpfe gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen. Es ist entschlossen, die Verteidigung des Landes notfalls aus dem Busch fortzusetzen. Auch die US-Aggressoren wurden aus dem Busch heraus durch den langandauernden Volkskrieg zerschlagen und vernichtet. Gleichzeitig hat das Demokratische Kampuchea den Sicherheitsrat der UNO aufgefordert, die sowjetisch-vietnamesische Aggression zu behandeln und zu verurteilen. Man kann gespannt sein, wie sich die BRD verhält. Ihre jetzige Haltung läuft darauf hinaus, erst mal abzuwarten, um zu sehen, wie man sich am erfolgreichsten einmischen kann. Die südostasiatischen Interessen sind groß, und man will sehen, wie man sie am besten verfechten kann. Bedingungslose Unterstützung der Forderungen des Demokratischen Kampuchea! muß dagegen die Losung der Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin sein. Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen! Schluß mit allen Subversions- und Interventionsversuchen gegen das Demokratische Kampuchea!

Die neue Offensive gegen das Demokratische Kampuchea hat alte Wurzeln. Nicht umsonst hat die sozialimperialistische Sowjetunion die von den USA gesteuerte Lon-Nol-Clique bis zuletzt unterstützt und den kampucheanischen Befreiungskampf und die kampucheanische Revolution stets sabotiert. Ein unabhängiges Kampuchea ist für die sozialimperialistischen Hegemonisten ein Hindernis bei der Expansion in Süd-Ost-Asien. Vietnam dagegen haben die sowjetischen Sozialimperialisten dank des Verrats der Le-Duan-Pham-van-Dong-Clique in immer tiefere Abhängigkeit gebracht

Der Sieg des Demokratischen Kampuchea über die Aggressoren wird der Unabhängigkeit aller Völker Süd-Ost-Asiens, einschließlich des vietnamesischen Volkes dienen.

Eine starke Strömung nach Einheit

Fortsetzung von Seite 1

sollen 2000 DM gesammelt worden sein." Die VW-Arbeiter werden dabei an die Erfahrungen ihres eigenen letztjährigen Streiks gedacht haben und an die große Solidarität, die er überall gefunden hat. Sie werden an eigene zukünftige Kämpfe auch gedacht haben. In fast allen Bereichen der Metallindustrie, wenn auch noch nicht bei VW, herrscht tarifloser Zustand.

Tarifloser Zustand herrscht auch bei den Werken des Peine-Salzgitter-Konzerns. Es ist ein Stahlkonzern mit eigenem Haustarif. Im Werk Salzgitter haben die Arbeiter jetzt gestreikt. Der Streik begann am 4.1. um 10 Uhr und dauerte über 2 1/2 Stunden. Arbeiter der Elektrowerkstatt sowie Arbeiter aus den Walzwerken, insgesamt rund 1400 zogen durch den Betrieb und versammelten sich in der Kantine der Elektrowerkstatt und der vom Walzwerk 2. Der Vorstand sollte zum ‚Nullangebot' Stellung nehmen. Ein untergeordneter Sprecher drohte mit Entlassungen. Als nach einer Dreiviertelstunde ein Vertreter der IGM-Ortsverwaltung kam, hallte ihm schon der Ruf entgegen: „Wann ist Urabstimmung?"

Sowas wie einen Streikbazillus gibt es nicht. Aber es gibt gemeinsame Interessen. Man wird sich ihrer bewußt. Man festigt die Einheit und schöpft Kraft und kämpft den gemeinsamen Kampf.

In Frankreich kämpfen die Stahlarbeiter ebenfalls. Die Regierung, mit Schmidt-Freund d'Estaing an der Spitze, unterdrückt alle Nachrichten über den Streik der westdeutschen Stahlarbeiter. Auch hier die Furcht vor dem Streikbazillus. Die französischen Stahlkapitalisten würden lieber den einen oder anderen Auftrag hereinholen, den die westdeutschen Stahlkapitalisten nicht erfüllen können. Die revisionistische Gewerkschaftsführung scheint solchen schmutzigen Geschäften gegenüber ganz aufgeschlossen zu sein. Die französischen Stahlarbeiter erfahren wenig über den Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter, und doch greifen sie zum wichtigsten Mittel der Unterstützung und führen selber ihren Kampf. Auch international hat der Streik der westdeutschen Stahlarbeiter seine Wirkung.

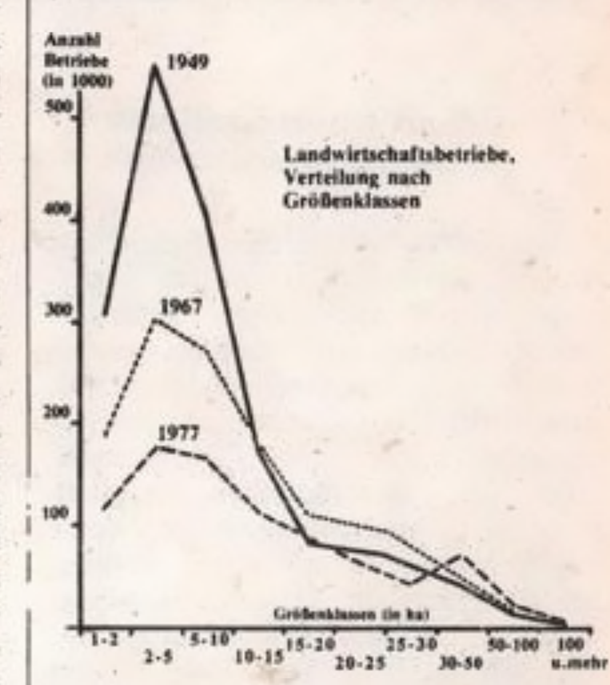
Von Schmidt wird jetzt als Schlichter gesprochen. Aber die Bourgeoisie ist besorgt und will ihn für höhere Aufgaben erhalten. „Seine Autorität", stoßseufzt die fromme Bildzeitung, „die vielleicht eines Tages (Gott möge es verhüten) für eine ganz große Krise gebraucht wird, wäre dann verschlissen." Im Klartext: Sie trauen auch ihm nicht zu, daß er die Stahlarbeiter hinters Licht führen kann. Außerdem, ist Schmidt erst an der Front, dann kommt der politische Charakter der jetzigen Bewegung unter den Arbeitern vielleicht noch schneller zum Durchbruch. Im übrigen denkt die Bildzeitung weiter und schon an Bürgerkrieg und Krieg. Aber auch die Arbeiterbewegung ist alles andere als kurzsichtig.

Die große Einheit geht Hand in Hand mit dem Bewußtsein, daß gegen die zahlreichen Angriffe der Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung insgesamt in den Kampf ziehen muß. Daß die 35-Stundenwoche in Wirklichkeit eine Klassenforderung ist und nicht die Forderung dieser oder jener Abteilung der Arbeiterklasse, macht sie so populär. Auch die Manöver mit der 35-Stundenwoche, ihre Zerfaserung in diesen oder jenen Ausstieg, will in den Verhandlungen nicht so richtig gelingen. Seit dem Hafenarbeiterstreik haben die Arbeiter schon einmal das letzte Wort behalten.

Jetzt sind neue Verhandlungen in der Stahlindustrie im Gang. Man muß sich jetzt darüber besprechen, was man auf jeden Fall ablehnen muß, und was man annehmen kann. Man kann annehmen: Einen Tarifabschluß, der für jeden wenigstens hundert DM mehr tariflich sichert. 6 Wochen Urlaub für alle geht, wenn nicht für alle, geht es nicht. Die Arbeitszeitverkürzung muß für alle gelten und muß klar pro Woche geregelt sein, so daß man wirklich

Anspruch hat. Wenigstens zwei Stunden muß sie betragen. Alles, was spaltet, muß man ablehnen, wenn man nicht gerade das Beste an der gegenwärtigen Situation, die starke Strömung nach Einheit unter den Arbeitern, der alle Erfolge verdankt sind, gefährden will. Wenn man sich einigt und die Waffe der Urabstimmung gut zu nutzen versteht, dann bleibt die Waffe des Streiks scharf und wird den Erfolg herbeiführen. Auf solchem Erfolg lassen sich die weiteren unvermeidbaren Kämpfe gegen die Steuerausplünderung, um die Arbeitslosenversicherung, für die Stahlarbeiter insbesondere auch der Kampf gegen die Kontischicht gut führen. Diese Kämpfe sind nicht nur unvermeidbar. Sie beginnen.

z.gör. **Konzentration des landwirtschaftlichen Grundbesitzes.** Das folgende Schaubild zeigt ihre Entwicklung; die kleinen und mittleren Landwirtschaften werden rasch ruiniert, die großen nehmen zu, allerdings langsam, da sie bereits großen Bodenbesitz konzentrieren. Am Schnittpunkt der Kurven erkennt man, daß sich die Grenze, bis zu der ein rascher Ruin stattfindet, zunehmend in den Bereich der mittleren Landwirtschaften (bis 30 ha) hinein verschiebt.



Beschleunigung des Ruins kleinerer und mittlerer Landwirtschaften. Die durchschnittliche Wegfallrate für die kleineren Landwirtschaften lag im Zeitraum 1967 - 1977 über der im Zeitraum 1949 - 1966. In den letzten Jahren trat jedoch eine gewisse Verlangsamung dieses Prozesses ein. Die Bauern lassen sich nicht so leicht von ihrem Land vertreiben. Das erkennt man auch daraus, daß gerade in den letzten Jahren die Zahl der Nebenerwerbsbauern *zugenommen* hat. Darin spiegelt sich sowohl der ruinöse Druck, der auf den Bauern lastet, wie auch ihr Widerstand dagegen.

lassen sich nicht so leicht von ihrem Land vertreiben. Das erkennt man auch daraus, daß gerade in den letzten Jahren die Zahl der Nebenerwerbsbauern *zugenommen* hat. Darin spiegelt sich sowohl der ruinöse Druck, der auf den Bauern lastet, wie auch ihr Widerstand dagegen.

Expansion der großen Landwirtschaften. Die Masse des Grund und Bodens aus der Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern dient der Erweiterung der großen kapitalistischen Landwirtschaften. Während die Zahl der Landwirtschaften von 1646800 (1949) auf 861900 (1977) zurückging, wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche kaum kleiner: von 13,28 Mio. ha (1949) auf 12,35 Mio. ha (1977). Die großen Landwirtschaften konzentrieren auch die Masse des Pachtlandes; je größer die Landwirtschaft, desto größer der Anteil an Pachtland. Bei den Landwirtschaften über 50 ha macht das Pachtland im Durchschnitt 37% aus.

Die Bodenpreise. Die folgende Tabelle zeigt, zu welchen Schleuderpreisen das Land der ruinierten Bauern aufgekauft wird.

	Landw. Nutzfl. DM/m²	Rohbau-land DM/m²	baureifes Land DM/m²	sonst. Bauland* DM/m²
1974	1,67	22,20	40,34	14,91
1975	1,72	21,71	44,08	16,39
1976	1,87	25,14	48,80	17,64
1977	2,22	25,74**	52,35**	19,47**

* Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiräume ** 3. Vierteljahr

(Die Preise für landwirtschaftliche Nutzfläche schwanken natürlich erheblich nach der Bodenqualität, etwa zwischen 10000 und 40000 DM/ha). Sobald das Land in den Händen der Spekulanten zu Kapital wird, schnellen die Preise in die Höhe. Noch "im Dorfgebiet" weist die Statistik Preise von 6,89 DM/qm für sonstiges Bauland, 17,71 DM/qm für Rohbauland aus. (Quellen: Stat. Jahrbücher, Agrarberichte)

Wie im Krieg...

Schneesturm in Norddeutschland / Gelegenheit für Kriegsmanöver

z.std. Die Wetterlage war absehbar. Die kalten kontinentalen Luftmassen im Norden und die warme Meeresluft

Die Presse begleitet dies ganze Manöver entsprechend. „Wunderbar, daß ihr da seid, Jungs", läßt sie die Solda-

Wie im Krieg...

Schneesturm in Norddeutschland / Gelegenheit für Kriegsmanöver

z.std. Die Wetterlage war absehbar. Die kalten kontinentalen Luftmassen im Norden und die warme Meeresluft im Süden wurde durch eine Europa quer durchziehende Tiefdruckrinne zusammengesaugt. Das ganze kam als Schnee runter, der durch den Zusammenprall der beiden Fronten entstandene Wind fegt den Schnee in meterhohen Schneewehen auf. Obwohl absehbar, war die „Katastrophe" da. Der Verkehr brach zusammen, die Versorgung war nicht mehr gesichert.

Ein solches Problem läßt sich immer lösen durch die Mobilisierung der Massen. Um es rasch zu lösen, erfordert es den Einsatz vieler Menschen und des entsprechenden Geräts. Es kann überhaupt nur kollektiv gelöst werden. Darum ging es der Bourgeoisie aber nicht. Sie nutzte dieses Ereignis, um ein militärisches Manöver zu inszenieren und dieses militärische Manöver durch die entsprechende Kriegsberichterstattung politisch zu stützen. Die Bauern wurden behindert, sich zusammenzuschließen, um die Straßen freizuräumen und Maßnahmen zur Versorgung des Viehs zu ergreifen. Stattdessen wurden bei dem Kriegsmanöver 2800 Bundeswehrsoldaten, 4000 Polizisten, über 3000 Feuerwehrleute, 1000 Leute vom Deutschen Roten Kreuz, noch wenigstens 1000 Leute von anderen „Hilfswerken", ein halbes tausend Arbeiter von privaten Räumungsfirmen und 1200 Arbeiter der Landesstraßenverwaltung eingesetzt. Sie alle wurden unter militärische Leitung gestellt. In den „Katastrophengebieten" wurde absolutes Fahrverbot verhängt, auch wenn die Straßen frei waren. Willkommen der Anlaß also zu proben, wie die verschiedenen militärischen und paramilitärischen Organisationen unter der Leitung der Bundeswehr zusammenarbeiten können.

Die Presse begleitet dies ganze Manöver entsprechend. „Wunderbar, daß ihr da seid, Jungs", läßt sie die Soldaten bejubeln. Dörfer werden grundsätzlich nur „befreit". Man fragt sich die ganze Zeit „von wem"? Einen Hinweis gibt die „sibirische Kälte", von der die bürgerliche Presse immer wieder spricht. Tatsächlich ideale Bedingungen, um den Sibirieneinsatz zu proben. Die bürgerlichen Politiker stellen den Zusammenhang her. Wehner stellt die politischen Absichten der Bourgeoisie, wie sie sich insbesondere gegenüber den Streikkämpfen der Arbeiterklasse ergeben sowie inbezug auf die imperialistische Expansion, klar: Von dem Krieg an der „Schneefront" zu den Schauplätzen, wo die westdeutschen Imperialisten zu intervenieren interessiert sind. Christliches Gespei, hinter dem sich die Kriegsabsichten nur schlecht verbergen: „Wir Menschen sind aufeinander angewiesen. Was wir aneinander auszusetzen haben, ist menschlich. Was wir einander schuldig sind, ist es auch. Das gilt auch für unser Zusammenleben im Gemeinwesen, wie auch für das Zusammenleben der Völker. Die politischen Wettermeldungen aus anderen Teilen der Welt sind vielfach bedrohlich." Wehner nennt die Befreiungskämpfe des iranischen Volkes, der Völker Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. „Europa ist mehr oder weniger berührt von den oder verstrickt in die besorgniserregenden Verwicklungen in anderen Erdteilen." Conrad Ahlers überträgt die Erfahrungen der „Schneekatastrophe" auf den militärischen Krisenfall und kommt zum Ergebnis: „...erkennt man, daß von einer wirksamen Gesamtverteidigung nicht gesprochen werden kann. ...Auch nach einer Mobilmachung gibt es nicht genügend Menschen und nicht genügend Material, um die Versorgung der Truppe und der Bevölkerung sicherzustellen." Die Leute machen die Mobilmachung nicht mit. Sie organisieren die Versorgung und unterstützen sich dabei gegenseitig. Auch dies versucht die Bourgeoisie noch für ihre Zwecke auszukosten. Stoltenberg lobt die „wirksame Nachbarschaftshilfe". Sie werden darüber brüten, wie sie auch das noch für die Kriegsvorbereitung nutzen können.


Tagelang fahren die Panzer auf, um die Straßen zu kontrollieren

Mit den Soldaten wird geprobt, wie lange sie sich unter solchen Witterungsverhältnissen einsetzen lassen. Mehr als 24 Stunden dauert der Einsatz. Die Soldaten lassen eine ganze Reihe von Panzern und anderen Bundeswehrfahrzeugen in den Schnee fahren. Sie wehren sich gegen die Schinderei. Kaum ist der Sturm vorbei, empfiehlt die Bourgeoisie, die „Bevölkerung soll sich gewisse Vorräte anlegen". Schleswig-Holsteins Innenminister Titzck will die „Aktion Eichhörnchen" wiederbeleben und will die „Anschaffung von Notstromaggregaten" fördern.

Die Bauern sind tagelang ohne Strom. Die Kühe werden von Hand gemolken. Die Milch wird verfüttert oder gleich weggeschüttet. Einige Bauern werden pleite machen durch Verluste. Der Einsatz der Bundeswehr ist nicht zum Nutzen der Bauern. Kleinere Dörfer werden nicht geräumt, steckengebliebene Fahrzeuge werden von den Panzern umfahren und wieder zugeschüttet. Anstatt über die Kreisstraßen, kommen die Panzer über die Koppeln und zerstören die Felder. Man weiß schon jetzt, wie die Bourgeoisie den „Notstand" verarbeiten wird: Mit einem Haufen von Gesetzen und Verordnungen wird sie die Kriegsvorbereitungen verfeinern.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.2: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

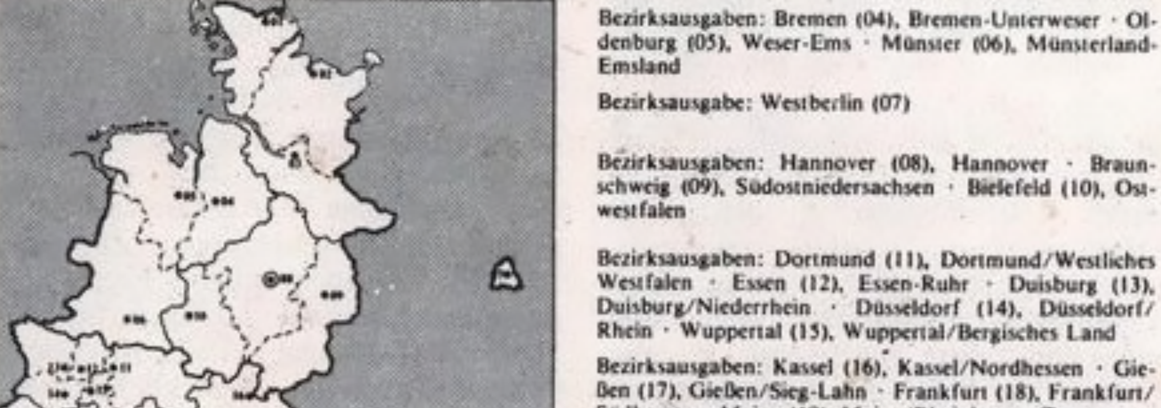
Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8OF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Erklärung der Regierung des Demokratischen Kampuchea

Phnom Penh, den 1.1.79, Liebe Genossen, liebe Landsleute! In den letzten 47 Jahren, d.h. von 1930 bis 1977, wurde

1) die vietnamesische Strategie der Expansion und territorialen Annexion gegen Kampuchea zur Erfüllung des Planes einer Indochinesischen Föderation durchgeführt. Zur Verwirklichung dieser Strategie bediente sich Vietnam rücksichtslos aller möglichen Taktiken – Überredung, Feindseligkeit, geheime Manipulation, Subversion, Einschüchterung, Drohungen, Staatsstreiche, Infiltration und offene Aggression und Invasion – gegen die kampucheanische Nation und das kampucheanische Volk. Aber diese verbrecherische Strategie der Vietnamesen wurde fortlaufend, schmählich und äußerst heftig besiegt.

2) Angesichts wiederholter Rückschläge bei der Durchführung der Strategie der Einverleibung kampucheanischen Territoriums begann Vietnam gemeinsam mit seinem Verbündeten – mit dem sowjetischen internationalen Expansionismus an der Spitze – gegen Ende 1977 die Strategie konzentrierter Angriffe auf das Demokratische Kampuchea. Das Ziel war, entsprechend ihrer „Blitzangriff-Blitzsieg"-Strategie das Demokratische Kampuchea hinwegzufegen und zu zerstören. Vietnam wurde jedoch 1978 schwer und schmählich geschlagen. Obwohl die „Blitzangriff - Blitzsieg" - Strategie schlimm scheiterte, fuhr Vietnam, angestiftet von seinem Herrn und Gebieter, dem sowjetischen internationalen Expansionismus, 1978 hartnäckig fort, Aggression gegen Kampuchea zu begehen, in dem Versuch, das Demokratische Kampuchea zu zerschmettern, das ihrer Strategie der Indochinesischen Föderation und der Strategie der Expansion in Südostasien, Asien und der Welt als Haupthindernis im Wege steht. Dennoch erlitt Vietnam im Verlauf des Jahres 1978 noch in allen Bereichen – militärisch, politisch, wirtschaftlich und diplomatisch, sowohl im Inland, als auch im Ausland – noch schwere Niederlagen. Es erlebte 1001 ernste und lähmende Schwierigkeiten. In der internationalen Arena stand Vietnam völlig isoliert da und war als Aggressor gegen Kampuchea gebrandmarkt. Eine Gefahr für Südostasien, eine Marionette und Handlanger des sowjetischen internationalen Expansionismus; ein Kuba in Asien im Dienst der südostasiatischen, asiatischen und globalen Strategie des sowjetischen Expansionismus, ein Land, das sich den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bündnissen des sowjetischen internationalen Expansionismus angeschlossen hat, ein Land, in dem der sowjetische internationale Expansionismus militärische Stützpunkte errichtete und ein Land, das in einem fremden Land militärische Stützpunkte unterhält.

3) In einer solchen kritischen und verächtlichen Lage hat sich Vietnam dem sowjetischen internationalen Expansionismus der sowjetischen Wirtschaftsallianz RGW und dem Warschauer Militärpakt tief verpflichtet ... Es ist diese Clique, die den Krieg in Kampuchea in dem Versuch internationalisiert hat, den Krieg über den Rest Südostasiens und ganz Asien auszubreiten und dadurch den Frieden, die Unabhängigkeit, nationale Souveränität, territoriale Integrität und Stabilität der Länder Südostasiens, Asiens und der ganzen Welt zu bedrohen.

4) Während sich Vietnam dieser Anstrengung unterzog, um erneut Freunde aufzutreiben, starteten der sowjetische internationale Expansionismus und der Warschauer Militärpakt im Oktober, November und Dezember 1978 massive Angriffe auf die südwestliche, östliche und nordöstliche Region des Demokratischen Kampuchea. Sie erlitten jedoch schwere Rückschläge, denn das kampucheanische Volk und die Revolutionäre Armee zerschmetterten energisch viele ihrer Soldaten. In den letzten drei Monaten zählte der vietnamesische Feind fast 10000 Tote und Verwundete.

5) Angesichts dieser neuen Niederlage kämpften Vietnam, der sowjetische internationale Expansionismus und der Warschauer Pakt seit dem 25. Dezember erneut, um auf höchst unverschämte und brutale Weise alle ihre Kräfte, darunter eine riesige Zahl von Infanterietruppen, Panzern, Kanonen und Flugzeugen, zur Fortsetzung der Invasion des Territoriums des Demokratischen Kampuchea östlich des Mekong und seiner Südwest-Region einzusetzen. Sie haben massive Kräfte mobilisiert, um insbesondere in Ratanakiri, Kratie und entlang der Nationalstraße Nr. sieben eine Invasion zu starten, wobei sie höchst arrogant und brutal unter völliger Mißachtung des Völkerrechts, internationaler Praxis und der öffentlichen Meinung der Welt tief in kampucheanisches Gebiet eindrangen.

Vietnamesische Flugzeuge drangen äußerst unverschämt in den östlichen Luftraum des Demokratischen Kampuchea ein und bombardierten an mehreren Stellen, insbesondere bei Andong Pich, Virachay, Bund Lung, Snuöl, Prasot, Memot, Chhlong, Chup und Suong, und griffen kampucheanisches Territorium an. Sie begingen zahlreiche und schwerwiegende Greueltaten an Kampucheanern, darunter an Greisen, Kindern, Männern und Frauen, sowie an ihrem Eigentum, wie Reis und anderen Feldfrüchten.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea und das kampucheanische Volk appellieren

a) an alle Freunde des Demokratischen Kampuchea in Nah und Fern, dem gerechten Kampf des kampucheanischen Volkes gegen Vietnam, den sowjetischen internationalen Expansionismus und den Warschauer Pakt, die das Demokratische Kampuchea angreifen, umfassende und vielseitige Unterstützung zu gewähren,

b) an die Länder und Völker in Südostasien, Asien und der Welt, an die blockfreien Länder, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen, in jeder Form und mit allen Mitteln die aggressiven Akte unverzüglich abzublocken, die Vietnam, der sowjetische internationale Expansionismus und der Warschauer Pakt gegen das Demokratische Kampuchea und gegen das kampucheanische Volk verüben und sie daran zu hindern, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea sowie der Länder Südostasiens, Asiens und der Welt zu untergraben....

Die ruchlosen, brutalen internationalen Feinde fügen der kampucheanischen Nation und dem kampucheanischen Volk alle Arten von Verwüstung zu und bereiten uns gewiß vorübergehend eine schwierige Zeit. Doch der gerechte Kampf der kampucheanischen Nation und des kampucheanischen Volkes für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität ihres Landes und die Verteidigung des Friedens, der Prinzipien der Blockfreiheit und für die Stabilität in Südostasien und in der Welt werden letztlich mit dem Sieg über Vietnam, den sowjetischen internationalen Expansionismus und den Warschauer Pakt – die schlimmsten Verbrecher seit Menschengedenken – gekrönt sein ...

Nieder mit dem Aggressor, dem Expansionisten und Annexionisten Vietnam!
Nieder mit dem sowjetischen internationalen Expansionismus und dem Warschauer Pakt, den internationalen Verbrechern!
Vietnam wird gewiß bittere Niederlagen einstecken, es wird leiden und zerstört werden, wie alle Aggressoren in der Geschichte!
4.1.1979







sowjetischen internationalen Expan- Chup und Suong, und griffen kampu-

Das iranische Volk fordert den Tod des Schah

Carter und Co.: Konterrevolutionäre Doppeltaktik, um ihre Herrschaft zu retten

z.scc. Ein Thema beherrscht den „Gipfel" der „großen westlichen Vier", wie sich Carter, Schmidt, Giscard und Callaghan unter arroganter Ignorierung der japanischen Imperialisten nennen lassen: die „Lage im Iran". Die Interventionspläne liegen längst ausgearbeitet auf Carters Schreibtisch. Inzwischen wurde der US-Flugzeugträger Constellation aus den philippinischen Gewässern in Richtung „Persischer Golf" beordert. US-Kampfflugzeuge stehen Tag und Nacht startklar auf dem Teheraner Militärflughafen, während Militärtransporter tagtäglich den Anflug proben, um auf dem Rückflug die in Scharen fliehenden imperialistischen Fachleute der Ausbeutung und Plünderung aufzunehmen. Jüngst haben die US-Imperialisten weitere 60 „Spezialisten" zur Unterdrückung der Volksbewegung in den Iran entsandt. Auf Guadeloupe will Carter seine europäischen Verbündeten auf ein gemeinsames Vorgehen unter US-Kommando festlegen.

Diese sind auf eine Intervention vorbereitet. Westdeutsche Fallschirmjägereinheiten liegen in Bereitschaft, um die „deutschen Interessen" zu sichern: Knapp 20% des Öls holen die BRD-Imperialisten aus dem Iran und sind damit nach Japan und den Niederlanden der drittgrößte Importeur. Der Streik der iranischen Erdölarbeiter trifft sie am Nerv. In Erwartung hoher Profite hatten sie den Kapitalexport im letzten Jahr auf 453,6Mio. DM fast verdoppelt. Jetzt verrosten ihre Anlagen: der größte Teil der Arbeiter hat sich dem Streik angeschlossen, die westdeutschen „Experten" in großer Zahl panikartig das Land verlassen.

Die Imperialisten suchen die Entscheidung. Alle Versuche, mit Hilfe des Schah-Regimes die Volksbewegung im Iran niederzuschlagen, sind gescheitert. Die von US-Offizieren ausgebildete, hochaufgerüstete Armee des Schah wird der Volksmassen nicht Herr. „Bei Tag kontrolliert das Volk die Stadt", berichtet der Korrespondent des International Herald Tribune aus Maschad. In die Stadt war er aus diesem Grunde gar nicht erst gelangt. Stattdessen hatte er Gelegenheit, die langen Verlustlisten der Armee zu studieren. Allein in den letzten Tagen sind zahlreiche Offiziere und Soldaten bei Gefechten und Straßenkämpfen getötet worden. Immer häufiger berichten imperialistische Presse und Fernsehen von regelrechten „Schiessereien". In Teheran sind die Demonstranten systematisch dazu übergegangen, Soldaten in die Falle zu locken und ihnen die Waffen abzunehmen. Neben scharenweisen Desertationen häufen sich die Zwischenfälle in der Armee: In Teheran eröffneten kürzlich Soldaten das Feuer auf eine Einheit der verhaßten Elitetruppen, als diese eine Demonstration angriff, und töteten u.a. deren Kommandeur.

In dieser Lage, in der der von den Imperialisten hochgezüchtete Gewaltapparat des Schah in Zersetzung begriffen ist, versuchen die Imperialisten, die Pferde zu wechseln. Nicht, daß sie ganz auf den Schah verzichten wollen. Aber sie brauchen Luft für ihre Manöver gegen die Massenbewegung und ziehen ihn deshalb aus der Schußlinie. Vergangenen Donnerstag soll er „auf ein Wochenende" Teheran verlassen haben; zwei Mrd. Dollar und seine Mutter hat er jedenfalls in die USA schaffen lassen. Zuvor hatte sich der ehemalige französische Innenminister Poniatowski als „Repräsentant des Präsidenten" und sicher nicht ohne Auftrag der US-Imperialisten in den Iran begeben, wo er „mit dem Schah und anderen iranischen politischen Persönlichkeiten zusammengetroffen ist". Mit wem wohl? Als neuen Mann präsentierten hernach die Imperialisten den ehemaligen „Sorbonne-Studenten" und Großgrundbesitzer Bachtiar, ein ehemaliges Mitglied der Nationalen Front und daher im Ruf eines „Schah-Gegners", der ihnen retten soll, was der Schah nicht mehr retten kann. Bachtiar wurde mit der Bildung einer „Koalitionsregierung" beauftragt.

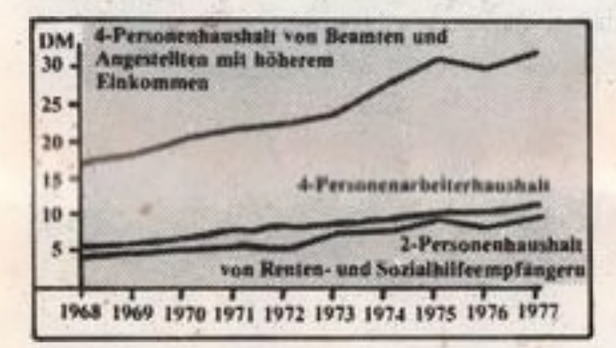


Vorhergehende Versuche ähnlicher Art hatte die Massenbewegung im Ansatz verhindert: Der Führer der Nationalen Front, Sandjabi, weigerte sich und schloß sich der Forderung nach dem Sturz des Schah an. Der ehemalige Innenminister unter Mossadeh, Sadiki, wollte zwar, kam aber nicht einmal zu einer vollständigen Kabinettsliste. Wird es Bachtiar besser ergehen? Mit der Peitsche unverhüllter Interventionsdrohung und dem Zuckerbrot einiger Versprechungen versuchen die Imperialisten, einen Teil der nationalen Bourgeoisie in die „Lösung" zu treiben. Das Kriegsrecht soll aufgehoben, politische Parteien zugelassen, politische Gefangene freigelassen werden. Die Wirtschaft des Landes soll unter Wahrung der „nationalen Interessen" in Ordnung gebracht werden. Ganz unerheblich sei da doch die Frage, ob Republik oder Monarchie, der Schah könne als konstitutioneller Monarch im Lande bleiben, „wenn er uns ausreichende Garantien gibt". Garantien?

Die iranischen Arbeiter und Bauern, die kleinen Händler und Handwerker, der größte Teil der Intelligenz hassen den Schah als Garanten der Herrschaft des US-Imperialismus. „Tod dem Schah!", antworten sie auf die Regierungsumbildung. „Bachtiar ist ein Lakai der amerikanischen Imperia listen!" Die Erdölarbeiter nehmen die Produktion begrenzt wieder auf, um die Versorgung der Volksmassen sicherzustellen und zu verhindern, daß die Imperialisten totales Chaos anrichten, das sie zum Vorwand ihrer Intervention nehmen. Immer deutlicher ergreift die iranische Arbeiterklasse die Führung im Kampf zum Sturz des Schahregimes und zur Beseitigung der imperialistischen Herrschaft. Ihrem Geschick, ihrer Kraft ist es zu verdanken, daß die nationale Bourgeoisie bis auf eine Handvoll Verräter aus diesem Kampf nicht herausgebrochen wurde und auch das jüngste Manöver der Imperialisten durchkreuzt wird.

z.wah. **Der entscheidende Schritt zur Beherrschung der iranischen Landwirtschaft durch die Imperialisten war die „weiße Revolution" des Schah, der die iranischen Feudalherren zu Agrarkapitalisten machte.** Dadurch konnte das imperialistische Kapital in die iranische Landwirtschaft eindringen. Die GENO-Bank bezeichnet Teheran als eine ihrer wichtigsten Stützpunkte. Die agrarkapitalistische Entwicklung hat die Nahrungsmittelproduktion im Iran nicht gesteigert, dafür aber den Import westdeutscher Landmaschinen. Nach Südkorea, Lybien und Nigeria ist der Iran der viertstärkste Käufer von Landmaschinen baden-württembergischer Herkunft. – Sichern wollen die Imperialisten ihren Griff auf den Iran durch unmittelbaren Einfluß auf die Ausbildung iranischer Experten. „Dem Kaiserreich Iran wurde ein Angebot über die Ausbildung von iranischen Landwirten zu landwirtschaftlichen Beratungstechnikern im Lande Baden-Württemberg überreicht." Der deutsche Genossenschaftsverband „kooperiert" mit den iranischen Genossenschaften, und damit alles im Sinne der Imperialisten läuft, spionieren deutsche Professoren, wie der Hohenheimer Planck, mittels penibler soziologischer Untersuchungen über dörfliche Verhältnisse regelmäßig im Iran. Jetzt plant die Bundesregierung eine „deutschorientierte Hochschule" in Gilan. Eingestellt werden soll dort „nach den einschlägigen Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes", meint der „Deutsche Akademische Austauschdienst".

z.mai. **Um 230% stieg die Zahl der Grippeerkrankungen, bei denen ein Arzt aufgesucht werden mußte, von April 1974 bis Mai '76 an.** Die tatsächlichen Erkrankungen liegen weit höher und werden entsprechend der gesteigerten Ausbeutung und dem Verzerten Ausbeutung und dem Verschleiß der Arbeitskraft bis heute rapide angestiegen sein. In welchem Ausmaß die Volksmassen gezwungen sind, Geld für die Wiederherstellung der Arbeitskraft auszugeben, zeigt folgendes Schaubild.



Über das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz werden den Volksmassen zusätzlich zur Ausplünderung über die Rezeptgebühren die notwendigen Medikamente entzogen. Der Anteil der Selbstmedikation beträgt über 30%, die Chemiekonzerne sahnen ab: BASF steigerte den Umsatz der Pharma-Erzeugnisse von 1972-1977 um 680% auf 497 Mio. DM. Bei Nattermann „konnte der in der gesamten Branche spürbare Rückgang ärztlicher Verordnungen durch eine Intensivierung des freien Verkaufs von Arzneimitteln in den Apotheken ohne ärztliches Rezept kompensiert werden." (Deutsches Ärzteblatt 23/78) Gleichzeitig steigen die Preise für Medikamente, die die Massen gezwungen sind zu kaufen: von 1971-1978: Rhinopront von 8,95 auf 10,85 DM; Spalt von 2,15 auf 3,35 DM; Thomapyrin von 2,35 auf 3,35 DM; Gelonida von 2,85 auf 4,70 DM (je 20 Tabletten) Alle Medikamente haben Nebenwirkungen: die Schmerzmittel enthalten fast alle Stoffe, die bei längerer Einnahme die Nieren (Phenacetin), das Gehirn (Coden) oder den Magen angreifen. Rhinopront bewirkt bei Schnupfen zunächst eine Gefäßverengung und damit eine Reduktion der Schleimabsonderung, bei Ausklingen der Wirkung aber eine Gefäßerweiterung, so daß der Kranke gezwungen ist, weitere Tabletten zu nehmen.

z.ere. **„Falex 66" und „Falex 68" waren die ersten groß angelegten Stabsrahmenübungen des „Führungsstabes Zivile Verteidigung (ZV)" im Bundesinnenministerium.** Die jüngste, wohl kaum „naturbedingt" auf die Wehrbereiche I (Schleswig-Holstein/Hamburg) und II (Niedersachsen/Bremen) „begrenzte" Stabsübung stellte die erst im Sommer ausgebaute „Führungs- und Lagezentrale" zur Bewältigung besonderer Krisen- und Gefahrensituationen" im Innenministerium unter „ihre erste große Belastungsprobe". Praktische Übungen der Zweige und Dienste der Zivilverteidigung des Ministeriums werden durch diesen Führungsstab auch im Zusammenhang mit Natur-und anderen Katastrophen im Ausland durchgeführt. Solche Ereignisse sind der Bourgeoisie immer eine willkommene Gelegenheit, Alarmübungen, Verladeübungen, motorisierte Märsche und den praktischen Einsatz von Mannschaften und Geräten durchzuführen.

Erst im letzten Sommer, nach den „Katastrophen"-Einsätzen der westdeutschen Luftwaffe im Libanon, wurde der Personalbestand dieses Stabes um 50% erhöht und soll in den nächsten drei Monaten nochmals um 50% aufgestockt werden. Durch organisatorische, personelle und technische Maßnahmen erhofft sich die Bourgeoisie, diese „Lenkungszentrale in einem Krisenfall zu einem sofort einsatzfähigen Krisenstab aufstocken" zu können. Nachdem Anfang der 70er Jahre die Planung der Polizeieinsatzstäbe für die Gebiete der Verteidigungskreise der NATO abgeschlossen war, wird jetzt die Struktur der Führungsorgane allen Bedingungen der Zivil-Verteidigung angepaßt. Die Abteilung Zivile Verteidigung des Bundesinnenministeriums ist das zentrale Organ für die rechtliche Ausgestaltung der zivilen Verteidigung, für die Planung, Aufstellung, Ausbildung der sogenannten Notstandseinrichtungen vom Roten Kreuz bis zur Freiwilligen Feuerwehr, zur Mobilmachung dieser Einheiten und zu ihrer zentralen Lenkung.

Unter Auswertung der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg, der faschistischen Führungsgliederung aller polizeilichen und paramilitärischen Verbände und unter Auswertung der „Erfahrungen" des US-Imperialismus im Krieg gegen die Völker Vietnams, Laos' und Kampucheas versuchen die westdeutschen Imperialisten, ihren Polizeiapparat in zwei Säulen zu gliedern: die exekutive Polizei, einschließlich der Hilfsorgane, und die zivile Verteidigung. Bereits 1965 forderte der Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV (Hessen/Rheinland-Pfalz, Saarland) die „Koordinierung der zivilen und militärischen Landesverteidigung für den Verteidigungsfall auf allen Ebenen" – Landesregierung, Regierungspräsident, Landrat – unter einheitlicher Führung sicherzustellen. Die zentrale Führung besonders des Einsatzes eines ganzen Heeres von verschiedensten Organisationen und Einrichtungen bis in die kleinsten Gliederungen auf der Ebene der Gemeindeämter soll der ausgebaute Krisenstab im Innenministerium sichern.

z.klr. **Anke Brunn, SPD-Landtagsabgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag, hatte Anfang November gefordert, den Sozialhilferegelsatz für Kleinkinder bis zu 7 Jahren zeitgemäß anzupassen.** „So werden bei Kleinkindern die erhöhten Strom- und Wasserkosten nicht mitberechnet, die durch die unterschiedlichen Essenszeiten im Vergleich zu Erwachsenen ... entstehen." Die Landesregierung hat sich im Jahr des Kindes nicht lumpen lassen und zum 1.1.79 den Regelsatz für den Haushaltsvorstand auf 297 DM im Monat festgelegt. Der Regelsatz für Kleinkinder, der laut Bundessozialhilfegesetz davon 48% beträgt, ist damit gegenüber 1975 um 13,40 DM auf 134 DM gekletters, was der Entwicklung der Preise und der „Änderung des Warenkorbwertes" entspreche.

Aus dem „jährlichen Warenkorb" eines Kleinkindes:

0,5	lange Hosen
2,4	Paar Strümpfe
2	Garnituren Unterwäsche
0,96	Zahnbürsten
12 kg	Waschpulver
24 kWh	elektrischer Strom

Dieser „Warenkorb", ausgeheckt im Auftrag der Bundesregierung, liefert eine Anschauung von dem Niveau, auf das die Imperialistenbande die Arbeiterklasse drücken will.

z.gab. **Die Jubiläumsdienstzeiten bei 40-, 50- und 60-jähriger Betriebszugehörigkeit um 5 Jahre zu verkürzen und den Steuerfreibetrag bei 25-jährigem Jubiläum auf 1800 DM zu erhöhen,** fordert die CDU-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag vom 30.11. „Der jetzige Freibetrag von 1200 DM bei 25-jährigem Arbeitnehmerjubiläum ist zu gering und entspricht nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten in den Betrieben", heißt es in der Begründung. Es ist die Prämierung der Antreiber und Dienstaufsicht, deren Betriebszugehörigkeitsjubiläum in den Firmenzeitungen der Kapitalisten allemal das Lob der Kapitalisten findet. Deren Schmiergelder sollen ungeschmälert sein von Steuerabzügen. Jubiläumsprämien nach 25, 35, 45 und 55 Jahren sollen Ansporn sein für verschärfte Hetze und Schinderei der Belegschaften. Die Masse der Lohnabhängigen ist nach ein paar Jahren schon verschlissen. Dafür sorgen Akkordhetze, Wechsel- und Kontischichten. Auch das haben diese Bourgeois errechnet.

z.cht. **Am 30.11. 1978 verabschiedete der Bundestag in der 3. Lesung die Besoldungserhöhung für Beamte um 4,5% ab 1.3.78 (Entsprechend dem Abschluß der ÖTV).** Der Staat konnte den Plan nicht durchsetzen, die Beamten mit einem niedrigeren Ortszuschlag von den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzuspalten. – Seit Jahren fordern die gewerkschaftlich organisierten Beamten Tarifautonomie und Streikrecht, diese Forderung beschloß auch der Gewerkschaftstag der ÖTV 1976 für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um Lohnsenkungen per Gesetz verfügen zu können, versucht der Staat, immer mehr Beschäftigte aus dem Tarifverhältnis herauszunehmen und ihnen das Beamtenrecht aufzuzwingen. Bei den Bundesbehörden stieg der Anteil der Beamten an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 29,7% Juni 1975 auf 35,2% Juni 1978.

z.erb. **Mit neuen „Erhebungsbogen zur Erziehungshilfe", vom Landeswohlfahrtsverband Baden an die Jugendämter verschickt, soll das Bedürfnis des Staatsapparates „zur systematischen Fortschreibung" durchgesetzt werden.** Als „flankierende Maßnahme" zum heftig bekämpften Jugendhilfegesetzentwurf ist vorgesehen, mehr Daten in den Akten der Jugendämter zu erspitzeln, sowie die Aufsicht über die Sozialarbeiter zu verschärfen, wobei „einzelne Arbeitsbogen anderer Jugendhilfeeinrichtungen zur Einsicht überlassen werden". Kontrolliert werden muß, ob der Sozialarbeiter auch „effektiv" arbeitet. „Welche Informationen wollten Sie einholen, welche haben Sie erhalten" – ist die Frage im Bogen E1 und weiter „wie verhält sich der junge Mensch bei Konflikten, welche Konflikte treten auf, wie reagieren die Eltern und andere Bezugspersonen sowie der Gesprächspartner hierauf". Das Verhältnis zur Ausbeuterordnung wird unter „psychosoziale Entwicklung" abgefragt: „Verhältnis in der Familie zu Eigentum und Einstellung des jungen Menschen dazu, Verhältnis zu Lehrern, Erziehern, Verhältnis zu Mitarbeitern und Vorgesetzten, Verhältnis zur betrieblichen Ordnung". Mit: „Welche Wertvorstellungen, Weltanschauungen, Traditionen... bestehen in der Familie", wird der Sorgerechtentzug aus politischen Gründen vorbereitet. In Karlsruhe und weiteren Städten soll in Kürze der „Probelauf bis zum 31.1.1980" anlaufen. In der Gewerkschaft ÖTV wird der Kampf gegen den Spitzelbogen beraten.

z.elb. **Nachdem die Deminex, die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft (VEBA-Anteil 54%), seit ihrer Gründung 1969 bis 1978 aus Steuergeldern über 1,37 Mio. DM für ihre Explorationen kassiert hat,** sind ihr bis 1981 jährlich weitere 200 Mio. DM als Dar-

Beker-Chemie Betriebsbesetzung steht eisern

Der Konkurrenzkampf der internationalen Monopole ist die Ursache der Pleite

r.wik.Brake. Seit jetzt über zwei Monaten halten die 108 Arbeiter den Düngemittelbetrieb „Beker-Chemie" besetzt. Der Betrieb soll stillgelegt und die Arbeiter entlassen werden, nachdem sich für den US-Kapitalisten Beker und sein Konsortium die Profiterwartungen auf dem Düngemittelsektor nicht erfüllt haben. Finanzielle Ausblutung durch Nichtauszahlung des Weihnachtsgeldes und Einbehaltung eines Teils des Dezemberlohns sollte die Front der Arbeiter aufbrechen. Die Landesregierung, in vorderster Front die Bourgeoistochter Breuel, ist der eifrigste Betreiber dieser Politik. Die Übernahme einer Bürgschaft für die 90000 DM Weihnachtsgeld hat sie abgelehnt. Die Beker-Arbeiter haben das Rufen nach Hilfe durch Land und Bund aufgegeben. Dagegen sind 100 Solidaritätsresolutionen bisher eingetroffen und 36000 DM Spenden werden dazu verwandt, um den durch Lohneinbußen am stärksten betroffenen Arbeitern zu helfen und die Front eisern zu halten.

Beker ließ in Brake Kunstdünger auf Phosphatbasis produzieren, im wesentlichen Triplesuperphosphat und Mehrstoffdünger auf Phosphorbasis in Zusammensetzung mit Kalisalzen. Gegenüber den westdeutschen Chemiemonopolen hatte Beker mit total veralteter Maschinerie nur eine geringe Chance und konnte selbst mit der rücksichtslosesten Schinderei die Ausbeutungrate der großen Monopole nie erreichen. Die westdeutschen Monopole verüben über ihre Kartellpolitik den entscheidenden Einfluß auf die Preise. Bei den auf Phosphatbasis hergestellten Düngemitteln erfolgt der Vertrieb über die Thermosphat-Fabriken, einem Kartell der westdeutschen Stahlerzeuger und der Kali- und Salz-AG, die den westdeutschen Markt völlig in der Hand haben. Den Möglichkeiten, selbst mit geringem Marktanteil auf dem Düngemittelsektor sich eine goldene Nase zu holen, wurden durch den Druck ausländischer Erzeuger auf dem westdeutschen Markt jäh ein Ende bereitet. Der Anteil der inländischen Erzeugung auf dem Düngemittelmarkt ging gegenüber dem Vorjahr auf 70% zurück. Bei Düngern auf Phosphatbasis wurden die Importe aus dem Ausland um 15% gesteigert, 35% des inländischen Bedarfs werden derzeit durch ausländische Importe gedeckt. In dem Maße, wie die Länder der Dritten Welt eine eigene Düngemittelproduktion aufnehmen, um sich von der Ausplünderung der Chemiemonopole zu befreien, wird der Konkurrenzkampf der Düngemittelkapitalisten untereinander immer heftiger. Nach „Wirtschaft und Statistik" wird ein Rückgang in der Produktion bei phosphathaltigen Düngemitteln von 1,5% festgestellt. Bei den Superphosphatdüngern, die auch Beker produzieren ließ, ist der Verbrauch um 32% gefallen. Innerhalb von zwei Jahren haben sich für Beker die Profitaussichten auf dem Düngemittelmarkt schlagartig gewandelt.

Ähnlich wie in den USA, wo Beker durch schnelles Verschieben von Kapitalmengen in profitablere Bereiche von 1971 bis 1975 aus 900000 US-Dollar 70 Millionen schaffen ließ und dabei im Jahre 1974 einen Nettogewinn von 43 Millionen US-Dollar einsackte, versuchte er es auf dem westdeutschen Düngemittelsektor, wo die Chemiemonopole Höchstprofite einsacken. Mit 800000 DM brachte er ein Kapital von weiteren 40 Millionen DM mit der Gier nach Höchstprofit in Bewegung. 2,4 Mio. DM gab das Land Niedersachsen als Zuschuß, mit 7 Mio. DM Produktionsvorschuß kaufte Klöckner sich in die Mehrwertpresserei bei Beker ein, 11,4 Mio. legten die Banken rein und weitere 10 Mio. DM wurden von anderen Kapitalisten vorgeschossen. Das Land Niedersachsen ließ im Interesse dieser Kapitalisten extra den Hafen in Brake für 6 Millionen DM maßgerecht zuschneidern.

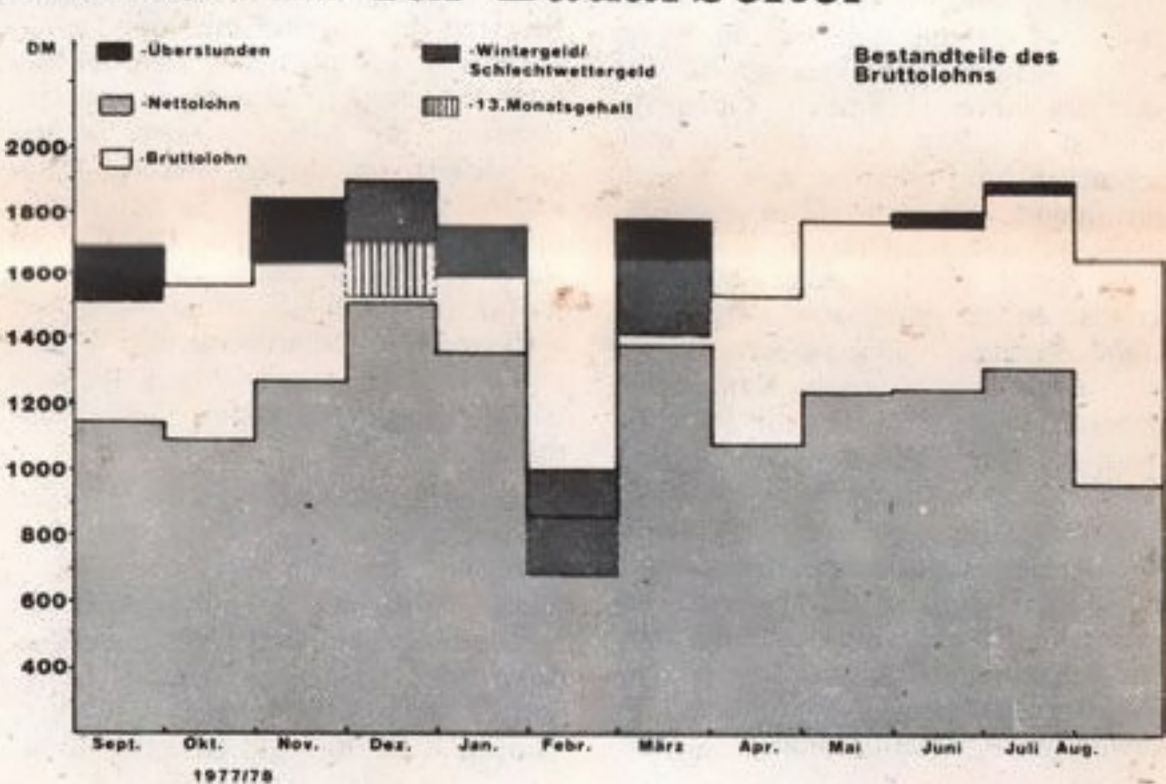
Die Arbeiter von Beker-Chemie haben nicht vor, zur willenlosen Manövriermasse in der Jagd nach dem Höchstprofit zu werden. In einer Solidaritätserklärung an die streikenden Stahlarbeiter der Klöcknerhütte schreibt der Betriebsratsvorsitzende unter anderem: „... Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß wir bei der Erhaltung von Arbeitsplätzen weder auf die Hilfe von irgendwelchen Regierungen oder gar Unternehmern bauen können, sondern uns selbst helfen müssen. Deshalb ist euer Kampf um die 35-Stundenwoche besonders wichtig ... Wir fordern Euch aus diesem Grund auf, weiter für euer Ziel zu kämpfen und nicht klein bei zu geben... Zur praktischen Unterstützung haben wir in der Belegschaft eine Sammlung durchgeführt, deren Ergebnis wir Euch hiermit überreichen."

7%, mindestens 120 DM – Jahresgarantielohn für Bauarbeiter

r.kaq. Der Tariflohn eines Bauarbeiters sagt wenig über seinen tatsächlichen Lohn aus. Die Lohnminderung zieht sich über das ganze Jahr hin mit unbezahlten Regenausfalltagen im Sommer bis hin zu dem Schlechtwettergeld in den Monaten November bis März. In der nebenstehenden Grafik ist der Jahreslohn und seine Bestandteile eines Facharbeiters von September 1977 bis August 1978 aufgezeichnet. Mit seinem Tariflohn von 9,53 DM von September 1977 bis Mai 1978, sowie 10,07 DM für die Monate Juni bis August 1978 kommt er auf einen Jahresbruttolohn von 20160 DM. Darin sind bereits enthalten 650 DM für Überstundenarbeit und 1410 DM Schlechtwetter- und Wintergeld. Beide zusammen machen bereits 10,21% des Jahreslohnes aus. Hätte er das ganze Jahr, ohne Ausfallzeiten, zum Tariflohn gearbeitet, so wäre ein Jahresverdienst von 20810 DM brutto herausgekommen. Das sind 650 DM mehr als der tatsächliche Jahreslohn, und zählt man den durch Überstunden dazugekommenen Lohn von 650 DM noch ab, so beträgt die Differenz bereits 1300 DM brutto.

Ohne Überstunden bedeutet das bezogen auf den möglichen Jahreslohn einen Lohnverlust von 6,24% und mit den Überstunden immer noch einen Verlust von 3,12%.

Aus dem tatsächlichen Jahresbruttolohn des Facharbeiters von 20160 DM ergibt sich bei Lohnsteuerklasse I ein Jahresnettolohn von 14349 DM, durchschnittlich monatlich 1195,75 DM. Der Tariflohn und die Ausfallzeiten zwingen zu Mehrarbeit in Form von Akkord, wo möglich, oder zu Überstunden.



Für die wetterbedingten Ausfallzeiten im Sommer wie im Winter gilt es eine tarifliche Regelung auf Lohnfortzahlung duch die Kapitalisten durchzusetzen, bei gleichzeitiger Streichung des spalterischen Wintergeldes. Möglich ist dies durch die ganzjährige Zahlung eines 3% Betrages auf die Bruttolohnsumme an eine durch die Gewerkschaft verwaltete Kasse. Damit kann der bereits von der IG-Bau Steine Erden in die Debatte gebrachte Jahresgarantielohn erreicht werden.

In der letzten Lohnbewegung haben die Bauarbeiter den Kapitalisten mit entschlossenen Streikaktionen 5,6% abgetrotzt. Die Auftragslage der Bauindustrie hat sich gegenüber dem Vorjahr noch verbessert. Die aufzustellende Forderung muß schon 7% erreichen, wenn sie wirken soll. Durch die wie bereits im letzten Jahr wiederanstehende Verteilung von 1,5% der Lohnsumme für Facharbeiter wird sich das Gefälle zu den Lohngruppen der Werker und Fachwerker vergrößern. Bereits im letzten Jahr hat sich daraus eine Bewegung für Festgeld und Mindestbetrag entwickelt. Um ein weiteres Absinken dieser unteren Lohngruppen zu verhindern, muß die Forderung einen Mindestbetrag beinhalten, der nicht unter 120 DM liegen darf.

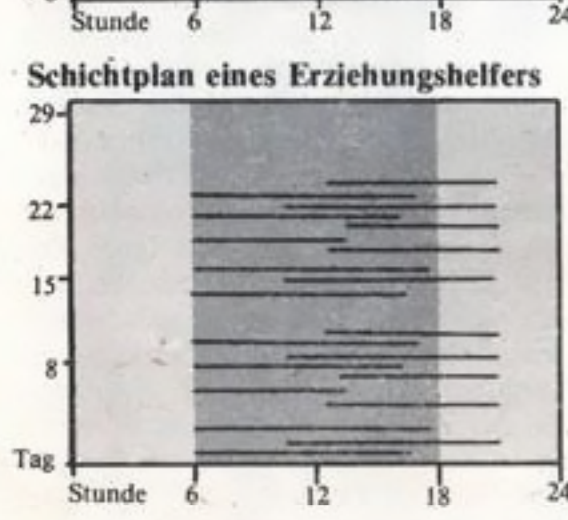
Verbot der Schichtarbeit!

Gewerkschaft ÖTV legt Vorschläge zum Kampf vor / Eine politische Bewegung bildet sich heraus

r.pel. Im Dezember haben 1083 Postbeamte in Kiel mit ihrer Unterschrift Maßnahmen gegen den Verschleiß der Arbeitskraft der in Schicht Beschäftigten gefordert. Der größte Teil der Postbeamten arbeitet Schicht; auf dem Paketpostamt Kiel-Gaarden z.B. Kontischicht. Jetzt wird der Paketumschlag am Bahnhof dichtgemacht und die Arbeit in Gaarden bei nur geringfügiger Erhöhung der Planstellen miterledigt. Doppelschichten sind an der Tagesordnung. Dann wird von 6 – 14 Uhr und wieder von 20 – 7 Uhr gearbeitet.

5,8 Mio. Schichtarbeiter bei 26,4 Mio. Erwerbstätigen zählt die letzte Erhebung der Bourgeoisie für 1975. Im öffentlichen Dienst wird in weiten Bereichen fast ausschließlich Schicht gearbeitet. (Bahn, Post, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser). Längst nicht überall ist die Schichtarbeit durch technische Notwendigkeiten diktiert. Im Gaswerk Hannover arbeiten seit Mitte 1978 die Regelschlosser in der Unterabteilung Gasübernahme regelmäßig Nachtschicht. Sie müssen auf vier von 120 Stationen den Gasdruck kontrollieren und die Zähler ablesen. Das geschieht, obwohl die zentrale Meßwarte nachts immer besetzt ist. Die Bourgeoisie begründet: „Objektschutz". Mag sein, daß sie Anschläge fürchten, die Hauptsache ist, daß der Ausfall der Gasversorgung in diesen Gebieten ganze Industriegebiete betreffen würde. Dagegen wiegt der Verschleiß von Arbeitskraft für die Bourgeoisie nichts. Die Einführung der zusätzlichen Nachtschicht erfolgte bei gleichbleibendem Personalstand.

Die Versuche der Ausdehnung der Arbeitszeit auf die Nacht häufen sich. An der FU Westberlin waren bisher nur ca. 15 Arbeiter des Betriebsbüros von Nachtschicht betroffen. Im August lancierte der Dienstherr den Plan, die Hochspannungsschaltwarte doppelt zu besetzen. Zehn Arbeiter zusätzlich sollten auftretende Schäden nachts beheben. Begründet wurde das mit der „ständig steigenden Störanfälligkeit der überalterten haustechnischen Anlagen". Die Arbeiter haben den zusätzlichen Verschleiß ihrer Arbeitskraft für die Profitproduktion abgelehnt und klargemacht, daß der etwas höhere Lohn nicht für die Ruinierung der Gesundheit erkauft wird. 23% auf den Grundlohn zahlt der Westberliner Senat den Nachtschichtarbeitern – *pauschal* ohne Ansehen der tatsächlich abgeleisteten Stunden. Das ergibt bei einem Arbeiter in Lohngruppe VI/9 427,62 DM brutto zusätzlich zu einem Lohn von 1 859,46 DM. Gegenüber der Einzelberechnung sämtlicher Zuschläge wird er noch um ca. 1000 DM im Jahr betrogen. Im Klinikum Göttingen arbeiten die Krankenschwestern seit geraumer Zeit Nachtschichten von zwölf Stunden. Der Tarifvertrag sieht maximal elf vor. Die Schaubilder der Schichtpläne einer Krankenschwester in Braunschweig und eines Erziehungshelfers am Annastift Hannover (Schulinternat) lassen nur den Schluß zu, daß unter diesen Arbeitsbedingungen die Reduzierung der Lebenszeit *unumgänglich* ist.



Tausende Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben sich an den Kundgebungen der IG Metall beteiligt und spenden für den Kampf der Stahlarbeiter, weil sie ausgehen von der Einheitlichkeit der Interessen im Kampf für die Verkürzung des Arbeitstages und für das Verbot von Überstunden und Schichtarbeit. Eine politische Bewegung gegen die Schichtarbeit bildet sich heraus. Der Arbeitskreis Schichtarbeit der Gewerkschaft ÖTV hat im Januar auf Grundlage der Resolution Nr. 360 des 8. Gewerkschaftstages zur „Schichtarbeit und anderer unregelmäßiger Arbeiten" Vorschläge zum Kampf gegen die Schichtarbeit im ÖTV-Magazin veröffentlicht. Sie enthalten Forderungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit und des Verbotes von Überstunden für Schichtarbeiter, sowie nach Zusatzurlaub, Zulagen und Vorsorgekuren. In einem Leserbrief an das ÖTV-Magazin (Nr. 11/78) heißt es: „... so gibt es vom Standpunkt der Arbeiter nur eine Forderung: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit...". Jeder zurückgeschlagene Versuch, Schichtarbeit einzuführen ist ein Schritt auf diesem Weg.



Mannesmann Duisburg



Klöckner Bremen

„Die westdeutschen Arbeiter kämpfen für die gleichen Forderungen"
Der Kampf der Stahlarbeiter von Longwy gegen Massenentlassungen und Rationalisierungen
z.jon.Paris. Das Heulen einer Fabriksirene, ein Arbeiterlied, noch einmal ganz oder teilweise geschlossen werden. „Emploi" heißt Arbeit. Die Pa- aufzuhetzen, die ein neues Sauerstoffstahlwerk „bekommen". Es ist nicht werkschaften. Das ist uns nicht gelungen. Jetzt stoßen bei jeder Sitzung die

„Die westdeutschen Arbeiter kämpfen für die gleichen Forderungen"

Der Kampf der Stahlarbeiter von Longwy gegen Massenentlassungen und Rationalisierungen


Klöckner Bremen

z.jon.Paris. Das Heulen einer Fabriksirene, ein Arbeiterlied, noch einmal die Fabriksirene, dann Musik, um den Hörern Zeit zu geben, ihre Radioempfänger genau einzustellen, und dann die Ansage: „Radio SOS Emploi! Das Radio, das kämpft!" So meldet sich täglich um 19 Uhr im Umkreis von 10km um Longwy in Nordlothringen auf 100 bis 106 MgH für eine halbe Stunde die Radiostation, die Mitglieder der Gewerkschaft CFDT seit drei Wochen aufgebaut haben. Im Dezember haben die französischen Stahlkapitalisten Massenentlassungen von über 27000 Arbeitern in den nächsten zwei Jahren und die Konzentration der Stahlproduktion in weniger Stahlwerken mit hoher Produktivität angekündigt. Die drei Werke in Longwy sollen ganz oder teilweise geschlossen werden. „Emploi" heißt Arbeit. Die Parole „SOS Emploi" ist in der ganzen Gegend zum Symbol dieses Kampfes geworden. Aufnahmeeinrichtungen und Sender haben die Arbeiter selbst gebaut. Der Polizei gelingt es nicht, den Sender auszuschalten.

Als wir den Aufnahmeraum besuchen, wird gerade die Sendung für den 4.1. vorbereitet. Unser Besuch bietet Gelegenheit, über den westdeutschen Stahlarbeiterstreik zu berichten. Außerdem werden Meldungen über die Aktionen der Stahlarbeiter in anderen Städten gesendet und ein Kommentar gegen die Versuche einiger Gewerkschaftsführer, die Stahlarbeiter von Longwy gegen ihre Kollegen in Nancy aufzuhetzen, die ein neues Sauerstoffstahlwerk „bekommen". Es ist nicht unsere Aufgabe, sagt der Kommentar, den Unternehmern vorzuschreiben, wo sie investieren und rationalisieren sollen. Die Gewerkschaften müssen jede Entlassung und jede Verschärfung der Ausbeutung durch einheitliche Aktionen bekämpfen.

In Longwy waren es vor allem Mitglieder der CFDT, die schnell und wirksam den Widerstand im ganzen Revier organisiert haben: Besetzung des Geländes mit dem 170m hohen Schlackeberg des Stahlwerkes Usinor, auf dessen Spitze ein 2,50m hohes SOS in Leuchtschrift angebracht wurde; Organisierung des Generalstreiks in Longwy und der Demonstration von 20000 am 19.12. durch den gemeinsamen Ausschuß der Gewerkschaften; Blockade aller Straßenverbindungen von und nach Longwy in den drei Tagen und Nächten vom 26.–29.12. Vor allem haben die Stahlarbeiter von Longwy bisher die rechtswirksame Ankündigung der Massenentlassungen verhindert. Bisher drei Mal wurden die Sitzungen gesprengt, auf denen die Kapitalisten den Belegschaftsvertretern die Massenentlassungen bekanntgeben wollten.


Beginn der Straßenblockaden um Longwy am 26. Dezember

Robert Giovanardi, der CFDT-Funktionär, der uns schon für die KVZ Nr. 50/78 ein Interview gegeben hatte, sagte uns:

Von Anfang an hat der Druck der Massen alle Gewerkschaften zur Einheit gezwungen. Auf der ersten Sitzung des gemeinsamen Ausschusses waren spontan 200 Arbeiter anwesend. Wir wollten eine einheitliche Organisation, ein ständiges Hauptquartier schaffen, mit einem Vorsitzenden, der abwechselnd von den Verbänden gestellt wird, und einem Ausschuß aus allen Gewerkschaften. Das ist uns nicht gelungen. Jetzt stoßen bei jeder Sitzung die politischen Positionen aufeinander. Wir sind besonders über die Haltung der KPF enttäuscht, die doch angeblich die Veränderung für die Arbeiter will. Sie waren gegen die Straßensperren und haben dann nichts für ihre Unterstützung getan. Die Sperrung der Eisenbahnlinien haben sie verhindert.

Welche Bedeutung hat der westdeutsche Stahlarbeiterstreik für euch?

Wir denken, daß dieser Streik viel von dem widerlegt, was man den französischen Arbeitern einzubläuen versucht hat, daß die deutschen Arbeiter nicht streiken wollen, daß sie noch nie gestreikt hätten, daß sie keinen Klassenkampf führen wie die französischen Arbeiter. Wir erfahren nur über solche Kontakte wie mit Euch über den Streik in Westdeutschland. Die Gewerkschaftsführungen sprechen nicht davon. Es werden längst Aufträge aus Deutschland wegen des Streiks hier ausgeführt, und die französischen Arbeiter wissen nichts davon. Vor allem die KPF verschweigt das. Das widerspricht ihrer Theorie, daß die französischen Unternehmer und die Regierung sich an den westdeutschen Kapitalismus verkauft hätten und daß unser Hauptgegner die Deutschen sind. Das läuft auf glatten Chauvinismus hinaus. Diese Politik wird durch den westdeutschen Stahlarbeiterstreik widerlegt. Deshalb müssen sie verhindern, daß der Kampf der deutschen und französischen Stahlarbeiter sich miteinander verbindet. Dabei wissen wir sehr genau, daß sich die beiden Kämpfe gegenseitig unterstützen. Und konkret kämpfen die westdeutschen Arbeiter für die gleichen Forderungen wie wir, für die 35-Stunden-Woche und für höheren Lohn."


Klöckner Bremen



Mühlheim

lehen von der Bundesregierung zugesagt, die bei erfolglosen Versuchsbohrungen in Zuschüsse verwandelt werden. Vor allem in der britischen und norwegischen Nordsee, im Iran (Bild), Ägypten und Vietnam beteiligt sie sich am Raub des Erdöls durch die Imperialisten.

z.bag. **Am 13.12. erörterte der Innenausschuß des Bundestages unter Vorsitz von Dr. Axel Wernitz (SPD) mit Vertretern von Dienstherrn und Gewerkschaften die gesetzliche Regelung der Ausweitung der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst.** Geplant wurde dies Unternehmen schon lange, spätestens mit dem Gesetzentwurf zur Ausweitung der Teilzeitarbeit für Lehrer im September 1977. Spätestens Ende dieses Jahres, so Wernitz, soll das Gesetz unter Dach und Fach sein. Seit 1970 nimmt gleichzeitig mit der Ausweitung der Teilzeitarbeit die Zahl der Vollbeschäftigung ab; von 1976 auf 1977 z.B. um 27000 (0,8%). Besonders auffällig ist, daß die Zahl der Beamten und Richter auf Teilzeit sich verfünffacht hat. Es geht bei der Teilzeitbeschäftigung generell darum, die ganze Arbeitskraft zu vernutzen, sie aber nur für wenige Stunden zu bezahlen.

Teilzeitbeschäftigte im Öffentlichen Dienst (mehr als 21 Stunden Wochenarbeitszeit)

Zahl der Beschäftigten (in Tausend); insgesamt; Arbeiter; Angestellte; Beamte und Richter; 300, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2; 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77; Quelle: Wirtschaft und Statistik 4/78

Das ist bei den Beamten aufgrund des reaktionären Beamtengesetzes besonders günstig durchzuführen. Im Gesetzentwurf zur Ausweitung der Teilzeitarbeit für Lehrer heißt es dazu unter Berufung auf dieses Beamtengesetz: „Der Beamte hat mit voller Hingabe die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen und insbesondere seine volle Arbeitskraft dem Dienst zu widmen."

z.uwh. **Hapag-Lloyd Betriebsrat gegen Rationalisierung.** Ständig ist die Horde der internationalen Reedereikapitalisten bestrebt, die Besatzungen auf Seeschiffen drastisch zu dezimieren. Das gegenwärtige Niveau liegt bei 24 bis 30 Mann Besatzung. Der Verband deutscher Reeder will tariflich die Mindeststärke auf 12 absenken. Wer am schnellsten und die kürzeste Route fährt, wer die Besatzungen auf ein Minimum reduziert hat, der hat Vorteile im Handelskrieg. Arbeitshetze und Unglücke wie das der München sind die Folge. Sie hatte 28 Mann Besatzung und hatte eine Ladung, die 5 herkömmliche Stückgutfrachter ersetzte. – Hapag Lloyd zerbricht sich nun den Kopf über die Ursachen: Ob man in Zukunft nicht besser Schlechtwetterdienste umfahren soll (Welt, 28.12.). Einige Experten empfehlen das, weil dadurch die Fahrdauer noch kürzer wird. Bei der „Klärung der Ursachen" geht es lediglich um die Frage, wie die Ausbeutung der Seeleute intensiviert werden kann. Der See-Betriebsrat von Hapag Lloyd fordert: Keine Verringerung der Mannschaftsstärken! Keine Ausbildungsverschlechterung! Keine weitere Reduzierung der Sicherheitsvorschriften!

z.mac. **Eine Erhöhung der Löhne um 25 DM plus 6,5% auf das Eckgehalt von 1000 DM monatlich, fordern die 50000 Floristen in der BRD für den neuen Tarif.** Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 50DM, Verdoppelung der vermögenswirksamen Leistungen auf 26DM sind die zusätzlichen Forderungen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die den zentralen Lohntarif zum 31.1. gekündigt hat. Der zentrale Lohntarif umfaßt alle Gebiete außer Schleswig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Pfalz.

Die Streikfront steht. Thyssen Krefeld, Krupp Bochum und Klöckner Bremen sind am 3.1. neu in den Streik getreten. Versuche der Stahlmonopole, die Streikfront zu durchlöchern, um noch Stahl rauszubekommen, sowie Provokationen der Streikposten nehmen zu. Bei Krupp Bochum haben die Kapitalisten die Streikleitung aufgefordert, allen Meistern Notdienstausweise auszustellen. Dies hat sie abgelehnt. 20% haben Ausweise erhalten. Bei Klöckner Bremen haben AT-Angestellte auf Geheiß der Geschäftsleitung sich geweigert, ihre Ausweise zu zeigen. Daraufhin wurden die Streikposten verstärkt. Die Klöckner Betriebsleitung versuchte durchzusetzen, daß 1600 t Roheisen, die noch im Ofen 4 sind, jetzt im Stahlwerk zu Rohstahl verarbeitet werden sollen, weil die Granulationsbehälter jetzt voll seien. Das ist von der Streikleitung einstimmig abgelehnt worden. Betriebsleiter Habbig hat Schadenersatzklage gegen die IGM angekündigt. In Mühlheim wurde die große Tarifkommission aufgefordert, den Farthmann'schen Schlichtungsspruch abzulehnen.

Schmidt „rügt“ Augustinus

z.mai. In seiner Neujahrsrede hat Bundeskanzler Helmut Schmidt Augustinus zurechtgewiesen: „Ich bin übrigens keineswegs der Ansicht, daß, wie es in einem Briefe des heiligen Augustinus hieß, mit dieser Jugend einfach nichts mehr anzufangen ist.“ Acht Stunden lang hat Schmidt sechs seiner Getreuen nach diesem Zitat suchen lassen. Es liegt ihm etwas an dem Mann.

– Augustinus, „der große Kirchenvater,“ so Schmidt, hatte angesichts der Eroberung und Plünderung von Rom 401 n.u.Z. durch den Westgotenkönig Alarich sein Werk „De Civitate Dei“, Vom Gottesstaat, geschrieben, in dem er den Menschen jegliche Fähigkeit abspricht, aus eigener Kraft und Fähigkeit zu entscheiden, was richtig und schlecht sei und die Vorstellung eines göttlichen Heilsplanes entwickelt zur ideologischen Rechtfertigung der Aufrechterhaltung der Sklavenhaltergesellschaft. Dieser Plan, so Augustinus, setze sich gegen jegliches Bemühen der Menschen, ihre Geschichte selbst zu bestimmen, letztlich durch. Seit dem Sündenfall und den anderen Urfreveln der Menschheit habe sich teils als Zügel, teils als Strafe die jeweilige Herrschaftsform herausgebildet. „Der Friede ...des Staates“ bestehe „in der geordneten Eintracht der Bürger im Befehlen und Gehorchen“. Augustinus rechtfertigte Kriegsdienst und Krieg, wenn diese „zur Rechtsverteidigung gegen Rechtsbrecher geführt wurden“.

Die westdeutsche Bourgeoisie ebenfalls, wenn die „Wertordnung“, die sich am Profit orientiert und die sich die westdeutschen Imperialisten „geographisch nicht einschränken“ lassen, von anderen Völkern und Nationen gebrochen wird. Die westdeutschen Imperialisten bereiten den Krieg vor. Sie wissen, daß sie die Jugend für die Kriegsarmee brauchen. Deshalb die Rüge von Schmidt an Augustinus, geheuchelt, um die Jugendlichen zu ködern. Für die, die sich nicht für die imperialistischen Ziele einsetzen lassen, kündigt Schmidt verschärfte Unterdrückung an: „Wo die jungen Leute rechthaben, da muß man ihnen rechtgeben. Wo sie unrecht haben, da muß man ihnen *entgegentreten*.“

perialisten bereiten den Krieg vor. Sie wissen, daß sie die Jugend für die Kriegsarmee brauchen. Deshalb die Rüge von Schmidt an Augustinus, geheuchelt, um die Jugendlichen zu ködern. Für die, die sich nicht für die imperialistischen Ziele einsetzen lassen, kündigt Schmidt verschärfte Unterdrückung an: „Wo die jungen Leute rechthaben, da muß man ihnen rechtgeben. Wo sie unrecht haben, da muß man ihnen *entgegentreten*.“

Was der Klingbeutel nicht bringt ...

z.ham. Groß ist der Fischzug, auf die letzten 20 Jahre gerechnet, schon gewesen, den die Pfaffen im Namen Gottes und der „Entwicklungshilfe“ unter der Klingelbeutelbeschriftung „Christliche Solidarität“ eingefahren haben. Z.B. Misereor (das läuft während der Fastenzeit). Aus dem Rechenschaftsbericht 1968: 1959 mit 35 Mio. DM angefangen, bis 66 auf 57,8 Mio. gesteigert. Von da an geht es wieder leicht bergab – 54 Mio. in 1968. Insgesamt haben sie bis dahin 492,5 Mio. DM gekriegt. Neuere Zahlen haben sie nicht mehr veröffentlicht. Oder „Adveniat“ („Dein Reich komme“): 1961 – 23,5 Mio., 1966 – 48,3 Mio., 1967 dann 48,7 Mio. DM (ebenfalls keine neueren Zahlen veröffentlicht). Seit der Wirtschaftskrise 67/68 hat sich eine andere Entwicklung Bahn gebrochen, sichtbar z.B. bei den Kirchenaustritten, (hier evang.): 1963 40000 Austritte, 1967 – 45000, 1970 – 200000, 1974 – 215000, 1976 – 1128000 Austritte. Oder die Kindertaufen: In Ehen, in denen ein Elternteil nicht in einer Kirche ist, ist der Anteil der getauften Kinder von 70% 1963 auf 50% 1977 zurückgegangen. Ähnlich zurückgegangen wird es auch bei den Spendensammlungen sein. Einmal werden die neueren Zahlen hinter dem Berg gehalten – und die Bundesregierung hilft aus. 1976 hat sie 47 Mio. DM, 1978 75 Mio. der „kirchlichen Entwicklungshilfe“ zugeschoben, 1980 hält Minister Offergeld 111 Mio. DM für passend (aus: evang. Pressedienst „Entwicklungspolitik“, Heft 19/20/78). Bei den Kirchenkapitalisten als erfahrene Ausbeuter ist's in guter Hand. Wir zitieren den eingangs erwähnten Rechenschaftsbericht: „2). Misereor zahlt die bewilligten Mittel nie in voller Höhe, sondern nur ratenweise aus. Die treuhänderisch verwalteten Projektkonten erbrachten in zehn Jahren an Zinserträgen: 26,9 Mio. DM. 3). Die ratenweise Auszahlung erlaubt es auch, den zahlreichen Währungsumstellungen in den Entwicklungsländern gerecht zu werden. An Währungsgewinnen in den Entwicklungsländern wurden in zehn Jahren erzielt: 3,6 Mio. DM“. – Zwischen Weihnachten und Neujahr sind auf den Musiktagen der SRK's 12000 DM für eine Druckausrüstung der ZANU gesammelt worden!

Die dauernden Lohnsenkungen schonen Stingls Kasse

„Vermittlungsoffensive“ der BfA / Senkung des Arbeitslosengeldes

z.mif. Jedes Jahr im Dezember, wenn es kalt wird, sinkt in einigen Unternehmen zur Ausbeutung von Lohnarbeit die Aussicht auf Profit auf unter 5°. Wenn dann noch einige Kapitalisten beim Après-Ski verunglücken, ist es klar, daß einige tausend Arbeiter überschüssig werden müssen. Das ist gottgewollt, weil der macht nun mal das Wetter. Und man kann barmherzigerweise mit diesen Arbeitern nichts anderes machen als sie wenigstens aus der Statistik entfernen, damit sie sie nicht verunreinigen. Diesen Vorgang heißt man saisonbereinigen, und dies ist die allmonatlich von dem einem Wetterfrosch nicht unähnlichen Josef Stingl zelebrierte Messe der Vorstellung der neuesten Arbeitslosenstatistik.

Es gibt aber auch von Menschen gemachte Ursachen von Arbeitslosigkeit. Die wurden vom Arbeitgeberverband entdeckt. „Bald 3,6 Millionen auf der Straße“, warnte er am Freitag mittels der „Bild“-Zeitung die Arbeiterklasse. Wenn die Stahlarbeiter nicht auf der chauvinistischen Marschroute, die 35-Stundenwoche schade der Export- und sonstigen Schlagfähigkeit der deutschen Industrie, innerhalb der Arbeiterklasse isoliert werden können, dann soll es jetzt die andere Taktik bringen: Dickköpfigkeit schade uns allen, und die Kosten des Stahlarbeiterstreiks müßten von allen Arbeitern bezahlt werden, zumal wenn jetzt der eben erst durchkalkulierte Aufschwung der Profitrate zusammenknicke.

Die Kapitalisten beabsichtigen nicht nur, das Arbeitslosenheer als Druckmittel auf die Lohnbewegung zu verwenden. Sie beabsichtigen auch, über die Senkung des Lohnes den Anspruch des Arbeiters auf Arbeitslosengeld anzugreifen. Dieser Anspruch ist sowieso für etwa die Hälfte der Arbeitslosen aufgrund gesetzlicher Regelungen beseitigt. Es sind kaum über 50% der registrierten Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld beziehen. Die Aufwendungen an sie betrachtet die Bourgeoisie als Durchfüttern von Tunichtguten und Verschleudern von Geldern, die sie lie-

wenden. Sie beabsichtigen auch, über die Senkung des Lohnes den Anspruch des Arbeiters auf Arbeitslosengeld anzugreifen. Dieser Anspruch ist sowieso für etwa die Hälfte der Arbeitslosen aufgrund gesetzlicher Regelungen beseitigt. Es sind kaum über 50% der registrierten Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld beziehen. Die Aufwendungen an sie betrachtet die Bourgeoisie als Durchfüttern von Tunichtguten und Verschleudern von Geldern, die sie lie-

ber als direkte Lohnzahlungen des Arbeitsamtes an die Kapitalisten oder in Form des Kredits aus dem Versicherungsschatz in ihren Händen hätte.

Die Hungerrate von 58%, die auf den Nettolohn als Arbeitslosengeld gezahlt werden, wagt die Bourgeojsie derzeit nicht anzugreifen. Senkt sie aber den Bruttolohn, so ist damit auch das Arbeitslosengeld gedrückt, und damit erweitern sich die Möglichkeiten der Spaltung zwischen Arbeitern innerhalb des Ausbeutungsprozesses und denen in Reserve, die der Arbeitsverwaltung unterworfen werden.

Die Publikationstätigkeit des Hauses Stingl bezüglich der ausgezahlten Gelder an Arbeitslose ist äußerst knapp, weil diese Auszahlungen sowieso nicht der Zweck des Hauses sind. Jede Aufschlüsselung nach Höhe und Dauer der Zahlung unterbleibt. In den Monatssummen erscheint das Verhältnis von ausgezahlten Geldern zur Zahl der Geldempfänger als völlig regellos.

Klarer läßt sich die Lohnsenkungsbestrebung ablesen an den vierteljährlichen Veröffentlichungen der Durchschnittsbruttostundenlöhne. Nach der Statistik wurde der durchschnittliche Bruttostundenlohn zwischen Oktober 1977 und Januar 1978 für mehr als die Hälfte der Arbeiter um zwischen 1 und 19 Pfennig gesenkt. Das sind Durchschnittszahlen für die Branchen; sie schließen größere Schwankungen im einzelnen nicht aus, aber der Vorgang liegt ziemlich offen zutage. Wir haben folgende Überschlagsrechnung aufgestellt: Angenommen, die Lohnsenkung beträfe nur Arbeiter, die neu eingestellt würden, es gäbe also keine betrieblichen Abgruppierungen usw. Angenommen ferner, alle neu eingestellten Arbeiter würden vom Arbeitsamt vermittelt und wären also in der Statistik enthalten; angenommen schließlich, die Angaben über Vermittlung nach Berufen ließen sich direkt beziehen auf die Branchen der Industrie (eine Vermittlungsstatistik nach Branchen liegt uns nicht vor) – so ergibt sich folgendes: die durchschnittliche Senkung des Stundenlohns in Pfennig, multipliziert mit der Zahl der ausgebeuteten Arbeiter in der Branche, ergibt die Summe der erzielten Lohnsenkung. Dividiert durch die Zahl der vermittelten Arbeiter, ergibt sich der Betrag, um den den neu eingestellten Arbeitern der Lohn gesenkt wurde (Hypothetische Lohnsenkung). Bei den Bergleuten kommt in dieser Rechnung ein negativer Lohn heraus (minus 14,86 DM), was beweist, daß die Bergarbeiter insgesamt eine massive Lohndrückerei hinnehmen mußten. Bei den Druckern weist das Ergebnis von – 5,79 DM auf die Einstellung von Hilfsarbeitern anstelle von Druckern hin; die drastische 9-Pfennig-Lohnsenkung in drei Monaten bedeutet aufs Jahr hochgerechnet 1,08 DM oder 8,4%! Bei den „Ernährungsberufen“ sind – 50 Pfennig je Neueinstellung sicher in der Nähe der Wirklichkeit. Bei der Metallindustrie war ei-

daß die Bergarbeiter insgesamt eine massive Lohndrückerei hinnehmen mußten. Bei den Druckern weist das Ergebnis von – 5,79 DM auf die Einstellung von Hilfsarbeitern anstelle von Druckern hin; die drastische 9-Pfennig-Lohnsenkung in drei Monaten bedeutet aufs Jahr hochgerechnet 1,08 DM oder 8,4%! Bei den „Ernährungsberufen“ sind – 50 Pfennig je Neueinstellung sicher in der Nähe der Wirklichkeit. Bei der Metallindustrie war ei-

ne direkte Zuordnung der Berufe zu den Branchen nicht möglich; berechnet man aber die Lohnsenkung auf alle Vermittlungen in Metallberufen, so ergibt sich eine Zahl von – 39 Pfennig, bei Abzug der Hilfsarbeiter von – 66 Pfennig.

Die Ergebnisse der überschlagsmäßigen Rechnung lassen den Schluß zu, daß tatsächlich in der Metallindustrie die Lohnsenkung über Austausch des Arbeiterkörpers die Hauptform der Lohnsenkung ist. In allen Zweigen der Metallindustrie haben die Kapitalisten dies in einem Volumen betrieben, das innerhalb von nur drei Monaten in der Statistik überall durchschlägt.

Die mit dieser Methode gerafften Extraprofite sind gewaltig. Wenn die Kapitalisten den 608124 Arbeitern der Elektrotechnischen Industrie den Bruttostundenlohn um 1 Pfennig kürzen, macht das stündlich 6081,24 DM Extraprofit. Nehmen wir spaßeshalber an, sie hätten seither mit dem Lohnsenken innegehalten, so wären seither in einem Jahr, berechnet selbst bloß auf den Achtstundentag, 12,8 Millionen Zusatzprofit in ihre Taschen gepreßt.

Weiterhin: nehmen wir als einen mittleren Wert 50 Pfennig an, die der neu eingestellte Arbeiter weniger erhält. Das macht eine Einsparung von 90 DM im Monat. Wird er wiederum überflüssig gemacht und an Stingl zurückverwiesen, so macht das 61,10 DM weniger Arbeitslosengeld. Ist dies bei der halben Million Empfängern von Arbeitslosengeld erfolgt, ist ein hübsches Sümmchen erspart.

Andererseits: Das Beitragsaufkommen an Kassengeldern wird durch die Lohnsenkung natürlich niedriger. Aber dafür gibt es die Erhöhung der Beitragssätze, die gerade erfolgt ist.

Der gesamte Vorgang wird beschleunigt durch die Geschwindigkeit des Umschlags von Arbeitern. 1977 haben gegenüber 1976 zwar insgesamt etwas weniger Vermittlungen stattgefunden, aber die Zahl der Vermittlungen über weniger als 7 Tage und weniger als 3 Monate ist gestiegen. Herbert Ehrenberg hat bereits 1977 zu einer „Vermittlungsoffensive“ der Arbeitsämter aufgerufen und diesen Aufruf wiederholt. Diese Offensive ist gerichtet gegen den Bruttolohn und gegen die Höhe des Arbeitslosengeldes.

	Juli 77	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez. 77	Jan. 78	Febr. 78	März	April	Mai	Juni
registrierte Arbeitslose	972624	963468	911239	954376	1004325	1090708	1213498	1224309	1098969	1000429	912997	
Arbeitslosengeld-empfänger	490647	498981	473459	484009	507854	570162	683046	698771	622702	518161	472813	453358
ausgezahltes Arbeitslosengeld in Tsd.	441251	469065	479071	474049	440390	546735	651170	667244	691704	591939	485498	468794
DM pro Kopf	899,32	940,04	1011,85	979,2	867,16	958,91	953,33	954,88	1110,81	1142,38	1028,94	1034,05
%-Anteil der Geld erhaltenden Arbeitslosen	50,4	51,8	51,9	50,7	50,5	52,2	56,3	63,5	56,6	51,8	51,8	51,6

Lohnsenkung

	Okt.77	Jan.78	April 78	Lohnsenkung Okt.-Jan.	Beschäftigte Arb. Dez.'77
Bergbau	12,46	12,38	12,41	– 8	193019
Steinkohlebergbau	12,47	12,28	12,31	– 19	160928
Stahl- u. Leichtmetallbau	12,50	12,46	12,90	– 4	121355
Maschinenbau	11,92	11,90	12,33	– 2	635351
Straßenfahrzeugbau	13,08	13,07	13,59	– 1	530039
Schiffbau	12,19	12,12	12,92	– 7	51747
Elektrotechnische Industrie	10,47	10,46	10,82	– 1	608124
Feinmech., Opt. und Uhren	10,30	10,29	10,76	– 1	91701
Büromaschinen, Datenverarb.	10,62	10,60	11,06	– 2	31005
Druck- u. Vervielfält.ind.	12,78	12,69	13,29	– 9	128784
Nahrungs- und Genußmittel.ind.	10,42	10,39	10,71	– 3	292001
.					
.					
.					
Gesamt	11,41	11,41	11,73		5136372

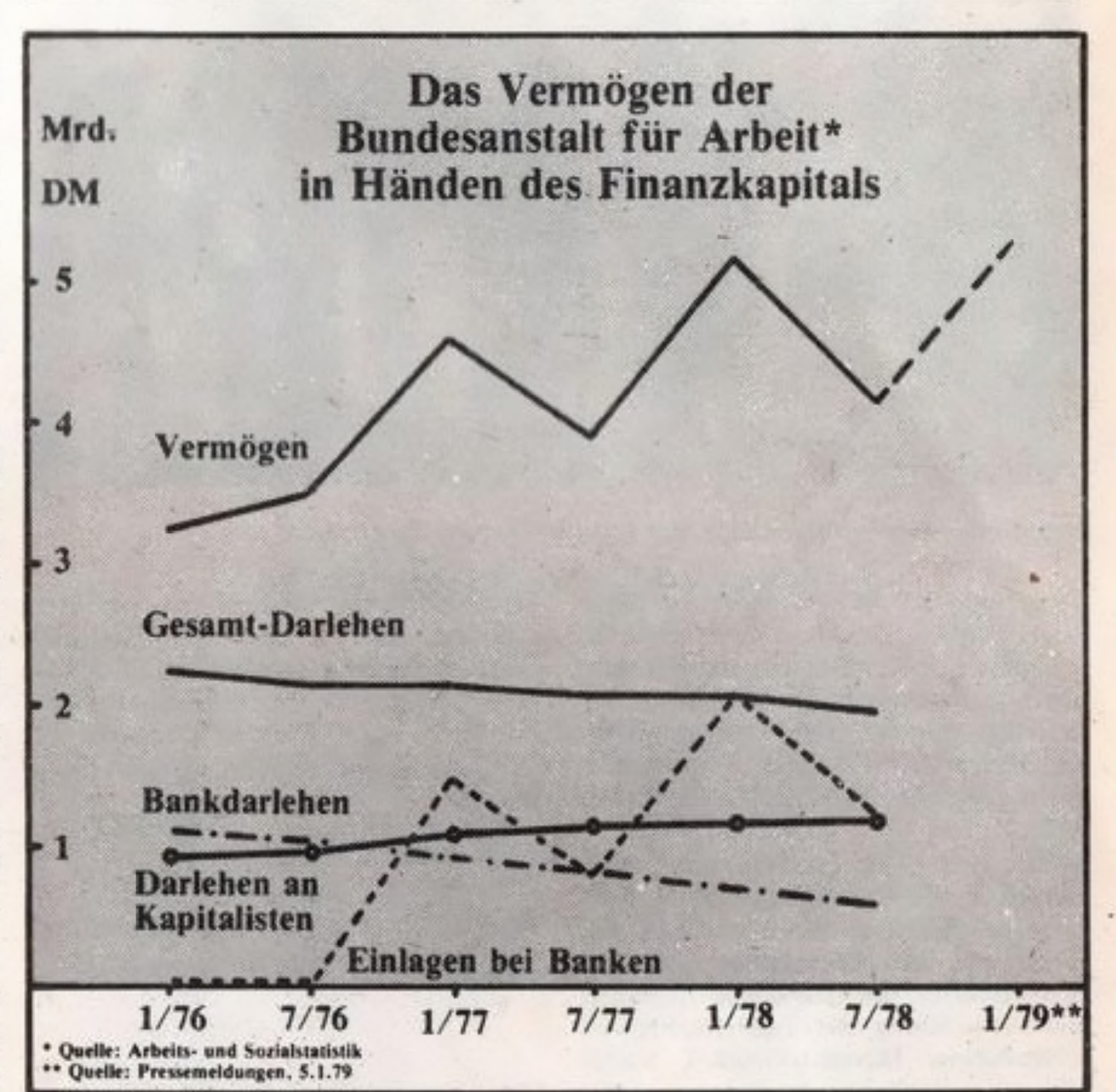
(Steigerungen bei: Mineralölverarbeitung + 62, Chemiefaserindustrie + 20)

Vermittlung

	Vermittlungen 1977	bis 7 Tage	bis 3 Mon.	üb. 3 Mon.	Okt.-Dez.	%-Anteil an Gesamt-Arbeitern	Hypothetische Lohnsenkung
Bergleute	4807	5	82	4720	1039	0,5	– 14,86
Drucker	10013	516	1468	8029	2003	1,5	– 5,79
Ernährungsberufe	77125	7637	8486	61002	17424	5,6	– 0,50

Vermittlung

	Vermittlungen 1977	bis 7 Tage	bis 3 Mon.	üb. 3 Mon.	Okt.-Dez.	%-Anteil an Gesamt-Arbeitern	Hypothetische Lohnsenkung
Bergleute	4807	5	82	4720	1039	0,5	– 14,86
Drucker	10013	516	1468	8029	2003	1,5	– 5,79
Ernährungsberufe	77125	7637	8486	61002	17424	5,6	– 0,50
.							
.							
Metallerzeuger, -bearb.	40208	117	1732	38359	7989		
Schlosser, Mechaniker	85301	1483	4330	79488	17275	4,2	– 0,39
Elektriker	28415	363	1692	26360	6359		
sonst. Metallberufe	92064	5237	8923	77904	18806		ohne Hilfsarbeiter: – 0,66
Hilfsarbeiter	147857	107249	15988	24620	36663		
.							
.							
Gesamt	2289898	857812	238114	1193972	518406	10,1	



Innerhalb von drei Jahren hat die Bundesanstalt für Arbeit ihr Vermögen um 64% vergrößert, von 3239710000 DM am 1.1.76 auf etwa 5,3 Mrd. DM am 1.1.79. Die auffälligste Steigerung bei den Anlageformen dieses Vermögens sind die Einlagen bei den Banken und die Darlehen an Kapitalisten. Diese Darlehen betrugen am 1.1.76 914286000 DM, am 1.7.78 1278262000 DM. Die BfA kommt ihrer Funktion als Kapitalgeber für die Kapitalisten immer umfassender nach. Dabei verbindet sie die Kapitalistenkredite mit der sonstigen Plünderung der Arbeitslosenversicherung: die Kredite der BfA an Kapitalisten sind „einschließlich Darlehen für wertschaffende Arbeitslosenhilfe, für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.ä.“

Stingl läßt forschen

Drei Verfasser von Forschungsarbeiten hat Stingl mit je 2000 DM prämiert und läßt die Arbeiten drucken: „Berufstätigkeit und Beschäftigungssituation akademischer Pädagogen“, Dissertation von Herbert Altrichter, Universität Wien; „Zur Problematik von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und ohne Berufsausbildung“, Diplomarbeit von Brigitte Biermann-Berlin, TU Hannover; und „Dynamik der Arbeitslosigkeit – Untersuchung von Umschlagprozeß und Dauerverteilung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1966-1977“, Dissertation von Dieter Freiburghaus, FU Berlin. Die prämierten Titel formulieren das Programm der Bourgeoisie für die BfA in aller Klarheit: Schaffung billigster Lohnarbeiter, beschleunigter Austausch der verbrauchten Arbeitskraft, Lohnsenkung auf der ganzen Linie.

Die Arbeiterjugend unterstützt den Streik der Stahlarbeiter

z.bil. Die Unterstützung für die kämpfenden Stahlarbeiter unter der Arbeiterjugend ist wirklich groß. Sie verbindet sich mit den wirtschaftlichen und politischen Forderungen in den Lehrwerkstätten und Schulen, und drückt sich in Aktionen aus. Gleich zu Beginn des Streiks hat die Jugendgruppe der IG Drupa in Frankfurt einen Brief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ geschrieben. Die Pressehetze gegen den Streik der Stahlarbeiter wird darin angegriffen. Eine Fernmeldehandwerkerklasse aus Frankfurt fordert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ auf, sich „für ihren frechen Artikel zu entschuldigen, in dem Sie die streikenden Stahlarbeiter als „Lemminge“ bezeichnet haben. ... Lemminge sind mäuse- oder rattenähnliche Tiere, die sich in Zeiten von Hungersnot zusammenrotten und blind ins Verderben rennen. Diesen frechen Angriff auf die Stahlarbeiter lassen wir nicht durchgehen“, und fährt fort: „Die Stahlarbeiter sind ein Vorbild für uns, müssen wir doch in den Tarifauseinandersetzungen einen ausreichenden Lehrlingslohn erkämpfen. Anhebung aufs 3. Lehrjahr und 130 Mark Festgeld wäre passend ...“. Die Jahreshauptversammlung des Ortsjugendausschusses der Deutschen Postgewerkschaft schickt folgende Solidaritätsadresse an die Stahlarbeiter: „... Der Hetze gegen Euren Streik sagen wir den Kampf an, genauso der Aussperrung, die Euren Kampf zunichte machen soll ...

Eure gerechten Forderungen werden sich dann durchsetzen, wenn kein Gramm Stahl durch die Streikfront kommt. Sollte sich die Situation dennoch ändern, so muß man letztlich für die Ausweitung des Streiks auf andere Gewerkschaften eintreten.“ 348,63 DM werden gesammelt. Täglich kommen Schulklassen zu den Streikposten und in die Streikzentren. 50 Schüler eines Essener Gymnasiums veranstalteten am 28.12. eine spontane Protestversammlung im Jugendzentrum, als sie erfuhren, daß der Stahlschlichter Farthmann seinen Besuch angekündigt hatte. Auf den Kundgebungen der IG Metall und der Demonstration der Stahlarbeiter von Krupp in Bochum haben viele Lehrlinge und Berufsschüler teilgenommen. Während der Kundgebung ruhte in der gesamten Lehrwerkstatt die Arbeit. Lehrlinge der Lehrwerkstätten von Krupp haben eine symbolische Urabstimmung für Streik durchgeführt und die Lehrlinge der Thyssen AG haben sich bei der offiziellen Abstimmung beteiligt.

Tagessprecher unterstützen Stahlarbeiterstreik

Frankfurt. Brief der drei Tagessprecher vom Dienstag und mehreren Klassensprechern der Heinrich-Kleyer-Berufsschule an die streikenden Stahlarbeiter:

„Liebe Kollegen! Seit letzten Dienstag steht Ihr im Streik gegen die dauernden Lohnsenkungen und für Verkürzung der Arbeitszeit. Euer erster gewerkschaftlicher Streik seit 50 Jahren findet unsere volle Unterstützung. Die Stahlkonzerne bringt es ins Toben, wollen sie doch Euch mit Lohnsenkungen für ihre Konkurrenzschlachten einspannen. Die 5% sind wirklich das mindeste, ausgezahlt für alle gleich = 120 DM wäre das Beste, um den Lohnsenkungen entgegenzutreten. Angesichts der Intensivierung der Arbeit ist es richtig, die 35-Stundenwoche an 5 Tagen zu fordern, wie es richtig ist, Nacht- und Schichtarbeit anzugreifen. Kollegen, mit Eurem Kampf ermutigt Ihr die Arbeiter aller Bereiche, entschlossen den Lohnkampf zu führen. Wir wünschen Euch daher den besten Erfolg.“

Erfolg.“

Auszubildende bei AUDI-NSU

Heilbronn: „An die streikenden Stahlarbeiter! Liebe Kollegen! Euer Streik ist die richtige Antwort auf das unverschämte Angebot von 2,5% und auf die Ablehnung der 35-Stundenwoche. Eure Forderung nach 5 Prozent und die 35-Stundenwoche ist unbedingt notwendig gegen die ständig wachsende Arbeitshetze und den Versuch, Euch den Lohn zu senken. Wenn die Auszahlung der 5 Prozent in Festgeld durchgesetzt wird, dann wird das der weiteren Spaltung zwischen den einzelnen Lohnklassen entgegenwirken und gleichzeitig verhindern, daß die hochbezahlten Antreiber durch Euern Kampf auch noch besser geschmiert werden. Was bei Prozenten herauskommt, haben gerade die Auszubildenden im letzten Jahr gesehen. Euer Streik ist die beste Unterstützung für unseren Tarifkampf. Wir wünschen Euch viel Erfolg!“ Unterzeichnet von 18 Auszubildenden und Schülern der Wilhelm-Maybach-Schule Heilbronn.

665 DM für die Streikkasse

Dillingen. Um die Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens, Bremens und Osnabrücks in ihrem Kampf gegen die Stahlkapitalisten zu unterstützen, habe die Teilnehmer der 14. DGB Kreisjugendkonferenz Kreis Saarlouis am 16.12.78 beschlossen, Tagegeld und Fahrgeld an die Streikkasse zu überweisen. Weiterhin wurde eine Sammlung auf der Konferenz durchgeführt.

Berufsschülerinnen unterstützen streikende Stahlarbeiter

16 Schülerinnen aus zwei Klassen der Allgemeinen Berufsschule für Mädchen im Wedding haben ein Telegramm an die Streikleitung der IG-Metall geschickt und Geld dafür gesammelt. Das Telegramm lautet: „Wir finden Eure Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche und 5% mehr Lohn richtig. Wir sind Jungarbeiterinnen und deshalb ist das auch unser ‚Bier‘! Paßt auf, daß sie Euch nicht mit mehr Schicht- und Akkordarbeit übers Ohr hauen.

Im übrigen finden wir Festgeldforderungen besser als Prozente. Mit solidarischem Gruß. Die Klassen 7713 und 7730 (plus Lehrer) der Allgemeinen Berufsschule für Mädchen Berlin.“ – Die Forderung nach Festgeld ergab sich, als am Beispiel einer Lohnsummenverteilung eines Betriebes untersucht wurde, was einerseits 5% und andererseits 150 DM Festgeld auf den Lohn bedeuten.

Schulsprecher und Blocksprecher der G10 und G16

Hamburg. In einem gemeinsamen Brief haben die Vorsitzenden der Schülerräte der Gewerbeschule 10 (Energietechnik) und 16 (Nachrichten-, Feinwerk- und Zeitmeßtechnik), d.h. alle Schul- und Blocksprecher aller Blöcke, den Streik der Stahlarbeiter und die volle Durchsetzung ihrer Forderungen unterstützt. Begrüßt werden insbesondere die Schritte zum Vollstreik, eine Streikfront, die kein Gramm Stahl durchläßt, um den Normalarbeitstag zu beschränken, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, den 7-Stunden-Tag durchzusetzen und den Lohnsenkungen entgegenzuwirken.

zuwirken.

Solidaritätserklärung des Kreisjugendausschusses Neumünster

Neumünster. Kollegen, wir begrüßen euren Entschluß, für eure Lohnforderung und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den Streik zu treten. Auch wir meinen, daß der Streik das geeignete Mittel ist, die gewerkschaftlichen Forderungen gegen das 2,1%-Angebot der Eisen- und Stahlindustrie durchzusetzen. In diesem Kampf, dessen Ausgang für alle Kollegen von Bedeutung sein wird, habt ihr unsere volle Unterstützung. Mit solidarischen Grüßen
Kreisjugendausschuß Neumünster

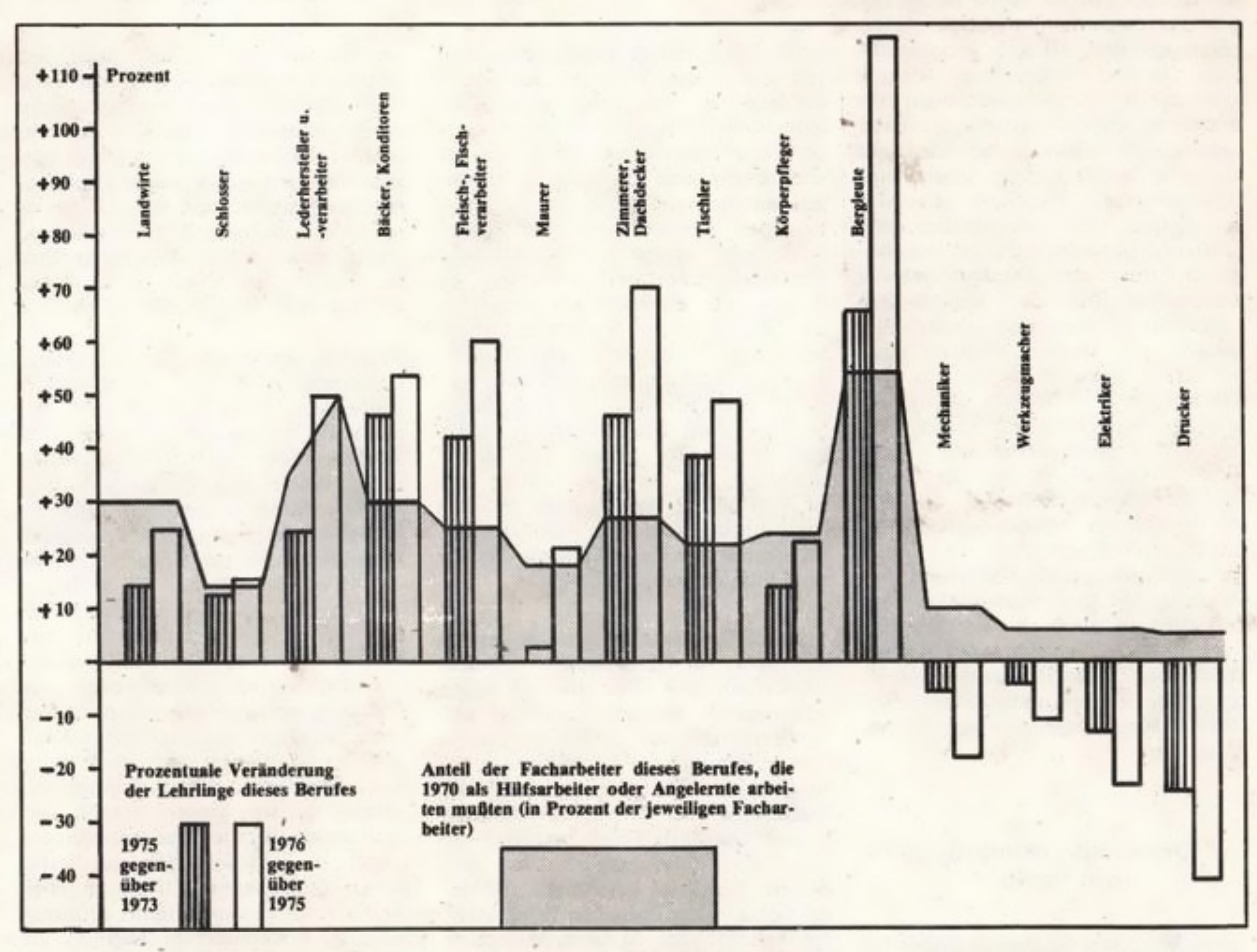
ÖTV-Mitgliederversammlung der DRK-Krankenpflegeschule

Gießen. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung am 5.12.78 der DRK-Krankenpflegeschule Gießen wurde nach der Wahl der neuen Vertrauensleute ein Solidaritätsbrief von 13 Krankenpflegeschülern an die streikenden Stahlarbeiter unterstützt, in dem es heißt: „... deswegen entscheidet euer Kampf auch darüber, unter welchen Bedingungen wir in die nächsten Lohntarifauseinandersetzungen nächstes Jahr gehen. Genauso ist es in eurem Interesse, daß im öffentlichen Dienst, dem zweitgrößten Beschäftigungsbereich, das Lohnniveau nicht weiter gedrückt wird. ... Von daher ist es in unserem gemeinsamen Interesse, uns in den Lohnkämpfen gegenseitig zu unterstützen. Ihr habt unsere Solidarität.“

Jugendgruppe unterstützt streikende Stahlarbeiter

Westberlin. „Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, die zentrale Jugendgruppe der IG Druck und Papier, möchten Euch die Unterstützung für Euren Streik aussprechen. Gerade die Verbindung des Lohnkampfes mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist auch für unsere Gewerkschaft von Bedeutung. Vom Ausgang Eures Streiks wird auch für die anstehenden Kämpfe in den anderen Tarifbereichen viel abhängen.“ Am 28.11. bei 15 Anwesenden einstimmig beschlossen.

Gesellenprüfung im Handwerk – Hilfsarbeiter in der Industrie



z.alb. Handwerk hat goldenen Boden. Das scheint der starke Zustrom von Jugendlichen in Lehrstellen wie Bäcker, Fleischer, Maurer in den letzten Jahren erneut zu bestätigen. Seit 1971 machen 20% mehr Jugendliche eine solche Ausbildung, während in der Industrie immer weniger Lehrstellen zu bekommen sind. 1 Million mehr Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren gab es 1976 gegenüber 1966 – und 60000 Jugendliche weniger befanden sich in einer beruflichen Ausbildung, insgesamt nur noch 28% dieser Altersgruppe. Zwei Drittel von ihnen hatten eine Lehrstelle in handwerklichen Berufen – Ergebnis berufsberatender Tätigkeit der Arbeitsämter.

„Wir haben die Änderung der Auszubildendenzahlen in den derzeit „gängigen“ Berufen in einem Schaubild zusammengestellt. Die Verschiebungen in

sammengestellt. Die Verschiebungen in

der „Rangfolge“ seit 1973 – vom Statistischen Bundesamt gemeldet – sind erheblich. Nur noch die ersten drei Ausbildungsberufe: Kfz-Mechaniker, Elektroinstallateur und Maschinenschlosser sind rangleich geblieben. Der Beruf Maler und Lackierer hat sich von Platz 9 auf Platz 4 vorgeschoben; Tischler von Platz 13 auf Platz 5; Fleischer von Platz 25 auf 11. Handwerk hat goldenen Boden?

Nicht für die, die es lernen und gelernt haben. Gold bringt es den Handwerksbetrieben, für die ein Lehrling billiger ist als eine Vollarbeitskraft, und die Lehrlingslöhne im Handwerk sind niedrig. Gold bringt es aber vor allem den Industriekapitalisten. Nur ein Drittel aller im Handwerk zum Facharbeiter Ausgebildeten kann dort bleiben. Zwei Drittel müssen in andere Wirtschaftsbereiche – die Industrie, den öffentlichen Dienst etwa – wechseln, und das heißt für die meisten Berufswechsel. Die Bourgeoisie nutzt die-

rufswechsel. Die Bourgeoisie nutzt die-

se Lage zur Lohnsenkung. Sie zahlt die

Ausb.-bereich	davon beschäftigt in Industrie	Handwerk	Übrige
Industrie	74%	7%	19%
Handwerk	39%	36%	25%
Übrige	28%	6%	66%
Anteil der als Hilfs- oder angelernte Arbeiter Beschäftigten			
Industrie	17%	21%	21%
Handwerk	37%	6%	21%
Übrige	46%	31%	11%

ausgebildete Arbeitskraft wie unausgebildete. „Mit dem Wechsel des Wirtschaftsbereiches ist bei Facharbeitern überdurchschnittlich häufig ein Übergang in die Tätigkeit eines Hilfs- oder angelernten Arbeiters verbunden“, hat eine Professorenmafia bei einer Untersuchung über die „Mobilität“ der Facharbeiter festgestellt. Der Anteil der im jeweiligen Beruf voll ausgebildeten Arbeiter, die 1970 bereits als Hilfsarbeiter bezahlt wurden, haben wir dem Schaubild als graue Kurve unterlegt. Es fällt sofort auf, daß sich großer Lehrstellenzuwachs und hohe Prozentzahlen der nach dieser Ausbildung als unqualifizierte Kraft Ausgebeuteten entsprechen. Berufe, in denen die erlangte Qualifikation so eingesetzt werden kann, daß sie auch in anderen Tätigkeiten bezahlt werden muß, werden dagegen abgebaut. Zufall? Gelenktes und geplantes Manöver zur Verbilligung der Arbeitskraft. Seit 1970 sind so große Teile der Jugendlichen in solche „Berufe mit hoher beruflicher Mobilität und Flexibilität“

ruflicher Mobilität und Flexibilität“

abgedrängt worden, gleichzeitig haben die Kapitalisten versucht, ein weiteres Hindernis gegen die Dequalifizierung der Arbeitskraft zu brechen: die besonders geringe „Mobilität“ bei den Industriefacharbeitern. Sie bleiben zum größten Teil in der Industrie, und es gelingt am wenigsten, diese Facharbeiter auf Hilfsarbeiterstellen zu drücken. Die entsprechenden Zahlen in der Tabelle sind ebenfalls von 1970. Die Bourgeoisie hat es gegen die Arbeiterjugend mit dem Druckmittel: Hilfsarbeiterstelle oder Nichtübernahme, Arbeitslosigkeit versucht. In vielen einzelnen Kämpfen haben sich die Lehrlinge zur Wehr gesetzt und sich in diesen Kämpfen mit den älteren Arbeitern zusammengeschlossen.

Frankreich: Kostenlose Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern



z.jon. Die Zahl der Schüler in schulpflichtigem Alter, die „berufsvorbereitende Klassen“ besuchen, ist 1973 – 78 von 40000 auf 172000 gestiegen. Diese Schüler arbeiten die halbe Zeit ohne Lohn bei Kapitalisten. Die Zahl der Jugendlichen, die als Lehrlinge praktisch umsonst an Kapitalisten verschenkt werden, ist 1976 – 77 um 17,2%, 1977 – 78 um 8,8% gestiegen. Obwohl offiziell Schulpflicht bis zum Alter von 16 besteht, können Lehrverträge schon mit 15-jährigen abgeschlossen werden. Der Lehrlingslohn beträgt zu Beginn der Lehre 15% des gesetzlichen Mindestlohns, am Ende höchstens 75%. 75% der Lehrlinge brechen die Lehre im 2. Jahr ab. Der größte Teil des Lehrlingslohns wird den Lehrlingen vom Staat bezahlt. Das Bild zeigt Schüler einer berufsbildenden Schule in Paris, die gegen die Ausstattung ihrer Schule demonstrieren.

Britannien: Schwierige Lohnbewegung im öffentlichen Dienst

z.hef.London. Während die Regierung weiter mit Truppeneinsatz droht und sich verschiedene Unverschämtheiten gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes herausnimmt (sie hat z.B. der größten Gewerkschaft der Staatsangestellten Gewerkschaftsversammlungen während der Dienstzeit verboten), verstärken die Arbeiter und Angestellten die Streiks und Streikvorbereitungen, aber uneinheitlich, zersplittert organisiert und unter verschiedenen Forderungen. Die *Sozialarbeiter* weiten ihren mehr als 5 Monate dauernden Streik für bessere Arbeitsbedingungen und direkte Verhandlungen mit den lokalen Behörden aus. Die Vereinigung der *Krankenschwestern und Krankenpfleger* ruft zu einer nationalen Protestversammlung gegen das 5%-Angebot für den 18. Januar auf. Die Gewerkschaften der *Arbeiter des öffentlichen Dienstes* planen einen eintägigen Warnstreik am 22. Januar für ihre Forderung nach 60 Pfund Wochenlohn und 35-Stundenwoche. Viele Abteilungen dieser Gewerkschaften fordern inzwischen den unbefristeten Streik, wie z.B. die Delegiertenversammlung der Gemeindearbeiter in der GMWU für die Midlands und die Ostküste.

Drucktarifverhandlungen in Italien

z.erm.Rom. Am 16. Januar finden für die 14000 bei den Tageszeitungen und Presseagenturen beschäftigten Druckarbeiter die ersten Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag statt. Der auf zwei Jahre Laufzeit festgelegte Vertrag umfaßt die Einführung neuer Techniken und den Entgelttarif.

Die Beschränkung der Gültigkeit des Tarifvertrages auf diesen Bereich wird von den reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen mit der besonderen Betroffenheit und fehlenden Ausweichmöglichkeiten bei Entlassungen bei Tageszeitungen begründet. In den Änderungsanträgen der Gewerkschaftsverbände wird vorgeschlagen, über gemeinsame betriebliche Organe der Kapitalisten und Gewerkschaften die Umsetzung der Pläne der Kapitalisten zu kontrollieren und „die Belegschaft festzulegen, die für die neue Arbeitsorganisation notwendig ist". Die Verkürzung der Arbeitsdig ist". Die Verkürzung der Arbeitszeit soll von diesen Organen „geprüft" werden, um „die technische Neuerung im Griff zu haben". Für die Löhne der Druckarbeiter wird einheitlich 20000 Lire mehr gefordert. Danach würde die Masse der Druckarbeiter in der untersten Lohngruppe umgerechnet 697 DM, die Beschäftigten der höchsten 1233 DM brutto verdienen. – Am 16. und 28.12. haben die Druckarbeiter in ganz Italien 24-Stunden-Streiks durchgeführt.

Britische LKW-Fahrer im Streik

z.mat.Liverpool. Seit Mittwoch stehen die 25000 britischen LKW-Fahrer im Streik. Als die 5000 schottischen LKW-Fahrer vor einer Woche ankündigten, daß sie den unbefristeten Streik aufnehmen würden, hofften die Kapitalisten noch, die übrigen Gebiete durch gestaffelte Verhandlungstermine aus der allgemeinen Streikfront heraushalten zu können. Selbst als die Fahrer in Tilbury, Liverpool, Southampton und Hull sich am Dienstag dem Streikbeschluß anschlossen, hatte die Financial Times noch Hoffnung, daß „Aktionen südlich der Grenze unkoordiniert und begrenzt bleiben."

Weit über drei Viertel aller Güter werden in Britannien mit dem LKW transportiert, und ein Streik der LKW-Fahrer bedeutet Ausfall der Lieferungen in fast allen Industrien. Die Kapitalisten haben 60 Pfund Wochenlohn angeboten für 40 Arbeitsstunden, dazu 8 Pfund Übernachtungsgeld und 100% statt bisher 50% Wochenendzuschlag. Daß die Fernfahrer zum Leben auf Überstunden angewiesen sind, zeigt das Angebot über vier Wochen Urlaub bei Zahlung von *55* Wochenstunden.

Fahrer in Liverpool berichteten, daß sie in 3 von 4 Wochen eines Monats die in der EG festgesetzte Höchstgrenze von 57 Wochenstunden erreichen. Die Fahrer verlangen einen Wochengrundlohn von 65 Pfund für 35 Stunden und 8,50 Pfund Übernachtungsgeld.

Carl Zeiss-Stiftung: Steuererleichterung für die Kapitalisten – Bindung der Arbeiter an den Betrieb

r.ulr. „Wir stellen zusammenfassend fest, daß es der Zweck der Carl-Zeiss-Stiftung ist, aus einer gewerblich-industriellen Tätigkeit auf dem Gebiet der Feinmechanik und Optik und der Glastechnik eine Leistung zu erbringen, die einerseits den in den Stiftungsbetrieben Beschäftigten eine höhere persönliche und wirtschaftliche Rechtslage sichert und andererseits die Belange der einschlägigen Industrie, die Förderung der Naturwissenschaften und die Verbesserung gemeinnütziger Einrichtungen unterstützend vorsieht". Dieser Schwulst entstammt der Stellungnahme eines Ausschusses des Betriebsrates für Fragen der Mitbestimmung und des Zeiss-Statutes und ist Ausfluß der Bemühungen der Betriebsführung und von Teilen des Betriebsrates dem Zeiss-Konzern das soziale Mäntelchen zu erhalten.

Aus 28000 Arbeitern und Angestellten wurde im Geschäftsjahr erstmals ein Umsatz von über einer Milliarde herausgeholt. Seitdem wurde die Beschäftigtenzahl auf 23500 vermindert und der Umsatz auf 1,6 Milliarden gesteigert. Am Profit waren allein die Banken mit über 100 Millionen aus den letzten Geschäftsjahren beteiligt, die ihnen als Zinsen zufallen. Vor dem zweiten Weltkrieg hatte Zeiss auf vielen Gebieten der optischen Produktion ein Weltmonopol. In einem Artikel im Handelsblatt des Jahrgangs 1974 wird die Marschrichtung angegeben, die seither zielstrebig verfolgt wurde:

„Deutlich wird dies an den Aktivitäten von Carl-Zeiss sich weltweit und rechtzeitig auf dem expansiven Gebiet der Augenoptik eine starke Stellung zu sichern. Ausgehend von der gemeinsamen Vertriebsgesellschaft von Zeiss und der Asahi Oprical Co., Tokio, in Japan für Brillengläser werden nun beide Firmen in Taiwan ein gemeinsames Werk zur Herstellung von Gläsern und Fassungen aufbauen... Eine weitere Arrondierung hat Zeiss im Bereich der Augenoptik durch den Kauf der amerikanischen Firma Titmus vollzogen... Durch Titmus und Taiwan, die Mikroskopfertigung in Mexiko und die Semco Instruments in Ottawa – Produktion von modernen Rasterelektronenmikroskopen – aber auch verstärkte Vertriebsaktivitäten hat Zeiss die Basis für eine weitere Erhöhung des Auslandumsatzes gelegt!" (Handelsblatt 11.4.1974) Die „sozialen Leistungen" der Firma Zeiss sollen die Arbeiter dazu bringen, diese Schlacht für ihren „Stiftungsbetrieb" zu schlagen. Dazu wird die Betriebsrente gezählt. Sie ist erstmal ein Mittel, um die Arbeiter vom Betrieb abhängig zu machen.

Pensionsberechtigt wird man erst nach fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit", kündigt man, verliert man die Pensionsberechtigung. Die Pensionskasse dient der Betriebsführung als Reservekapital, sie zieht in ihren Geschäftsberichten die Posten Eigenkapital und Pensionsrückstellungen zusammen, und der steigt rasch: von 670 Millionen 1975 auf 775 Millionen im Jahr 1977. Das Eigenkapital ist seit 1971 fast immer gleich geblieben, etwa bei 240 Millionen. Die Pensionskasse ist jedoch enorm angeschwollen, von 306 Millionen auf 460 Millionen und bildet die Masse des eingesetzten Kapitals. Der Grund liegt darin, daß für die Konzerngewinne, die in Kapital verwandelt werden, Steuern gezahlt werden müssen, für die Pensionsrücklagen jedoch, die auch als Kapital zur Verfügung stehen, aber nicht. Deshalb geben die Kapitalisten einem immer größeren Teil des akkumulierten Kapitals die Form der Pensionskasse und sind natürlich bemüht, dafür zu sorgen, daß daraus möglichst wenig an die Pensionäre abfließt. Deshalb wurden in den letzten Jahren die Pensionszahlungen gekürzt. Sie dürfen zusammen mit der gesetzlichen Rente nur 100% des früheren Nettoverdienstes betragen. Die direkte Folge war, daß 1976 noch 106 Millionen an Betriebsrente ausgezahlt wurde, 1977 sank der Betrag das erste Mal auf 102 Millionen.

Was die Arbeiter ebenfalls an ihrer Stiftung schätzen sollen ist die Lohn- und Gehaltsnachzahlung, die jeweils am Jahresende „je nach Geschäftsergebnis" gezahlt wird oder auch nicht. Den Trick hat sich der alte Abbe, der Gründer der Stiftung, selbst ausgedacht: „Da nun die Arbeitslöhne die Tendenz haben in guten Zeiten in die Höhe zu gehen, so gelangt man zu einer Lohnentwicklung, vergleichbar mit einem Rad mit Sperrklinke, das sich nur vorwärtsdrehen läßt, aber nicht rückwärts." (Sozialpolitische Schriften) Das geht dann eben einfacher mit Lohn- und Gehaltsnachzahlung, die man im einem Jahr zahlen kann und im anderen streichen, meinte er. Tatsächlich haben sich die Arbeiter das weder damals gefallen lassen noch heute. 1976 und 1977 gab es bei Zeiss in Göttingen große Kämpfe wegen der Lohn- und Gehaltsnachzahlung und sie mußte in den beiden folgenden Jahren ausgezahlt werden.

„... innerhalb unseres Betriebes gibt es keinen Klassenkampf, weil hier gar kein Unternehmer da ist, der unter dem Zeichen des Klassenkampfes sich bekämpfen ließe." Hat der alte Abbe seinen Arbeitern vorgesäuselt. Zeiss stände unter Verwaltung des Staates und sei dazu da, Gutes zu tun, so wird es noch heute aufgewärmt. Tatsächlich hat diese staatliche Verwaltung die heute durch das baden-württembergische Kultusministerium ausgeübt wird, während die Banken Zeiss durch einen Unternehmensrat kontrollieren, zu nichts anderem geführt, als daß zum Beispiel 1914 die gesamte Produktion auf Produktion optischer Kriegsgeräte umgestellt wurde. 1919 wurde vom bei Zeiss eingerichteten Arbeiterrat deshalb gefordert: „Sozialisierung des Zeissbetriebes, Kontrolle der Produktion des Geschäftsablaufes durch den Arbeiterrat, Abschaffung der Akkordarbeit."

Am liebsten umsonst: Strom für die Kapitalisten

r.chs. 1972 hatten die Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Länder beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ein Gutachten in Auftrag gegeben: „Grundlagen einer regionalwirtschaftlich orientierten Energiepolitik im norddeutschen Raum". In ihrer Stellungnahme dazu formulieren sie strategisch, was „im einzelnen anzustreben" sei: „ – Strompreispolitik mit dem Ziel der Umstrukturierung des Preisgefüges zugunsten stromintensiver Sonderabnehmer,... planerische Vorsorge für die Freihaltung von Energieleitungsstraßen (Strom, Gas, Öl), Erleichterungen des Kernkraftwerkbaues...". – Bekanntlich liegen schon lange die Strompreise für die industriellen Sonderabnehmer unter der Hälfte dessen, was das Volk zu zahlen hat. Unveröffentlichte Zahlen des Preussenelektra-Konzerns aus dem Jahre 1976 beweisen: Sie gab den Strom zu durchschnittlichen Preisen von 6,7 Pfg./kWh an die Industrie ab. Die Stromverteilungsunternehmen zahlten 8,32 Pfg./kWh, verlangten freilich von den privaten Haushalten, für die sie den Strom „weiterverarbeiteten", mehr als das Doppelte.

Während in diesem Jahr die Stromverteilungsunternehmen für weniger Strom 12% mehr an den Konzern zahlen mußten, bekamen die großen Industrieunternehmen 80% mehr Strom zu um 20% niedrigeren Preisen. – Tatsächlich hat sich das Auseinanderklaffen der Strompreise für die kapitalistische Industrie und die Volksmassen weiter verschärft. Das jüngste Statistische Jahrbuch der Bourgeoisie vermeldet über den Erzeugerpreisanstieg 1977 gegenüber 1970: Strom für private Hauhalte um 56,5%, für landwirtschaftliche Betriebe um 54,7%. Die *End*preise für die privaten Haushalte für Elektrizität sind sogar um 59,1% gestiegen. – Im Zuge der Subventionierungspolitik der niedersächsischen Landesregierung hat die Wirtschaftsministerin Breuel ihre jüngsten diesbezüglichen Initiativen verpackt in „Anträge..., die versuchen sollen, diese (Stromversorgungs-) Monopole abzubauen und dadurch den Strom billiger zu machen" (Breuel). Die zumeist staatliche Form der Eigentumsverhältnisse bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen erkennt die Dame als gewissen Reibungswiderstand bei der Organisierung des straffen und direkten Zugriffs der kapitalistischen Monopole.

Als jüngste „Anregung" vermelden die NDR-Nachrichten (6.1.), die Stromtarife für Großabnehmer überhaupt abzuschaffen.

Teilzeitarbeit für Frauen: Schlüsselrolle der Industrie

Beispiellose Besteuerung bei niedrigem Lohn

z.hev. Die Ausdehnung der Teilzeitarbeit liegt Außenminister Ehrenberg so sehr am Herzen, daß er diesem Thema eigens eine Broschüre widmet, um „in erster Linie das Interesse der Unternehmen zu wecken". Abgesehen hat er es vor allem auf die Frauen, aber es „sprechen auch viele Gründe dafür, en Übergang zum Rentenalter flexibel zu gestalten". Mit den bisherigen Ergebnissen seiner Kampagne für die Teilzeitarbeit ist Ehrenberg nicht zufrieden.

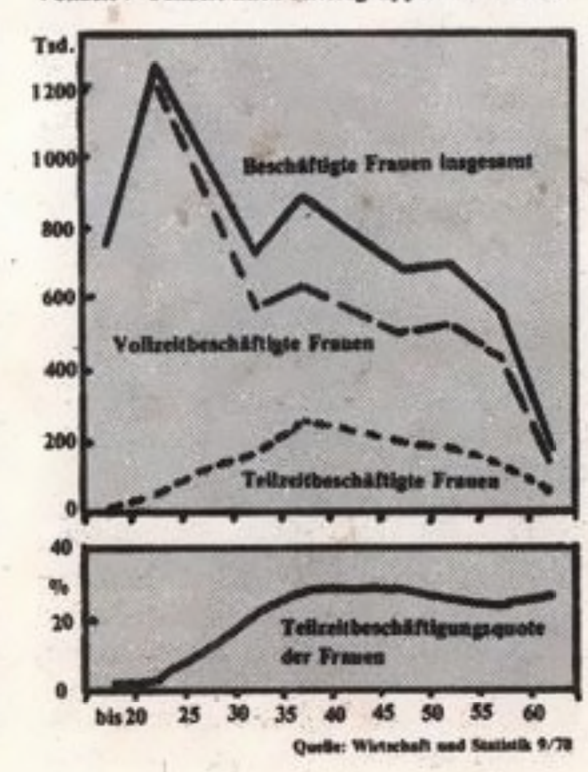
Aus dem Schaubild ist zu erkennen, welche Frauen er anvisiert. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen im Alter von 20 und 30 Jahren ist relativ hoch, danach sinkt er rapide ab, und zwar schneller als die Zahl der beschäftigten Frauen insgesamt sinkt. Die Differenz macht den Anteil der *sozialversicherungspflichtig* teilzeitarbeitenden Frauen aus. Überhaupt nicht erfaßt sind also die Frauen, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten und weniger als 390 DM im Monat verdienen. Sie sind weder kranken-, noch renten-, noch arbeitslosenversichert. Im April 1977 waren 2,782 Mio. Frauen teilzeitbeschäftigt, aber nur 1,329 Mio. sozialversicherungspflichtig, d.h. jede zweite Frau arbeitet ein paar Stunden in der Woche, ohne einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben oder etwa ihre Rente aufbessern zu können. Sie arbeiten für ein Taschengeld, was angeblich „den Wünschen vieler Frauen entspricht, die wegen der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben nur zeitlich begrenzt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können". Es sind die jungen Frauen, deren profitliche Ausbeutung Ehrenberg den Kapitalisten wärmstens empfiehlt. Flankenschutz bietet das Programm zum „Jahr des Kindes", ein Nährboden, auf dem die Teilzeitarbeit zum Hungerlohn bei extra hoher Steuer blühen und gedeihen soll.

Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf
am 30.6.1977

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt		Arbeiter		Angestellte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung ud Fischerei	4372	8,7	2848	7,2	1524	13,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	7803	19,1	5048	43,6	2755	9,4
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	270244	11,1	167023	10,7	103221	11,8
Baugewerbe	17481	15,5	3659	24,0	13822	14,2
Handel	336102	23,1	74301	29,5	261801	21,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	80145	36,0	53727	60,7	26418	19,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	62444	17,5	18406	71,9	44038	13,3
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	357439	17,8	185445	23,7	171994	14,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	48070	22,2	21433	32,0	26637	17,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	144452	24,9	77980	55,6	66472	15,1
Ohne Angabe	857	16,7	406	19,0	451	15,0
Insgesamt	1329409	17,8	610276	20,4	719133	16,0

Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/78

„Die Entscheidung, eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen, wird nicht zuletzt von finanziellen Motiven bestimmt. Neben der Höhe des Arbeitslohns sollte deshalb auch die Höhe der steuerlichen Belastung beachtet werden." Und die ist wahrlich beachtlich. Wer weniger als 20 Stunden arbeitet und weniger als 120 DM wöchentlich verdient, wird „lohnsteuerpauschaliert", 10% behält der Kapitalist ein. Womit auch gleich der angestrebte Lohnstandard für Teilzeitarbeit angegeben wäre: 120 DM durch 20 Stunden gleich 6 DM Stundenlohn, ein Betrag, mit dem selbst auf die Niedriglöhne in der Textilindustrie noch Druck ausgeübt werden kann.



Verdient die Frau mehr, wird sie, verheiratet, meist nach Lohnsteuerklasse V besteuert, ein unbeschreiblicher Lohnraub setzt ein. Der beginnt bei monatlicher Zahlung mit 89,50 DM (s. Tabelle).

Beginn der Besteuerung in der Steuerklasse	bei einem Monatslohn von DM
I	5 9,50
II	644,50
III	1014,50
IV	559,50
V	89,50

Von 500 DM Lohn werden schon rund 90 DM weggesteuert, von 1000 DM rund 200 DM. Die Abzüge der Sozialversicherungen betragen ca. 80 bzw. 160 DM, von den 500 DM bleiben dann gerade noch 330 DM, von den 1000 DM noch 640 DM.

Für die Kapitalisten prächtige Bedingungen – sie können die teilzeitarbeitenden Frauen schnell und gründlich auspowern, und der Staat macht dabei seinen fetten Reibach. Daher Ehrenbergs rabiates Interesse an der Angelegenheit. Bisher arbeiten im „verarbeitenden Gewerbe", also in Industrie und Handwerk, (ohne Bau) gerade 10 bis 11% der lohnabhängigen Frauen in Teilzeitarbeit; bei den „Gebietskörperschaften", d.h. im öffentlichen Dienst, sind es bei den Arbeiterinnen schon jetzt 55% – weshalb ja den Industriebetrieben eine „Schlüsselrolle für die Ausweitung der Teilzeitarbeit" zukommt; in erster Linie wohl den Betrieben, in denen die Mehrzahl der Frauen ausgebeutet wird: Leder, Textil, Bekleidung, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und die Post.

Zu viel Gemüse? – Überproduktion als Kehrseite der Unterkonsumption der Massen

z.brp. Liegt es an den Eßgewohnheiten der Massen oder am milden Wetter oder an der Unvernunft der Bauern, daß im Wirtschaftsjahr 1978 zu viel Gemüse produziert wurde? Bundesernährungsminister Ertl bemüht die Unvernunft: „Das Zusammentreffen von Anbauausweitungen und hohen Durchschnittserträgen hatte 1977 zur größten Gemüseernte seit 1973, gleichzeitig aber auch – vor allem bei den späteren Gemüsearten – zu Absatzschwierigkeiten und Einbußen bei den Erzeugerpreisen geführt. In früheren Jahren hatten die Erzeuger auf eine solche Entwicklung mit einer Einschränkung des Gemüseanbaus im folgenden Jahr reagiert. Diese Erwartungen haben sich für 1978 nicht bestätigt.“ (Wirtschaft und Statistik, 11/78). Es gab eine Überproduktion an Gemüse, obwohl 1978 bei allen Gemüsearten sowohl der Hektar-Ertrag wie auch die gesamte Erntemenge gegenüber 1977 zurückging. (siehe Tabelle) Diese Überproduktion trägt sichtbar

Ernte von Gemüse auf Freiland

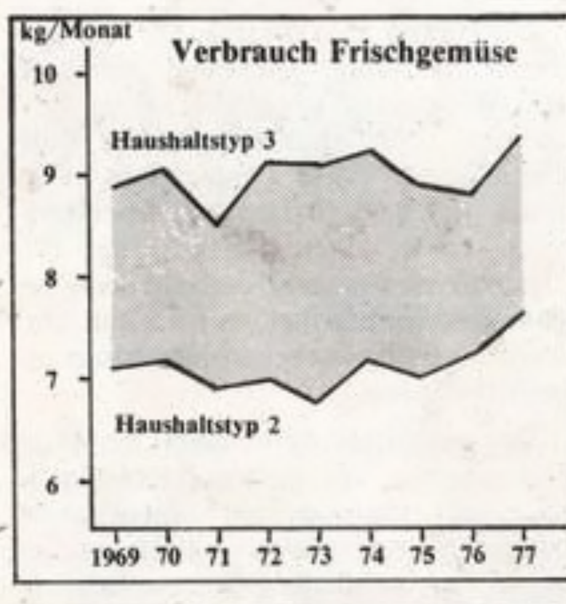
Gemüseart	ha-Ertrag in dt 1977	ha-Ertrag in dt 1978	Erntemenge in 1000 dt 1977	Erntemenge in 1000 dt 1978
Weißkohl	539,5	525,6	3616	3209
Rotkohl	442,2	416,1	1168	1075
Grünkohl	152,5	144,9	110	96
Möhren	307,9	304,8	1492	1476
Grüne Bohnen	106,3	93,7	602	539

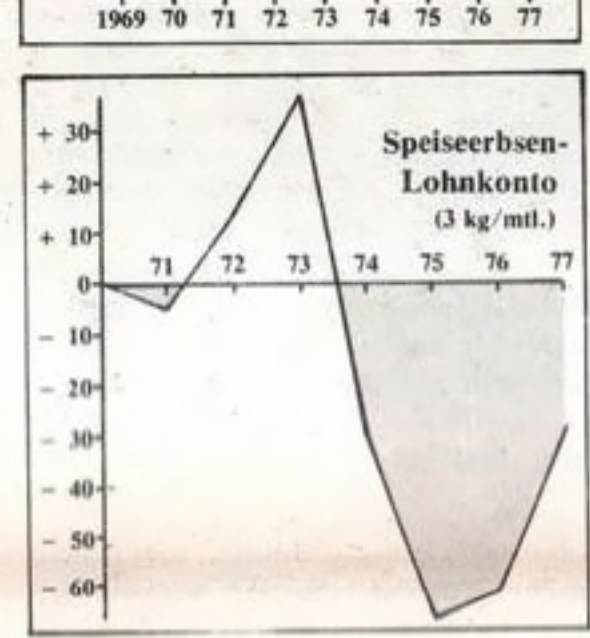
andere Züge als die Überproduktion aus Gründen der Stagnation des Profits der Kapitalisten. Der Bauer ist Teil der produzierenden Klasse, sofern er nicht von der Ausbeutung fremder Lohnarbeit lebt. Er arbeitet für seinen Lebensunterhalt. Seine Arbeitskraft kann er nur reproduzieren durch den Verkauf der von ihm produzierten Waren. Er verkauft sie nicht direkt an die Verbraucher, sondern an die Genossenschaften oder an Nahrungsmittelkonzerne, mit denen er Abnahmeverträge hat. Überproduktion an landwirtschaftlichen Produkten liegt vor, wenn der Bauer mehr Arbeitszeit als im gesellschaftlichen Durchschnitt zur Herstellung der Produkte benötigt oder wenn mehr Waren als gesellschaftlich notwendig produziert werden. Beides trifft auf den Gemüsebauern zu: Überproduktion als Kehrseite der Unterkonsumption der Massen und als Folge, daß mehr Arbeitszeit als im gesellschaftlichen Durchschnitt notwendig aufgewendet wird.

Beide Tatsachen müssen die Bourgeois verkleistern, denn sie sind mächtige Triebfedern im Zusammenschluß der beiden produzierenden Klassen, der Arbeiterklasse und der arbeitenden Bauern, wie sie gleichzeitig die Notwendigkeit der Zerschlagung des privaten Eigentums und die Einführung der genossenschaftlichen Produktion und des genossenschaftlichen Absatzes eindringlich belegen. Das in Schleswig-Holstein vom Bauernverband und der Landwirtschaftskammer herausgegebene „Bauernblatt“ hetzt gegen die Massen: „Der Preisverlauf für Weiß- und Rotkohl an den Großmärkten kann kaum befriedigen. Zu lange wird der Verbraucher nun schon ein Preisangebot gemacht, das nicht mehr unterboten werden kann.“ (14.11.78) „Eine typische Absatzbelebung zu den Weihnachtsfeiertagen kann an den Frischmärkten kaum festgestellt werden, der Konsument scheint vielmehr auf das verarbeitete Produkt zurückzugreifen“ (19.12.78)

Wir haben im Schaubild 1 dargestellt das Verhältnis des Verbrauchs von Frischgemüse beim Haushaltstyp 2 (4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen) zum Verbrauch beim Haushaltstyp 3 (4-Personen-Haushalt von Beamten oder Angestellten mit höherem Einkommen). Deutlich weniger Frischgemüse kann sich die Arbeiterfamilie leisten. Stattdessen ist sie gezwungen, zu qualitativ schlechten, aber teuren Konserven zu greifen. 1968 verzehrt die Arbeiterfamilie 2,87 kg Gemüse in Dosen zu monatlich 5,40 DM, 1976 4,05 kg zu 9,63 DM und 1977 3,89 kg für 10,01 DM. Schaubild 2 zeigt das Lohnkonto eines Metall-Facharbeiters (Ecklohn, verheiratet, 2 Kinder, Steuerklasse 3) aus dem Tarifbezirk Baden-Württemberg. Wollte er mit seiner Familie jeden Monat 3 kg Frischgemüse essen, so hat er nur 1972 und 1973 ein Plus. Die dauernden Lohnsenkungen schränken den für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Konsum von Frischgemüse in den nächsten Jahren immer weiter ein.

Dicken Profit machen allein die Nahrungsmittelkonzerne, die den Bauern immer weniger zahlen für die landwirtschaftlichen Produkte (Schaubild 3). Über den Vertragsanbau zwingen die Nahrungsmittelkonzerne immer mehr Bauern in die faktische Lohnabhängigkeit (siehe Tabelle). Der faktischen Lohnabhängigkeit soll die Aus-

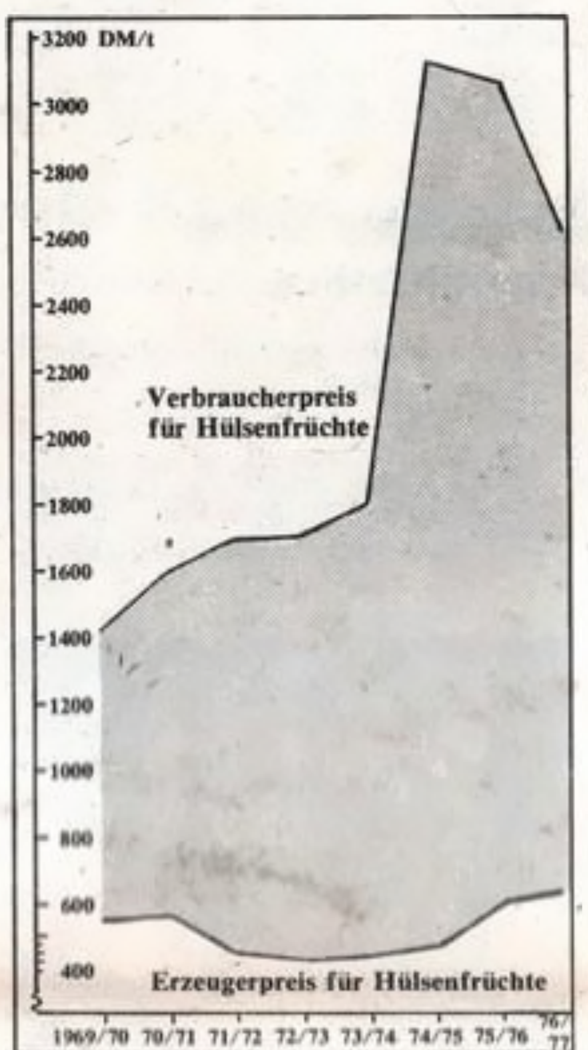




Vertragsanbau in ha und Anteil am Gesamtanbau

Gemüseart	1975	1978
Herbstweißkohl	1965 (72%)	1986 (71%)
Herbstrotkohl	467 (51%)	551 (51%)
Einlegegurken	764 (70%)	820 (76%)

beutung als Landarbeiter oder Fabrikarbeiter folgen: Von 1972 bis 1978 sind 21000 Gemüsebauern ruiniert worden, ein Drittel der Gemüsebauern. – In Dithmarschen und jetzt ebenfalls in Frankreich wehren sich die Gemüsebauern gegen ihre Ruinierung durch die Nahrungsmittelkonzerne. In Dithmarschen haben sie den Kohl auf den Feldern umgepflügt, in Frankreich haben sie in Straßburg den Kapitalisten ganze Lasterfrachten von Kohl vor die Fabriktore gekippt.

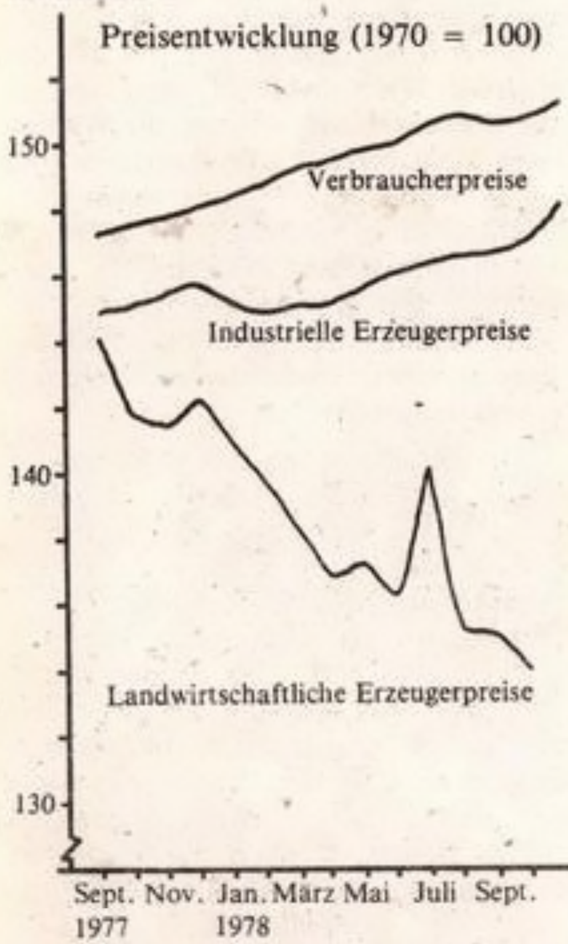


Die Preisschere

Ausplünderung durch die Schere zwischen Preisen der Landwirtschaft und der Industrie

r.gör. Das Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der Erzeugerpreise für Güter der Landwirtschaft bzw. der Industrie seit September 1977. Die Bauern erhalten für ihre Güter relativ immer weniger, für Industrieprodukte müssen sie relativ immer mehr zahlen. So wirkt die Preisschere als Instrument der Ausplünderung.

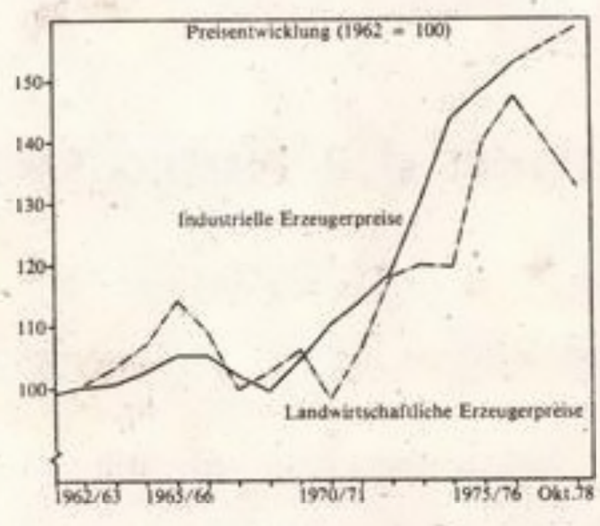
Schaubild 1



Die bürgerliche Preisstatistik liefert Indexzahlen, seit einigen Jahren gemessen am Stand von 1970. Sie liefert insofern ein falsches Bild, als im Jahre 1970 die landwirtschaftlichen weit unter den industriellen Erzeugerpreisen standen, die Berechnungsmethode sie jedoch in diesem Jahr gleichsetzt. Deshalb haben wir in Schaubild 2 noch einmal die längerfristige Entwicklung ab 1961 dargestellt (gemessen am Stand von 1962). Hieraus erkennt man jedenfalls die deutlich unterschiedlichen *Trends*.

Eine näherungsweise Vorstellung vom Ausmaß der Ausplünderung durch die Preisschere gibt folgende

Schaubild 2



Rechnung. Im Rechnungsjahr 1976/77 wurden von den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt Verkaufserlöse von rd. 50 Mrd. DM erzielt (ohne ihren Eigenverbrauch). Wir nehmen (in Ermangelung genauerer aktueller Zahlen) hiervon den monatlichen Durchschnitt für das Jahr von Oktober 1977 bis September 1978 an. Für diesen Jahreszeitraum bewerten wir die durchschnittlichen Verkaufserlöse einmal im Preisniveau der landwirtschaftlichen, zum anderen im Preisniveau der industriellen Erzeugerpreise (Tabelle 1). Die Differenz gibt einen Eindruck von der Größenordnung der Ausplünderung mittels der Preisschere in diesem Jahreszeitraum.

Tabelle 1

Verkaufserlöse in Preisen der

		Landw.-schaft	Industrie	Diff.
		Angaben in Mio. DM		
1977	November	4167	4285	118
	Dezember	4167	4270	103
1978	Januar	4167	4291	124
	Februar	4167	4316	149
	März	4167	4369	202
	April	4167	4420	253
	Mai	4167	4419	252
	Juni	4167	4467	300
	Juli	4167	4351	184
	August	4167	4518	351
	September	4167	4525	358
	Oktober	4167	4571	404
Summe				2798

Die Gesamterlöse hätten also um 2,8 Mrd. DM höher liegen müssen, wenn sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gleichermaßen wie die industriellen Erzeugerpreise entwickelt hätten.

1976/77 gab es 1,2 Mio. Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft (die Teilzeitarbeitskräfte werden von der Statistik auf Vollzeitarbeitskräfte umgerechnet). Sie haben einen Produktionswert von 55,8 Mrd. DM geschaffen. 2,8 Mrd. DM entsprechen somit einer Jahresleistung von mehr als 60000 Vollzeitarbeitskräften der Landwirtschaft, die also mittels der Preisschere „kostenlos“ ausgebeutet werden.

Tatsächlich zahlen die Bauern für Industriewaren höhere Preise als die industriellen Erzeugerpreise. *Zusätzlich* zur oben illustrierten Preisschere werden sie „als Verbraucher“ durch die Inflation ausgeplündert wie die Volksmassen insgesamt. Schaubild 1 zeigt bereits, daß die Verbraucherpreise auf weit höherem Niveau liegen als die Erzeugerpreise.

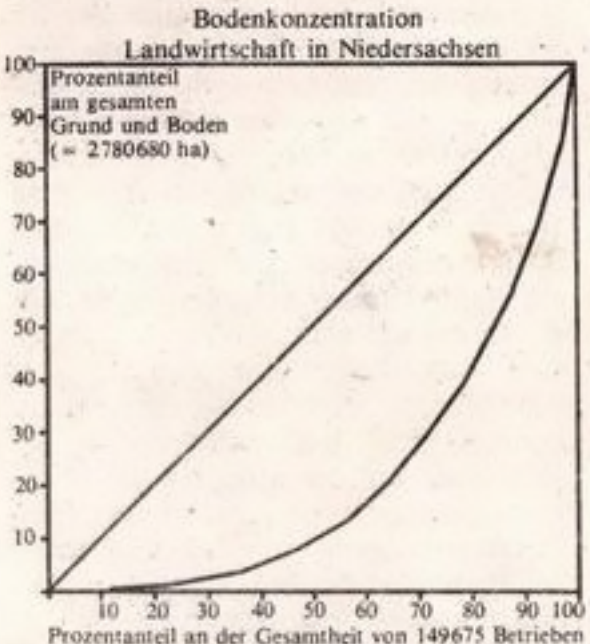
Schneller gestiegen sind insbesondere auch die Preise, die die Bauern für Betriebsmittel für ihre Landwirtschaft zu zahlen haben: um 51,2% (1976/77 gegenüber 1970), dagegen die industriellen Erzeugerpreise um 41,7% in demselben Zeitraum. Es ist daher kein Wunder, daß die Bauern gemessen an ihrem Produktionswert verhältnismäßig immer mehr für Produktionsmittel und Rohmaterialien zahlen müssen (Schaubild 3).

Schaubild 3



Dies drückt wesentlich auf ihre Fähigkeit, Investitionen vornehmen zu können. So sind von den Auswirkungen der Preisschere im wesentlichen die kleinen und mittleren Landwirtschaften betroffen. Vor allem bei flächenabhängiger Produktion (Getreide, Feldfrüchte u.a.) sind die Betriebskosten *pro Hektar* um so größer, desto kleiner die zu bewirtschaftende Gesamtfläche ist. Z.B. sind bei kleineren Vollerwerbsbetrieben (unter 20000 DM Standardbetriebseinkommen) die Kosten für Traktoren (gemessen am Schlepperbesatz in PS pro 100 ha) im Durchschnitt um 33% höher als bei großen Betrieben (über 50000 DM StBE). Entsprechend umgekehrt verhält sich der Arbeitseinsatz pro Hektar bei den kleineren Betrieben mehr als doppelt so hoch (8,91 Vollarbeitskräfte pro 100 ha) als bei den großen Betrieben (4,17).

Schaubild 4



So bedeutet die Preisschere für die kleineren und mittleren Bauernwirtschaften direkt eine Beschleunigung ihres Ruins. Schon jetzt ist die Konzentration in der Landwirtschaft enorm vorangeschritten. (Vgl. Seite 2) Schaubild 4 zeigt für Niedersachsen den Stand der Konzentration, nämlich wieviel Prozent der Bauernwirtschaften jeweils über wieviel Prozent des Bodens verfügen. Man erkennt z.B., daß 50% der Bauernwirtschaften zusammen nur über 10% des Bodens verfügen.

EG: Massenvernichtung von Obst und Gemüse

z.scc. Angeblich zur „Stützung der Einkommen der Landwirte“ hat die EG-Kommission innerhalb von drei Jahren (von 75/76 bis 77/78) „aus dem Markt genommen“:

Sorte	in Tonnen
Blumenkohl	53914,2
Tomaten	179046,2
Pfirsiche	452491,1
Birnen	548174,8
Äpfel	1000198,7
Tafeltrauben	1271,6
Mandarinen	108396,6
Apfelsinen	384687,2
Zitronen	67789,0

2,8 Mio. t Obst und Gemüse an die Schweine verfüttert oder – größtenteils – schlicht vernichtet! Die Menge der „aus dem Markt“ genommenen Äpfel hätte ausgereicht, geht man vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch der EG aus, die Bevölkerung der Niederlande drei Jahre lang mit Äpfeln, die Menge der Birnen, eine doppelte Anzahl von Menschen mit Birnen, zu versorgen. *Hätte* – wenn die Landwirtschaft nicht kapitalistisch betrieben würde. So aber: waren Tausende von Bauern gezwungen, ihr Obst und ihr Gemüse zu einem Bruchteil des ohnehin real sinkenden Erzeugerpreises zur Vernichtung abzuliefern; stiegen die Obst- und Gemüsepreise bis zu 80%; *fehlten* die verrichteten Mengen dem Konsum der Volksmassen.

Arabische Staaten entwickeln Düngemittelproduktion

z.pek. Die arabischen Staaten haben auf einer Konferenz in Amman, Jordanien, Ende Dezember einen gemeinsamen Entwicklungsplan für die Produktion und Anwendung von Düngemitteln festgelegt. Zunächst werden Ausbildungskurse zur Anwendung von Düngemitteln für die arabischen Bauern und die landwirtschaftlichen Fachkräfte organisiert. Mit diesem gemeinsamen Entwicklungsplan verstärken die arabischen Staaten ihre Anstrengungen zur Erreichung der Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln. Gegenwärtig müssen sie jährlich Nahrungsmittel für 11,8 Mrd. Dollar importieren. Insbesondere die US-Imperialisten machen dabei mit ihren Weizenlieferungen durch Wucherpreise und politische Erpressung ihren Schnitt. Die gewaltigen landwirtschaftlichen Ressourcen der arabischen Länder wurden durch die koloniale Besetzung und imperialistische Ausplünderung weitgehend zerstört. Ägypten und der Irak waren 1880, vor der Besetzung durch die britischen Kolonialisten, unabhängig in der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen der arabischen Länder konnte Syrien seit 1970 die bewässerte Fläche auf 4,4 Mio. Hektar verdoppeln und die Getreideproduktion von 880000 Tonnen auf 2918000 Tonnen steigern. Damit ist jetzt die unabhängige Versorgung bei Getreide gesichert.

Ein Bauern-Schlage-Tot

z.hev. Ein grausliches Ungetüm hat nach 2-jähriger parlamentarischer Schwangerschaft am 14. Dezember 1978 das Licht der Welt erblickt: Das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation“. Es ist ein EG-Monster zur Liquidierung der kleinen Bauern. Der soll Prüfungen, Entnahmen von Proben widerspruchslos dulden und hat auch noch die Kosten für Verpackung, Versand, Personal- und Sachaufwendungen für die staatlichen Schikanen zu tragen. Verstöße werden mit Ordnungsstrafen bis 10000 Mark belegt, was die Kleinen trifft und die Großen kalt läßt. Besondere Knebelungen sind für die Weinbauern vorgesehen. Eine Ausdehnung der Anpflanzung von Reben über 1 Ar (10 × 10 m!) ist genehmigungspflichtig, für bestimmte Weinsorten werden mit der Begründung der Bekämpfung der Reblaus überhaupt keine Genehmigungen mehr erteilt. Ähnliches soll mit den Hopfenbauern geschehen. Im Kern besteht das Gesetz in einer zügellosen Verfolgung der Bauern durch die Staatsorgane. Klagen der Bauern werden im Gestrüpp der Finanzgerichte erstickt, und damit dies in der letzten Instanz auch 100%ig sicher geschieht, hat der Landwirtschaftsminister das Recht, einem Revisionsverfahren beizutreten.

Frankfurter Abendschüler seit 14 Wochen im Streik gegen die Ziele der Regierung

z.hdm. Auf den 2. Bildungsweg lockt die Kapitalistenklasse jährlich eine steigende Zahl von Arbeitern und Angestellten, um billig die mittleren Aufsichts- und Leitungsfunktionen in den Fabriken und Konzernen zu besetzen. Sie zahlen ihre Ausbildung selbst. Überspringt einer die Auslese-Hürden, die der Staatsapparat auf diesem Wege errichtet hat nicht, geht es ihm *schlechter* als vorher: Weder kann er eine weitere Ausbildung noch kann er einfach in den alten Beruf zurück. Die Hauptauslese hat bislang in den Vorkursen stattgefunden. Fast 50% der Ausbildungsanfänger hat 1974 nach dem Vorkurs abbrechen müssen. Während der drei Jahre eigentlicher Ausbildung mußten dann nochmal 15% wegen des Notendrucks und der Überarbeit die Ausbildung abbrechen.

In ihrem Bericht über die ,,strukturellen Mängel des föderativen Bildungssystems'' fordert die Bundesregierung die ,,grundsätzliche Neuordnung des Verhältnisses von Erst- und Weiterausbildung'' mit dem Ziel, ,,die Festlegung der Berufslaufbahnen, die heute weitgehend von den Abschlüssen der Erstausbildung bestimmt wird, aufzulockern, Leistungen und Erfahrungen auch für den weiteren Bildungsgang nutzbar zu machen...''

Voraussetzung für diese gigantische Ausdehnung der Beschlagnahmung der Arbeitskraft 10 000 der Arbeiter und Angestellter ist die Entfaltung von Notenterror und Auslese an den Schulen des zweiten Bildungswegs. Soweit die Abendschüler Schranken dagegen errichtet haben, um Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit zu verhindern, müssen sie eingerissen werden. – Dringend muß der Streik der Frankfurter Abendschüler, den sie unter wachsendem Beschuß der Landesregierung und der Opportunisten in der 14. Woche führen, gebrochen werden.

Schulabgänger mit Hochschulreife

	Ges.	2. BW	in %
1967	65 762	2 451	3.7
1968	75 708	2 565	3.4
1969	79 995	2 805	3.5
1970	83 545	3 138	3.8
1971	102 517	3 664	3.5
1972	122 504	6 256	5.1
1973	143 743	10 013	6.9
1974	163 929	11 920	7.2
1975	169 640	12 840	7.5
1976	189 084	17 301	9.2

Schweden: Gerichtsvollzieher sollen Studien-Darlehen eintreiben

z.coi. Die schwedischen Reichstagsrevisoren sind nach einer Kontrolle der ,,zentralen Studienförderungskommission'' (CSN) ,,stark beunruhigt über das Rückzahlungssystem'' der Studienkredite. Auf 9 Mrd. SKr. (1 SKr. = 0,43 DM) bei 557000 ehemaligen Studenten erhebt der schwedische Staat Anspruch. An 16 Mio. SKr. kommt der Staat nicht heran, weil ca. 9000 ehemalige Studenten ,,trotz wiederholter Mahnungen'' einfach nicht zahlen. 3000 ehemalige Studenten haben sich unauffindbar ins Ausland begeben und weitere 47000 haben allein 1977 Zahlungsaufschub oder -ermäßigung beantragt. 34000 Mal ist 1977 der Gerichtsvollzieher vom CSN ausgeschickt worden. Nach seinen eigenen Angaben war er z.B. in Malmö und Göteborg nur bei höchstens 20 Zwangseintreibungen ,,erfolgreich''.

Als Konsequenz schlagen die Revisoren die Einführung der Lohnpfändung vor, und CSN hat jetzt der Regierung einen Gesetzesänderungsantrag vorgelegt, demzufolge das Studiengeld in Höhe von etwa 8000 SKr. pro Semester nicht wie bisher üblich, in voller Höhe am Semesteranfang, sondern in gleichen Teilen am Anfang und in der
gleichen Teilen am Anfang und in der
Mitte des Semesters ausgezahlt werden soll. Die geschätzte Einsparung: 12 Mio. SKr pro Semester. Diese Zahl gibt eine Ahnung davon, wieviele besitzlose Studenten allein wegen des ökonomischen Drucks ihr Studium abbrechen. Nach offiziellen Angaben arbeiten weit über die Hälfte der Studenten neben dem Studium.

Diese Lage zwingt die besitzlosen Studenten zum Kampf. Ende Oktober haben landesweit mehr als 10000 Stu-



denten in Streiks und Demonstrationen die Forderungen erhoben nach Erhöhung des Studiengeldes auf ca. 12000 SKr. pro Semester, Erhöhung des rückzahlungsfreien Anteils von 12 auf 25%, Erhöhung des Kinderzu-
auf 25%, Erhöhung des Kinderzu-
schlags von rückzahlungspflichtigen 1500 SKr. auf rückzahlungsfreie 3000 SKr., Auszahlung der Gesamtsumme am Semesteranfang, sowie die Beseitigung der Einkommensüberprüfung des nichtstudierenden Ehepartners (,,äktamakeprövning'').

Schülervertreter im Kampf gegen Spaltung zwischen staatlichen und privaten Schulen

r.geu. Anfang 1975 trennte sich in NRW die Schülervertretung der privaten Schulen von der einheitlichen SV und gründete einen eigenen Verband. Die Kräfte, die diese Spaltung vorantrieben, waren reaktionär und vertraten die Interessen der christlichreaktionären Trägerverbände. Diese Kräfte stellten Forderungen an die bis dahin noch einheitliche SV, die von vornherein darauf abgezielt waren, die privaten und staatlichen Schüler zu spalten, als auch die Verbindung der Schüler mit den Kämpfen der westdeutschen Arbeiterklasse und den gerechten Befreiungskriegen der unterdrückten Völker zu verhindern. Da unter den Schülervertretern der privaten Schulen (SVpS) kein klares Bewußtsein über die Notwendigkeit einer einheitlichen SV bestand, hatten die Spaltungsmanöver Erfolg. Die endgültige gesetzliche Fixierung eines eigenständigen Verbandes vollzog sich mit der Verabschiedung einer Satzung der SVpS, die noch heute Gültigkeit besitzt.

Der reaktionäre Landesvorstand versuchte in diversen Stellungnahmen den Privatschülern einzbläuen, daß sie sich mit den Erziehungszielen der Schulträger zu identifizieren haben, und daß ihre Interessen gegenüber denen der staatlichen Schüler grundlegend verschieden sind. Die Schüler gehen nicht aus ökonomischen Gründen in eine Privatschule, sondern weil sie sich mehr mit dem christlichen Menschenbild befassen wollen. Dies mag bei einigen Bourgeoiskindern der Fall sein, nicht aber bei der Mehrzahl der Privatschüler.

Angesichts dieser Situation hat die SV der staatlichen Schulen keine größeren Anstrengungen mehr unternommen, um die Kontakte aufrecht zu erhalten. Erst im Oktober dieses Jahres ist das Regionalbüro in Bielefeld, den 18 Privatschulen angehören, zu dem Schluß gekommen, daß eine einheitliche SV unbedingt erforderlich ist, um die Interessen aller Schüler gegenüber dem bürgerlichen und den privaten Schulträgern wirksam durchsetzen zu können. Das Regionalbüro hat beschlossen, bei der nächsten DK konkrete Schritte zu beraten, wie man den Zusammenschluß mit den staatlichen Schülern verwirklichen kann. Der Aktionstag gegen die Allgemeine Schulordnung und die Neuregelung der reformierten Oberstufe, der am 25. 1. stattfindet und zu dem die staatliche SV aufgerufen hat, wird sich dazu gut eignen.

Auf der letzten Landes-Sprecher konferenz konnte gegenüber dem Landesvorstand durchgesetzt werden, daß zur nächsten SPK ein Delegierter der staatlichen SV eingeladen wird, die eine Grundsatzdiskussion über die SVpS als eigenständiger Verband geführt wird.

Bundesweiter Aktionstag am 17.1. gegen Psychotherapeutengesetz

z.her. Am 19.12. berichtete die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', Bundesarbeitsminister Ehrenberg lehne den vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegten Gesetzesentwurf zur Berufsausübung des Psychotherapeuten ,,wegen der damit verbundenen Kostensteigerung'' ab. Der vorliegende Entwurf hatte vorgesehen:
– die Ausübung des Berufs des Psychotherapeuten wird erlaubnispflichtig
– die Ausbildung zum Psychotherapeuten erfolgt nach bestandener Diplomprüfung im Rahmen eines dreijährigen Arbeitsdienstes (,,Praktikum'') in einem staatlich anerkannten psychiatrischen Lehrkrankenhaus
– die Ausbildung wird mit einer unter der Regie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit durchgeführten Prüfung abgeschlossen.

Ehrenberg sind drei Jahre Arbeitsdienst zu wenig. Die FAZ berichtet, sein Widerstand gegen das Gesetz entspreche ,,den Bestrebungen der Bundesregierung, den finanziellen Aufwand im Gesundheitswesen einzudämmen. Verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens sind deshalb jetzt bereits dem Gesundheitsministerium entzogen und dem Arbeitsministerium zugeteilt worden.''

Das entspricht den Plänen der Bundesregierung, die gesamte Psychiatrie zu einem umfassenden Spitzel- und Unterdrückungswesen weiter auszubauen, in eine große Zwangsarbeitsanstalt. Solches hat sie in der 1975 fertiggestellten ,,Psychiatrie-Enquete'' unter den Schlagworten ,,gemeindesnahe Psychiatrie'', ,,Prävention'' und ,,Rehabilitation'' festlegen lassen.

,,Gemeindenahe Psychiatrie'' – Propagiert wird der Abbau der Bettenzahlen in den psychiatrischen Krankenhäusern, stattdessen Einrichtung von Tageskliniken, wo die psychisch Kranken tagsüber zur Arbeit gezwungen werden, während ihre Versorgung nachts und an den Wochenenden von den Familienangehörigen übernommen werden soll. So schreibt die FAZ am 11.10.78 unter der Überschrift ,,Die psychiatrische Tagesklinik – eine Notwendigkeit'': ,,...ist die Tagesklinik kostengünstig. Sie ist eine Fachklinik mit 40-Stunden-Woche für Patienten und Personal. Nacht- und Bereitschaftsdienst werden eingespart. Versorgung und Pflege in den übrigen 128 Stunden werden von Familie und Nachbarn übernommen, vom sogenannten sozialen Netzwerk der Gesunden.''

,,Prävention'' – Dahinter verbirgt sich der Ausbau eines Spitzelnetzes gegen die Volksmassen, z.B. gegen die Schüler: ,,Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, daß bei 20 bis 25% aller Schulkinder Auffälligkeiten im Verhalten festzustellen sind, die in irgendeiner Form der Klärung bedürfen...'' (Enquete). Prävention soll die ,,Heranbildung von lebenstüchtigen und körperlich wie psychisch resistenten Erwachsenen sichern zum erfolgreichen Durchstehen von Belastungen und Krisen.'' (Enquete) Unterwerfung der Schüler unter die Schul- und Notenunterdrückung, Unterwerfung der Arbeiter unter erhöhte Schweißauspressung in den Betrieben ist die dahinterstehende Absicht. Zu diesem Zweck sollen die Psychologen in den Familien der Arbeiter herumschnüffeln, um gleich die nötige ,,Behandlung'' einleiten zu können.

,,Rehabilitation'' – Kernstück dieses Teils der Reform sind die Landeskrankenhäuser und die Behindertenwerkstätten, wo die Arbeiter für 3 bis 10 DM am Tag z.B. für die VW-Kapitalisten schanzen müssen. Laut Enquete besteht ein ,,Sofort-Bedarf'' an 60000 solcher Werkstattplätzen. Eine jährliche Steigerung von 10% ist dann vorgesehen. In der Enquete wird vorgeschlagen ,,gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten, welche die Sicherstellung und Finanzierung von Arbeitsplätzen oder Gelegenheiten zur Ausübung einer geeigneten Tätigkeit für *alle* rehabilitationsfähigen Behinderten... gewährleisten.''

Auf dieses Programm sollen die Psychologiestudenten, die als Psychotherapeut tätig werden wollen, abgerichtet werden. ,,Fragen der Wirtschaftlichkeit und Kostenrelevanz im Gesundheitswesen'' ist einer der ersten Punkte im Ausbildungsprogramm. Mit dem dreijährigen Arbeitsdienst (Praktikantenstatus) sollen sie als Lohndrücker im Öffentlichen Dienst eingesetzt werden, wie es schon mit den Medizinstudenten verfolgt wird. Mußten bisher Diplom-Psychologen nach BAT IIa (bei Berufsanfängern ca. 2500 DM brutto) bezahlt werden, sollen sie jetzt drei Jahre lang zu Praktikantenentgelt von sage 800 DM schaffen. Das ergibt über die drei Jahre hinweg eine Summe von über 60000 DM, die an Lohngeldern eingespart werden.

Auf der VDS-Fachtagung der Psychologiefachschaften sind November letzten Jahres Beschlüsse gegen den Gesetzentwurf gefaßt worden, die den Aufbau einer einheitlichen Front gegen das Gesetz möglich machen.

,,– Keine Einführung eines dreijährigen Praktikums
– Kein Verbot der Berufsausübung wegen 'Unwürdigkeit' und 'Unzuverlässigkeit'
– Keine Einschränkung der bezahlten und zugelassenen Therapieformen
– Bezahlte Aus- und Weiterbildung nach dem Diplom während der Dienstzeit
– Keine Registrierung von Personen, die der Psychotherapeut behandelt und betreut
– Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten''

Es sind dies Forderungen, die sich direkt gegen die Erlaubnispflicht zur Berufsausübung und gegen die Einführung des dreijährigen Arbeitsdienstes richten.

Allerdings ist es den Sozialdemokraten, Revisionisten und Opportunisten auf der Fachtagung gelungen, die Fachschaften über ein Manöver auf das Regierungsprogramm mit ,,gemeindenaher Psychiatrie, Prävention und Rehabilitation'' festzulegen.

Dennoch können sie die Kampfaktionen der Studenten nicht unterdrücken. An den Fachbereichen wird die Durchführung des ebenfalls auf der Fachtagung beschlossenen bundesweiten Aktionstages vorbereitet. An vielen haben Veranstaltungen stattgefunden, organisiert von den Fachschaften und den Fachbereichs- und Institutsgruppen, wo die Gesetzesmaßnahmen der Regierung untersucht und angegriffen worden sind. Für die Aktionstage selbst sind an vielen Fachbereichen Diskussionsveranstaltungen und Vollversammlungen sowie Propagandaaktionen in den jeweiligen Städten beschlossen.

Das Gesundheitsministerium hat auf Anfrage mitgeteilt, daß ein zweiter Referentenentwurf ,,unter Berücksichtigung der Kritiken'' im Augenblick erstellt wird. Ehrenberg hat letzte Hand an.

Unbedingt muß der bundesweite Aktionstag zum Angriff auf das Regierungsprogramm, zum Aufbau einer Front gegen ihre Gesetzesmaßnahmen genutzt werden.

Boykottiert die Konzilswahlen!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Betriebsausgabe Universität Göttingen, Herausgeber: Zelle Universität des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
3. Januar 1979
Jg. 1 / Nr. 1

z.hug. Die Vollversammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter vom 15.12. 1978 hat beschlossen, die Wahlen zum Konzil im Januar 1979 zu boykottieren. Anlaß hierzu ist die von der CDU vor Weihnachten im Landtag durchgepeitschte Novelle des NHG. Wesentlicher Inhalt dieser Novelle ist die Angleichung der Paritäten des Konzils an die der anderen Gremien. Also von 3:2:3:2 (Professoren: wissenschaftliche Mitarbeiter: Studenten : sonstige Mitarbeiter) auf 7:2:2:2. Für das Konzil der TU heißt das, 70 Professoren werden 60 Mitgliedern der anderen Gruppen gegenübersitzen.

Kurzum, die Professoren haben in nunmehr allen Gremien die absolute Mehrheit. Allen anderen Gremienvertretern bleibt nur noch die Aufgabe, als Stimmvieh zu agieren, um den demokratischen Schein zu wahren. Gleichzeitig ist sichergestellt, daß die ministerielle Notbremse nur noch gezogen werden muß, wenn es gelingt, das Lager der Professoren zu spalten. Denn in allen wichtigen Fragen hat der Minister das letzte Wort.

Nun konnte sich die VV aber nur entscheiden, die Wahlen zum Konzil, nicht aber die Gremienwahlen insgesamt zu boykottieren. Ein entsprechender Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Viele wollen durch den Boykott der Konzilswahl protestieren gegen die Gesetzesnovelle, ohne daß das Ziel des Boykotts klar ist und ohne die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Professoren vollständig aufgeben zu müssen. (...)

Was in den Gremien verhandelt wird und wie weit ihre Kompetenzen gehen, ist im NHG festgelegt. Prüfungsordnungen und Studiengänge sind in den Grundzügen ebenso vorgeschrieben wie beispielsweise der Personenkreis, aus dem der Präsident rekrutiert werden kann. Will man sich in solchen Fragen durchsetzen, ist weniger eine ,,kluge Politik'' der jeweiligen Gremienvertreter entscheidend, als der politische Druck, den man auf das Gremium ausüben kann. So wurde die wirksamste Beeinflussung der Rektorwahl 1978 gerade durch das Fernbleiben der wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter und der Studenten erreicht. Zusätzliche Klausuren und Prüfungsleistungen wurden von den Studenten oftmals dadurch verhindert, daß sie mit 50 oder 100 Leuten die entsprechende Gremiensitzung heimgesucht haben.

Über diese Dinge muß man sich Klarheit verschaffen, wenn der Boykott Ende Januar gelingen soll. Es ist der erste aktive Schritt von Beschäftigten der TU gegen das NHG. Die Landesregierung hat Jahre gebraucht, um das NHG gegen deren und insbesondere gegen den Widerstand der Studenten auf die Beine zu kriegen. Jetzt will sie es auch durchsetzen. Deshalb wird sie sich allerlei Spaltungsmanöver einfallen lassen gegen den Boykott, sei es durch ,,gelbe Listen'', die auf Anraten dieses oder jenes Professors zustande kommen, durch Drohung mit gerichtlichen Schritten oder was auch immer.

Die Studenten haben mit derlei Tricks schon ihre Erfahrungen. Gegen das Vorhaben der Landesregierung, die Studentenschaft auf eine NHG-Wahlordnung festzulegen, bei der Kanzler Wahlleiter sein sollte, hatten die Studenten beschlossen, die Wahlen nach dem NHG zu boykottieren und selbst Wahlen nach ihrer eigenen alten Wahlordnung durchzuführen. Daraufhin machte Rektor Matthies ein ,,Angebot'': Der Kanzler solle nur ,,formal'' Wahlleiter sein, und die Wahlleitung an einen studentischen Wahlausschuß delegieren.

Der Basisgruppen-AStA wollte sogleich auf dieses Manöver eingehen (man müsse versuchen, das rauszuholen, was nur irgend möglich sei, um die Anerkennung der Wahlordnung durch den Rektor durchzusetzen). Der Antrag des AStA an den Studentischen Rat, die Wahlordnung an das NHG anzupassen, wurde mit 22:14 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, sich an das Urabstimmungsergebnis zu halten, wonach die Studenten die Wahlen nach der alten Wahlordnung der Studentenschaft der TU durchführen wollen und die Wahlen zu den NHG-Organen boykottieren. Der AStA will sich an den Beschluß halten.

Die VV der wissenschaftlichen Mitarbeiter hatte ihren Beschluß, die Konzilswahlen zu boykottieren, abhängig gemacht von der Zustimmung der sonstigen Mitarbeiter und Studenten. Die Studenten haben inzwischen auf einer Sitzung des Studentischen Rates ebenfalls den Boykott der Konzilswahlen beschlossen, die sonstigen Mitarbeiter haben sich ebenfalls für den Boykott entschieden.

Die Chance, sich gemeinsam gegen die Landesregierung und das NHG durchzusetzen, ist also nicht schlecht.

Politischer Unterricht: Abrichtung für die Transportsicherung

z.evm. Achern. In der Kaserne Achern ist das Nachschubbataillon 861 stationiert, eine der sogenannten Feuerwehrtruppen der NATO. Ihre Aufgabe ist die ‚Transportsicherung' nach dem Westen und nach dem Osten. Insgesamt sind dort 6 Kompanien stationiert, also ungefähr 700 Soldaten. Mit den „wachsenden Aufgaben' für diese Truppen ist jetzt Ausbau geplant. Von den 225 Millionen, die insgesamt für die Kasernen Baden-Württembergs veranschlagt sind, sollen 4,2 Millionen in den Jahren 1978 bis 1982 für den weiteren Ausbau der Kaserne und des Standorts Achern eingesetzt werden. So ist der Neubau einer Standortmunitionserfassung geplant.

Der letzte „größere Einsatz' hat im April des letzten Jahres stattgefunden, über den Flughafen Fürstenfeldbruck wurden „Hilfsgüter", Waffen, gegen das palästinensische Volk für die Zionisten nach Tel Aviv transportiert.

Jetzt, vor zwei Wochen, wurde in Achern übers Wochenende eine zusätzliche Bereitschaft aufgestellt. Einen Tag nachdem das Offenburger Tageblatt gemeldet hatte: „Auf den persischen Ölfeldern ruht die Arbeit wieder fast völlig... Unruhen im Iran halten an." Begründung für die zusätzliche Bereitschaft: Die Lage im Iran erfordere dies. Die Imperialisten mobilisieren ihre Armee, um jederzeit in der Lage zu sein, gegen das Proletariat und die Völker der Welt intervenieren zu können.

Der Abrichtung der einfachen Soldaten, die an derlei Einsätzen überhaupt kein Interesse haben, dient auch der politische Unterricht, wo sie hineingepreßt werden. So hat ein Soldat aus der Kaserne berichtet, daß sie gezwungen werden, die Tafelanschriften des Oberst, der den Unterricht leitet, mitzuschreiben. Sonst droht Wochenendsperre. Wenn ein Soldat im Unterricht einschläft, muß er eine Viertelstunde stramm stehen, ans offene Fenster stehen oder es wird im befohlen, sich das Gesicht kalt abzuwaschen.

Die Themen des politischen Unterrichts sind jeweils präzise bestimmt. Als Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen begann und andere Bundesländer nachzogen, Vietnamflüchtlinge ‚aufzunehmen', war diese „humanitäre Aktion" Gegenstand des Unterrichts.

In der letzten Woche war es der Streik der Stahlarbeiter und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Als die Kämpfe der Volksmassen im Iran gegen imperialistische Ausbeutung und das Schah-Regime an Kraft gewannen und die Imperialisten sich auf direktes und rasches Eingreifen vorbereiteten, wurde im politischen Unterricht die „Friedensforschung" behandelt.

Es gebe „positiven Frieden" und „negativen Frieden", hat der Oberst vertreten. Ersteres sei erreicht, wenn es keinerlei Rüstung mehr gebe, zweites herrsche im Moment. Man könne nur über den negativen Frieden zum positiven gelangen, dies geschehe über Abrüstungskonferenzen etc., dafür sei die Bundeswehr notwendig. Je heftiger die Kriegsvorbereitungen betrieben werden, desto mehr Wert legen die Imperialisten und ihre Ideologen auf die Erforschung des Friedens. Der gleichen Aufgabe wie der Oberst gegenüber den Soldaten, hat sich die Bourgeoisie gegenüber den übrigen Teilen der Arbeiterklasse und der Volksmassen während der Waldkircher Friedenswoche ebenfalls vor einigen Wochen angenommen. Führend dabei der Prof. Pfister, der insbesondere Zivildienstpflichtige dafür mobilisieren wollte, bloß daß er als Instrument des Friedens nicht die Bundeswehr, sondern den „Friedens-" oder Zivildienst angepriesen hat.

Stützen können sich beide auf General Wust, gewesener Generalinspekteur der Bundeswehr: „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist ebenso wie die Sicherheitspolitik der NATO an der Erhaltung des Friedens orientiert. Die Streitkräfte sind Mittel dieser Politik. Diese Politik soll auf der Grundlage des NATO-Doppelkonzepts „Abschreckung und Entspannung" wirksam gehalten werden... Die Sicherheit – den Frieden dieses Landes zu gewährleisten... ist ein hohes, politisches Ziel. Wir haben dieses Ziel in den letzten drei Jahrzehnten erreicht... Hierin liegt eine intellektuelle Herausforderung an politische und auch militärische Führer. Hierin liegt aber auch eine Herausforderung, die sich an jeden mündigen Staatsbürger dieses Landes und aller Länder der freiheitlichen Welt richtet..." (Information für die Truppe, 11/78, Streitkräfte und Friedenssicherung).

Der Erlangung des „positiven Friedens" dient es dann natürlich auch, wenn – wie ein Soldat nach einem Transport berichtet hat – Kisten mit Waffen und der Aufschrift „Iran" für sofortigen Abtransport bereitstehen. Der Offizier ist von den Soldaten angegriffen worden. Er brach die Debatte dann abrupt ab und ging zur Lektüre von „Stern"-Artikeln über.

Manöver der belgischen und britischen Besatzer im westlichen Westfalen

z.wib. „Die Zivilbevölkerung wird davor gewarnt, sich in der Nähe von Hubschraubern aufzuhalten. Mögliche Schadensmeldungen müssen genaue Angaben enthalten, aus denen ermittelt werden kann, ob die Schäden den britischen oder den belgischen Streitkräften anzulasten sind. Besonders wichtig ist, taktische Zeichen, Fahrzeugart und Fahrzeugnummer anzugeben." Solche Drohungen lassen sich an jedem Monatsende in den verschiedensten amtlichen Bekanntmachungen und Lokalblättern im westlichen Westfalen finden.

Allein im Kreis Soest findet den ganzen Januar über ein Manöver der belgischen Besatzungstruppen und drei (Playpen 1/79, Winters Tale I, Jolly Farmer III) der britischen statt. Hubschrauber, Rad- und Kettenfahrzeuge und einige hundert Mann Soldaten kommen zum Einsatz. Im Märkischen und im Hochsauerlandkreis ist es ähnlich.

Bei dieser Witterung in Eiskälte Tag und Nacht in der flachen Soester Börde oder im Hochsauerland Vorbereitungen auf den imperialistischen Krieg gegen den Sozialimperialismus zu treffen, stärkt zwar nicht gerade die Moral der Truppe, zeigt aber die wilde Entschlossenheit der Imperialisten, den drohenden Krieg zu ihren Gunsten auszutragen.

Die britischen Besatzer sind in Iserlohn, Deilinghofen/Hemer, Menden, am Möhnesee, in Dortmund, Wickede, Soest, Lippstadt und Paderborn stationiert, die belgischen in Lüdenscheid, Soest und Neheim stationiert und haben einen Vorposten in Arolsen bei Kassel. Die Briten haben hauptsächlich Panzer, mit Lance-Raketen bestückte Artillerie, Luftabwehr, Infanterie und Pioniere, die belgischen Truppen gehören zur 4. PanzerInfantrieBrigade (Stab in Soest) die den Stab der 16. Division in Neheim untersteht. In Lüdenscheid haben die Belgier auch einige Raketenabschußrampen.

Die Besatzer des Märkischen Kreises machen ihre Manöver entlang der südöstlich des Ruhrgebiets gelegenen Linie zwischen Lüdenscheid/Plettenberg und dem Möhnesee; die im Soester Kreis zwischen Warstein (Höhe Möhnesee) im Süden und Lippstadt im Norden, exakt den nach Osten verlängerten Nord-Süd-Grenzen des Ruhrgebiets entsprechen.

Westfalen umschließt östlich das Ruhrgebiet und liegt mitten in dem „Gefechtsstreifen", der sich entlang der DDR-Grenze von Braunschweig im Norden bis nach etwa Bad Hersfeld (bei Kassel) im Süden erstreckt, und nach Osten verlängert zwischen Magdeburg und Erfurt verläuft. Entlang dieses „Gefechtsstreifens" (Weißbuch d. BMVG) sollen die britischen und belgischen Truppen „Schulter an Schulter" den Einmarsch des Sozialimperialismus stoppen, das Ruhrgebiet sichern und, wenn der NATO-Vormarsch über die norddeutsche Tiefebene und in die Tschechoslowakei geglückt ist, mitten in die DDR hinein vorstoßen.

Es gibt in diesem Gebiet einige Tausend Truppen Briten und Belgier, und nur ein paar Hundert US-Soldaten. Der US-Imperialismus hat die Briten und Belgier an der Leine. Der US-Imperialismus sichert seine Vorherrschaft über die NATO nicht nur über die Kommandostellen ab: Die Munition aller britischen und belgischen Artillerie steht unter Verschluß des US-Imperialismus.

Die zentrale Kaderschmiede der Polizei

Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup

r.acm. Anfang 78, kurz nach Schleyer-Abgang, waren Schmidt und Maihofer zu Besuch bei der Polizeiführungsakademie. Schmidt: „Wir haben alle mit Freuden... den phantastischen Erfolg der Grenzschutztruppe 9 miterlebt und haben ihn mit Recht auch ein wenig auf unser gemeinsames Konto gebucht... Da ist, ich glaube, vier oder fünf Jahre lang vorgearbeitet worden, und dann einmal gab es die Chance. Geduld gehört dazu!" Die Kaderschmiede hat auf Hochtouren gearbeitet. Die Bourgeoisie hatte sie planmäßig ausgebaut:

Vor 1945. Polizeikaserne. Hort der Konterrevolution. Teil des Schutzwalls gegen das Ruhrgebiet und die revolutionäre Arbeiterklasse.

1945. Die britischen Besatzer errichten in der Polizeikaserne Hiltrup eine Zentralpolizeischule. Auf dieser sollten Lehrer für die in der britischen Zone noch einzurichtenden Polizeischulen ausgebildet werden. Der Gewaltapparat der westdeutschen Bourgeoisie wird von den Besatzern sogleich rekrutiert.

1948. Ausgehend von der britischen Zone wird das Polizeiinstitut Hiltrup aufgebaut. Zur einheitlichen Ausbildung der „Polizeibeamten der Deutschen Länder" und zugleich als Forschungsstätte „die zentrale Pflegestelle für die Polizeiwissenschaft". Nach und nach treten weitere Länder des Bundes dem Kuratorium bei.

1962. Abkommen über Aufgaben und Finanzierung des Polizeiinstitutes. Ausbildung der Beamten des gehobenen Dienstes zentral in Hiltrup.

1972. Einheitliches Abkommen zwischen Bund und Ländern über „die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie."

1974. Festlegung der Forschung in der Polizeiführungsakademie. Zusammenarbeit mit allen Hochschulen. Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen.

Sie ist „einzige und einzigartige Stätte der Ausbildung zukünftiger Polizeiräte, -oberräte und -direktoren," so im „Wirtschaftsreport" der münsteraner Bourgeoisie von 1975. Ihre Aufgaben sind: „einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst", einschließlich BKA. „Fortbildung der Beamten des gehobenen und höheren Polizeidienstes des Bundes und der Länder" und „Forschung auf jedem Gebiet des Polizeiwesens." Die Aufgaben der Ausbildung werden so bestimmt: „generelle und spezielle polizeiliche Einsätze im Großen Sicherheits- und Ordnungsdienst; Anwendung des Polizei- und Versammlungsrechts, bei Demonstrationen und Großveranstaltungen; moderne Menschenführung; Öffentlichkeitsarbeit der Polizei; Aufgaben und Einsatz weiblicher Kriminalbeamten; psychologische und soziologische Erkenntnisse für die polizeiliche Praxis," und einiges anderes mehr. Das Programm ist umfassend und wird in Seminaren angeboten oder in Semesterlehrgängen wie an Hochschulen durchlaufen.

Neben der sogenannten ‚Lehrtätigkeit' ist die Bourgeoisie planmäßig darangegangen, die Forschung auszubauen. 1975 hat sie die „Forschungs- und Entwicklungsstelle für Polizeitechnik" eingerichtet. Die Bourgeoisie hat ihr die zentrale Aufgabe „Für die Sicherheit von Kernkraftanlagen und nuklearen Transport" übertragen. Über den Einsatz der verschiedensten technischen Hilfsmittel des Unterdrückungsapparates wird die ‚wissenschaftliche Forschung' betrieben.

Zur Ausrichtung des ganzen Packs haben sie ihren Pfarrer, der an der Entwicklung der „Berufsethik" arbeitet.

Wie eng diese Führungsakademie mit allen Seiten der staatlichen Unterdrückungstätigkeit verbunden ist, zeigt sich an der Durchführung von Seminaren zur Unterdrückung der Rebellion der Jugend in den Fußballstadien. Eigens eingeladen die Sportjournalisten und Vorsitzender der 2. Liga Nord.

Das Vorbild der GSG 9: Eine Mörderbande der britischen Imperialisten

Seit 1945 wird der Special Air Service gegen die Revolution eingesetzt

z.hef.London. Am 2. Juni 1975 schrieb der englische Journalist James Cameron im Guardian: „Ich habe den größeren Teil meines Arbeitslebens damit verbracht zuzusehen, wie britische Truppen aus Orten abgezogen wurden, die sie nie verlassen sollten. Der Prozeß begann 1940, als Mr. Churchill darauf bestand, daß die Briten Indien nie verlassen würden, was sie natürlich doch taten. Und eine ganze Reihe von Kolonialministern in den folgenden Jahren machte ausreichend klar, daß ihre Truppen nie Malaya oder Kenia oder Zypern oder Aden verlassen würden. Alle diese Orte seien integrale Bestandteile des imperialen Systems, dürften nicht unterhöhlt, sondern müßten geschützt werden, und nach und nach wurden alle diese Orte aufgegeben, normalerweise mit dem Segen eines untergeordneten Mitglieds der königlichen Familie und viel Champagner." Der Verlust des Kolonialimperiums an die unterdrückten Völker schmerzte und schmerzt die britischen Imperialisten tief. Eine der Reaktionen auf den nationalen Befreiungskampf war die Aufstellung einer besonderen Einheit, des „Special Air Service", der ersten besonderen „Anti-Terrortruppe".

Die westdeutschen Imperialisten wollen aus den Erfahrungen dieser Niederlagen direkt lernen. Als Schmidts Killertruppe GSG 9 1977 in Mogadischu eine entführte Lufthansa-Maschine stürmte, waren zwei „Experten" des SAS dabei. Der SAS war teilweise Vorbild und gab Hilfestellung beim Aufbau der GSG 9, schließlich gehört Westdeutschland auch zu seinen Operationsgebieten. Als aus Anlaß der Entführung Moros westdeutsche Polizisten in Italien operierten, arbeiteten sie eng mit zwei SAS-Offizieren zusammen, die gleichzeitig nach Italien in Marsch gesetzt worden waren.

Der im zweiten Weltkrieg gegründete SAS ist Bestandteil des britischen Heeres und sollte im feindlichen Hinterland Sabotage- und andere Aktionen durchführen. Erfolgreich setzten die britischen Imperialisten den SAS das erste Mal noch während des Kriegs und danach in *Griechenland* gegen die griechische Befreiungsbewegung ELAS ein, die gegen die deutschen Besatzertruppen gekämpft hatte und von den britischen Truppen zerschlagen wurde. 1951 begann der Einsatz im damaligen *Malaya*. Im britischen Kontingent im *Korea*-Krieg wurden SAS-Einheiten beteiligt. In *Kenia* und *Zypern* war der SAS für seine Blutbäder verrucht. Vor dem Einsatz in *Nordirland* galt der Einsatz gegen die Revolution im *Jemen (Aden)* und *Oman* als Hauptaufgabe. Unsere Liste ist nicht vollständig.

Ableger des SAS schufen sich die britischen Imperialisten in mehreren Kolonien, u.a. Rhodesien und Australien. Die der australischen SAS wurden britische Soldaten im Vietnam-Krieg eingesetzt. Die entsprechende Bande in Rhodesien ist nach Angaben des SAS-Magazins „Mars and Minerva" bis heute an den britischen SAS partnerschaftlich angeschlossen.

Im offiziellen britischen Armeehandbuch heißt es im 3. Band unter Paragraph 225 zu den Aufgaben des SAS: „SAS: SAS-Schwadrone sind besonders für konterrevolutionäre Operationen geeignet, trainiert und ausgerüstet. Kleine Gruppen können eingeschleust werden oder, um einen langen Anmarsch durch vom Feind dominierte Gebiete zu vermeiden, springen mit dem Fallschirm ab, einschließlich des freien Fall, um jede der folgenden Aufgaben wahrzunehmen:

a) Die Sammlung von Informationen über die Positionen und die Bewegungen aufständischer Kräfte,

b) die Errichtung von Hinterhalten und die dauernde Störung von Aufständischen,

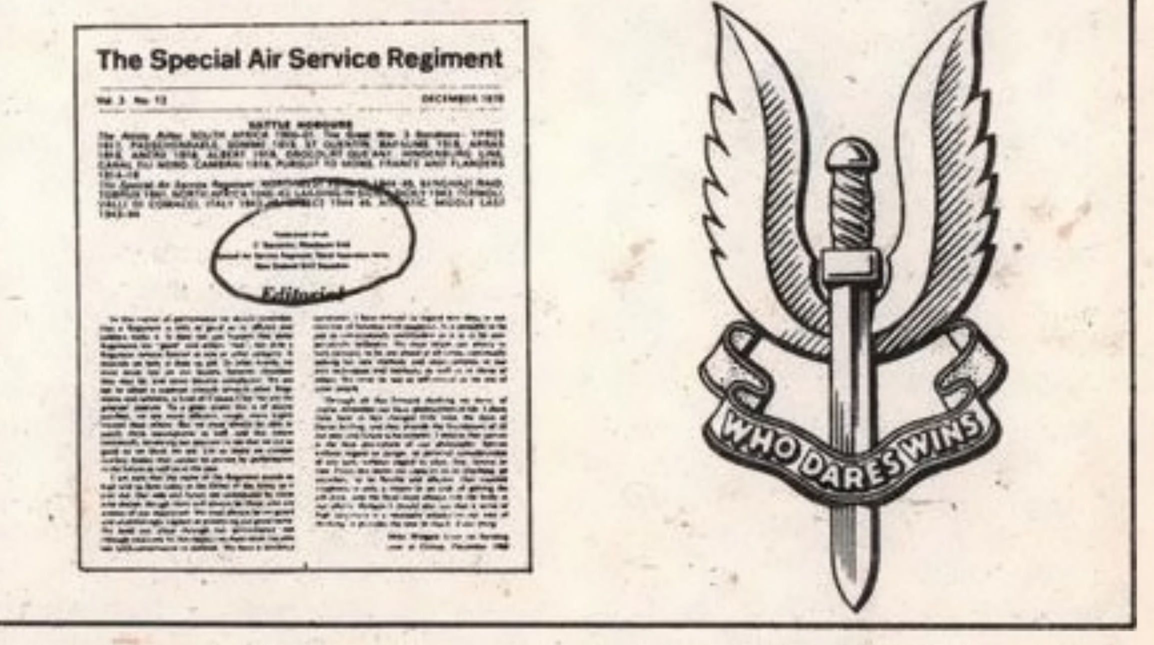
c) das Einschleusen von Sabotage-, Ermordungs- und Zerstörungsgruppen in Gebiete, die von Aufständischen gehalten werden,

(...)

f) Zusammenschluß mit, Organisation des Trainings von und Kontrolle über befreundete Guerilla-Truppen, die gegen den gemeinsamen Feind operieren."

Bereits in Malaya, Kenia und Zypern hatte der SAS Pseudo-Guerilla-Gruppen aufgestellt, die mordend die Massen auf die Seite der Kolonialisten treiben sollten. Die Imperialisten verwenden heute dieselbe Taktik in Zimbabwe. In Nordirland werden Ermordungsgruppen ebenfalls eingesetzt. Offiziell sind SAS-Einheiten dort seit dem Februar 1976, tatsächlich aber schon vorher im Einsatz. Der SAS tritt dort hauptsächlich in Zivil auf. Neben Einschüchterungsaktionen und umfangreicher Spitzeltätigkeit wurden mehrere Mordanschläge und versuchte Mordanschläge gegen tatsächliche oder angebliche Mitglieder der IRA durchgeführt. Auf die Souveränität der Republik Irland und deren Grenzen nehmen die Besatzungstruppen dabei keine Rücksicht. Das flog auf, als am 5. und 6. Mai 1976 acht SAS-Soldaten in Zivil in der Republik Irland festgenommen wurden. In ihren Wagen wurden u.a. Maschinenpistolen, Pistolen, Messer, Dolche, stahlbelegte Handschuhe und Karten mit angekreuzten Häusern gefunden. Der britische Offizier Nairac wurde Anfang letzten Jahres von IRA-Mitgliedern erschossen, als er auf einer republikanischen Versammlung in Nordirland in Zivil, aber heimlich bewaffnet, aufgetaucht war und besonders laut die revolutionären Lieder sang.

Die „Anti-Terror-Einheiten" der Imperialisten unterscheiden sich von gewöhnlichen Gangsterbanden nur dadurch, daß der bürgerliche Staatsapparat sie zahlt.



Regimentszeitschrift und Wappen („Wer wagt, gewinnt") des SAS

Die australischen Völker wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Sprachen und Kultur

z.hef. Die imperialistischen Völkerkundler sind überrascht: Nachdem sie jahrzehntelang das Aussterben der Völker Australiens vorhergesagt hatten (und Ausrottung meinten), später „Assimilierungskonzepte" erfanden, nach denen sich die australischen Völker selbst in die weiße, aus Nachfahren der Siedler bestehende Gesellschaft auflösen würden, müssen sie jetzt feststellen, daß die Zahl der Angehörigen der Völker Australiens – jetzt um 150000 – wesentlich schneller wächst, als sie schätzten, und am Ende des Jahrhunderts voraussichtlich über 300000 betragen wird.

Ebenso wenig wie die Ausrottung ist den Imperialisten die bereits verkündete Vernichtung der Sprachen und Kulturen gelungen. Stattdessen haben sich die verschiedenen Völker in den großen Kämpfen gegen den Landraub durch die Imperialisten enger und bewußter zusammengeschlossen. Vor wenigen Jahren setzten sie durch, daß die Regierung Whitlam beschließen mußte, dort, „wo möglich", solle der Unterricht ihrer Kinder in der eigenen Sprache beginnen. Die Regierung versucht jetzt, noch Nutzen aus dem Zugeständnis zu schlagen: Linguisten und Lehrer sollen in die Reservate gehetzt werden und dazu beitragen, die Festung von innen zu nehmen. Aber durchgesetzt wurde auch, daß mehr Lehrer aus den Völkern Australiens selbst ausgebildet werden. Die Schulausbildung war in staatlicher und kirchlicher Hand immer ein Mittel der Zerstörung der Produktion der ur-



spünglichen Bewohner Australiens, die auf der Jagd beruhte. Ein Missionar 1903: „Ich freue mich berichten zu können, daß das Niveau der Erziehung zweckmäßigerweise nicht sehr hoch ist, sondern mehr Gewicht auf die anzunehmenden Gewohnheiten von Disziplin, Gehorsam und Routine gelegt wird." Viele wurden direkt in den Missionen zu Lohnarbeitern gemacht, was den Landraub erleichterte. Ein Missionar 1885: „Wenn die Regierung die Eingeborenen-Frage in Hände mit dem richtigen Geist legen würde, würden diese vagabundierenden, diebischen, nutzlosen Männer nützliche Mitglieder der arbeitenden Klassen werden."

Die „Bildungspolitik" Dänemarks gegenüber den grönländischen Eskimos

z.bag. Die grönländischen Eskimos gehören heute zu den am wenigsten qualifizierten und dementsprechend am stärksten verelendeten Arbeitern in ganz Westeuropa. Die bürgerlichen Zeitungen hetzen dagegen: Das läge am Klima und am Alkohol. Bevor der dänische Imperialismus sich mit seinen Missionsposten und Handelsstationen auf der Insel einnistete und den gesamten Staatsapparat in dänische Regie brachte, besaßen die Eskimos jedoch eine hochstehende eigene Kultur und verfügten als Jäger und Fischer über große Kenntnisse der Natur und ihrer Gesetze. Noch heute gehören die grönländischen Seeleute zu den besten der Welt.

Die wichtigsten ideologischen Hebel des dänischen Imperialismus auf Kalatdlit Nunat (so nennen die Eskimos selbst ihr Land) sind die Religion und der Schulunterricht. Eins der ersten Unternehmen war der Versuch, die stark in der ursprünglichen Produktion und in der Geschichte des grönländischen Volkes wurzelnde Naturreligion auszurotten und an ihre Stelle die Unterwerfungsmoral des Christentums zu setzen. Der Schulunterricht wird von dänischen Lehrern durchgeführt, die meist nur wenige Jahre auf der Insel

dänischen Lehrern durchgeführt, die meist nur wenige Jahre auf der Insel

bleiben und mit zusätzlichen Gratifikationen für diese Aufgabe gewonnen werden müssen. In den letzten Jahren werden zunehmend auch Eskimos als Lehrer eingesetzt, nachdem sie in Dänemark ideologisch ausgerichtet wurden. Eine Universität gibt es auf Kalatdlit Nunat nicht, auch kaum weiterführende Schulen. Wer mehr lernen will, muß auf Gymnasien und Hochschulen in Dänemark. Der Sinn ist klar: Produktion billiger und williger Arbeitskraft auf der Insel selbst, Heranzüchtung des Funktionärsapparats im „Mutterland".

Die offizielle Sprache auf Kalatdlit Nunat ist dänisch. Auf den Schulen wird von der ersten Klasse an auf dänisch unterrichtet. Wer bereits eifrig zum Kindergottesdienst ging, hat es leichter. Im Geschichtsunterricht kommt die eigene Geschichte nur als Anhängsel der dänischen vor, die nach den Lehrplänen im wesentlichen aus dem Wechsel verschiedener Königshäuser besteht.

Die nationale Unabhängigkeitspartei Siumut setzt sich im Rahmen der Selbstverwaltungs-Bewegung für die Ersetzung des dänischen durch einen grönländischen Staatsapparat ein. Die Partei Inuit Ataqutgiit geht einen entscheidenden Schritt weiter: Voraussetzung für die Entfaltung der jahrhundertelang unterdrückten produktiven

zung für die Entfaltung der jahrhundertelang unterdrückten produktiven

Fähigkeiten der Eskimos ist, daß sie über ihre Naturreichtümer und ihre Produktionsmittel selbst verfügen.

Afro-Amerikaner gegen die Zwangs„integration" ihrer Hochschulen

z.gek. Zu den wichtigsten Forderungen, die die unterdrückten Nationalitäten der USA während der großen Kämpfe der 60er Jahre erhoben, gehörte der freie Zugang für ihre Kinder zu den öffentlichen Schulen, die bis dahin „nur für Weiße" gewesen waren, sowie die Einführung fester Quoten für die Nationalitäten bei der Zulassung zu den höheren Schulen und Universitäten, so daß der Druck der Prüfungsschikanen abgeschwächt werden konnte. Im letzten Jahr hat der Oberste Gerichtshof der USA mit der



„Bakke-Entscheidung" – der weiße Student Allan Bakke erhielt einen Studienplatz zugesprochen, weil er bessere Noten als die farbigen Studenten vorzuweisen hatte – den Gegenangriff eingeleitet. Nun setzt die Carter-Regierung nach. Auf Anweisung des Bundesministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt soll die „Segregation" (Rassentrennung) im Universitätswesen von Georgia aufgehoben werden. Und wie? Dadurch, daß die 3 von den Afro-Amerikanern kontrollierten und besuchten Hochschulen in Atlanta, über die die meisten schwarzen Studenten bis zum Abschlußexamen vorstoßen, während sie auf den vorwiegend weißen Universitäten in kurzer Zeit rausgeprüft werden, eben mit diesen weißen Universitäten „integriert" werden sollen. Gleichzeitig sind die Punktzahlen für die verschiedenen „Standardprüfungen" des staatlichen Prüfungsamtes weiter heraufgesetzt worden. Die Studenten der schwarzen Colleges von Atlanta haben seit Monaten gegen diesen Anschlag energische Kämpfe geführt. Sie fordern: 1. Die Aufrechterhaltung der schwarzen Colleges, die zu Zentren ihrer nationalen Kultur und ihres nationalen Widerstandes geworden sind, und die die schwarzen Volksmassen zum Teil seit Jahrzehnten mit Spenden unterhalten haben. 2. Die Öffnung der bisher „lilienweißen" Colleges für die Studenten aus den unterdrückten Nationalitäten, so daß alles in allem 1981 30% aller Studenten aus diesen Nationalitäten kommen, so wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. 3. Die ersatzlose Aufhebung der „Standardprüfungen" der Schulbehörde, so daß nicht mehr die *Mehrzahl* der farbigen Studenten das Studium *ohne Diplom* abschließen muß.

Kanada unter US-Hegemonie

Fundament ist gelegt für Bündnis der Arbeiterklasse und der Kolonisierten

z.gek. Schlägt man Kanada den USA zu, sieht man, wie sich, über das nördliche Eismeer und den Pol hinweg, die beiden Supermächte wie zwei riesige Kraken gegenüberliegen und dabei den größten Teil der Landmasse der ganzen nördlichen Hemisphäre einnehmen.

So, als Beherrscher des nordamerikanischen Kontinents, sehen sich die US-Imperialisten. Für sie hat Kanada mit seinen neuen Industriezentren, seinen Rohstoffgruben und -schmelzen, seinen Energieaggregaten und -verbindungen, und mit seinen landwirtschaftlichen Großkulturen eine ökonomische und strategische Bedeutung, die der Sibiriens für die neuen Zaren entspricht.

Kanada ist allerdings von den USA staatlich abgegrenzt. Gegründet 1867 als Union der verbliebenen britischen Kolonien auf nordamerikanischem Boden, mit lediglich eingeschränkten Selbstverwaltungsrechten, wurde Kanada durch den Akt von 1931 sich selbst verwaltendes Dominion innerhalb des britischen Empire, später des Commonwealth. Diese „Unabhängigkeit" Kanadas war bereits Ergebnis eines Kompromisses des niedergehenden britischen Imperialismus mit dem aufstrebenden US-Imperialismus. Wenn bis heute die britische Queen, vertreten durch einen Generalgouverneur, pro forma noch Staatsoberhaupt ist, so drückt sich darin verfassungsmäßig richtig aus, daß Kanada, ähnlich wie Australien und Neuseeland, ein Kolonialgebilde ist, das keine Nation repräsentiert, sondern bis heute wesentlich dem Landraub an den eingeborenen Nationen, hier den Inuit (Eskimos) und Indianern, und der Ausplünderung dieses Landes dient, sowie *auf dieser Grundlage* der Ausbeutung eines vor allem aus den europäischen Ländern zusammengetrommelten Proletariats. Die kanadische Bourgeoisie ist eine Bande kosmopolitischer Spieler, die ihren Anteil an der Beute mit Vorliebe von der New Yorker Börse oder sonst in internationalen Finanzgeschäften einsetzt und zu den größten Gläubigern der Länder der Dritten Welt gehört.

Die Industrie und Landwirtschaft Kanadas selbst wird übermächtig vom US-Kapital beherrscht und ist überhaupt erst aufgeschossen mit ausländischen Kapitalanlagen von über 50 Mrd. $ seit dem 2. Weltkrieg. Mit 25% aller Firmen beherrschen die US-Monopole über 50% der gesamten Industrieproduktion des Landes, die wichtigsten Sektoren wie Maschinenbau, Chemie, Energie und Mineralbergbau bis zu 75%. Die Gruben, Pipelines und Fabriken sind unmittelbar in das US-amerikanische Industriesystem jenseits der großen Seen hineinverzahnt. Am augenfälligsten ist das auf dem Gebiet des Auto- und Fahrzeugbaus, wo zahlreiche Werke in Kanada selbst zur Montage von aus den USA gelieferten Teilen dienen oder aber ihrerseits Lieferant von Teilen für die Fabriken in Detroit sind. So entpuppt sich dieser ganze ausgedehnte Industriezweig Kanadas als eine reine Abzweigung der US-Automobilindustrie. Dies gilt für den größten Teil der kanadischen Industrien. Entsprechend der Handel:

die US-Imperialisten allein kontrollieren sowohl den Import Kanadas wie seinen Export zu an die 70%, und alle wütenden Angriffe der japanischen und westeuropäischen Konkurrenz auf den kanadischen Markt haben diese Position nicht erschüttert.

Die kanadische Arbeiterklasse hat sich in zahlreichen und langwierigen Streikkämpfen, die sie in der internationalen Streikstatistik stets weit vorne plaziert haben, gegen die gnadenlose Profitschinderei ihrer Ausbeuter zur Wehr gesetzt. Dabei ist die kanadische Arbeiterklasse eher schlecht gewerkschaftlich organisiert, in zahllosen, vielfach kleinen Gewerkschaften, die oft nur betriebsweise verhandeln. Besonders übel ist, daß die größten dieser Gewerkschaften, vor allem die der Transport-, Automobil-, sowie der Stahl- und Erzgrubenarbeiter reine Abzweigungen der entsprechenden US-Gewerkschaften sind, die mit Geld, Satzungsschikanen und dem Polizeiknüppel die Vorstände beherrschen. Der stolze Name der „International Union", den viele Gewerkschaften in den USA tragen, bezieht sich eben darauf, daß sie Kontingente *kanadischer* Arbeiter mit unter der Fuchtel haben, und gerade solcher, die von US-Konzernen ausgebeutet werden.



Quebecs Arbeiter im Generalstreik, 14. Oktober 1976, „Klasse gegen Klasse", wie es auf einem der Schilder heißt. (Photo: The Call, 23.5.1977)

Quebecs Arbeiter im Generalstreik, 14. Oktober 1976, „Klasse gegen Klasse", wie es auf einem der Schilder heißt. (Photo: The Call, 23.5.1977)

Die großartigen Anfänge dieser Entwicklung: die Unterstützung der kanadischen Arbeiter beim Aufbau ihrer Gewerkschaften durch die Arbeiter in den USA, sind so vollständig in ihr Gegenteil verkehrt worden. Aber sie leben fort in der besonders engen Verbindung zwischen den Arbeiterklassen beider Länder. So haben die Erzbergarbeiter von Nord-Minnesota, USA, inzwischen 9000$ gesammelt, um den jetzt im vierten Monat im Streik stehenden 12000 Arbeitern der Nickelgruben in Sudbury, Kanada, die für ihren Lohn kämpfen, Unterstützung zu geben.

Über 200000$ haben die Arbeiter in Kanada selbst inzwischen für die Streikenden gesammelt, die von ihren US-Grubenherren ausgehungert werden sollen. Die kanadische Arbeiterbewegung setzt ihre Kampfaktionen fort und festigt ihren Zusammenschluß. Im Oktober 1976 kam es zum ersten Generalstreik in der Geschichte Kanadas gegen die von der Trudeau-Regierung verhängten Lohnsenkungs-Leitlinien.

Dieser Streik ebenso wie die späteren großen Streiks der öffentlichen Dienst- und Postarbeiter, zuletzt im Oktober 1978, wurden von der Regierung mit der Deckung von Sondergesetzen regelrecht militärisch niedergeschlagen.

Aber bereits im November streikten in ganz Kanada wieder die Bediensteten der Krankenhäuser. Auch andere Teile des Volkes traten in den Kampf: In Quebec standen im November 65000 Studenten gegen Stipendienkürzungen im Kampf. In den westlichen Provinzen kam es zu Aktionen der armen Farmer, die gegen die niedrigen Erzeugerpreise vor allem für Weizen kämpfen. Und die Union der Meeresfischer Kanadas, worin die kleinen selbständigen Fischer organisiert sind, hat in Versammlungen Anfang Dezember die Sperrung der nördlichen Gewässer für die Hochseeflotten der großen Fischverarbeitungsmonopole gefordert, um die Fischbestände und damit ihre Existenzbasis zu erhalten.

Das Fundament ist gelegt für ein großes Bündnis zwischen den arbeitenden Klassen der Kolonialgesellschaft

großes Bündnis zwischen den arbeitenden Klassen der Kolonialgesellschaft

und der Masse der Kolonisierten, denen das Land von Rechts wegen gehört, den Indianer- und Inuit-Völkern.

Diese haben in den letzten Jahren ihren – oft bewaffneten – Kampf gegen die Ausplünderung des Landes durch die US-Monopole von neuem aufgenommen, insbesondere gegen den Vorstoß der US-Energiemonopole in den Nordwest-Territorien, in denen der Großteil der Indianer und Inuit wohnt und die bis heute dem kanadischen Staat nicht vollständig einverleibt werden konnten, sondern nur zwangsverwaltet werden.

Sowjetisch-zionistische Kumpanei gegen die PLO

z.pek. Die Tatsache, daß die US-Imperialisten mit ihren Versuchen der Unterdrückung des Kampfes des palästinensischen Volkes und der Spaltung der Arabischen Nation schwere Schlappen einstecken mußten, wollen die Sozialimperialisten nutzen, um mit ihrer Einmischung im Nahen Osten voranzukommen. Ende November hatten sie eine Delegation zionistischer Politiker in die UdSSR eingeladen, um „zum Ausbau und zur Festigung dessen, was uns vereint, beizutragen". Die Einheit, auf die diese Kumpanei aufgebaut ist, besteht in der Ablehnung der gerechten Forderungen des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung und Rückkehr auf sein Land, aus dem es 1947 und 1967 vertrieben wurde. Einmütig bekräftigten Sozialimperialisten und Zionisten das Existenzrecht des Besatzerstaates Israel, indem sie erklärten, „daß man nur auf der Grundlage der Achtung der legitimen nationalen Rechte und der Sicherheit *aller* Staaten dieser Region Fortschritte zu einem Frieden im Nahen Osten machen" könne. Den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes versuchen die Sozialimperialisten mit dem Vorschlag zu unterdrücken und abzustumpfen, daß „ein unabhängiger palästinensischer Staat gebildet wird, der *neben* Israel existieren würde". Dafür haben sie sich von ihren zionistischen Gästen eine Einladung für die Weiterführung und Verstärkung ihrer Einmischung im Nahen Osten ausstellen lassen: „Eine solche Lösung", erklärte der zionistische Parlamentsabgeordnete Tawfiq Toubi, „verlangt die aktive Teilnahme der Sowjetunion."

Benzinpreiserhöhung in Frankreich

z.jon.Paris. Am 3. Januar ist in Frankreich der Preis für Superbenzin um 0,07 Francs pro Liter auf 2,75 F und der Preis für Normalbenzin um 0,06 F auf 2,64 F gestiegen. (1 F rund 0,45 DM) Die Preise für Gasöl und Heizöl wurden um 0,10 bzw. 0,02 F erhöht.

Seit dem 1.2.78 sind damit die Benzinpreise in Frankreich um 11,7% gestiegen. Alle diese Preiserhöhungen gingen auf Beschlüsse von Regierung und Parlament zurück. Die jüngste Preiserhöhung soll nach dem Haushaltsgesetz 1979 eigentlich 0,13 F betragen, „um die Franzosen zur Sparsamkeit im Energieverbrauch anzuregen" und um das Energieprogramm der französischen Imperialisten zu finanzieren. Die Regierung hat nicht gewagt, diese Plündermaßnahme auf einen Schlag durchzuführen. Sie hat eine weitere Preiserhöhung um 0,05 bis 0,07 F für den 15.2.79 angekündigt, die sie dann mit den Beschlüssen zur Erhöhung des Rohölpreises durch die Staaten der OPEC begründen will. Besonderen Wert legt sie darauf, ihre Plünderpolitik zur Hetze gegen den Kampf des iranischen Volkes zu benutzen. „Anhaltende Unruhen" im Iran würden weitere Preiserhöhungen noch in diesem

Türkei: Die Bauern sind die Hauptkraft der Revolution

z.pek. Mit zügelloser Ausplünderung der türkischen Bauern versuchten die osmanischen Sultane zu Beginn dieses Jahrhunderts, die Geldmittel einzutreiben, die sie für ihre Zinszahlungen an die aufstrebenden imperialistischen Großmächte, insbesondere Großbritannien, Frankreich und Deutschland, benötigten. Über 9 Mio. türkische Pfund hatten die abgetakelten Despoten jährlich an Zins- und Schuldenrückzahlungen zu leisten. Der gesamte Staatshaushalt betrug zu Beginn des Jahrhunderts 12,5 Mio. Pfund. Der größte Teil davon, 10,9 Mio. Pfund, wurde den Bauern über eine Vielzahl von Steuern abgepreßt. Jährlich mußten die Bauern den Zehnt, das waren 40 bis 60% des Reinertrags der Ernte, 10% vom Wert des Viehs, 4 bis 10% vom Wert der Grundstücke sowie indirekte Steuern wie die Salzsteuer abführen. Zahlreiche Bauern, die diese Steuern und ihre Schulden an die Wucherer nicht mehr bezahlen konnten, verloren ihr Land an die Großgrundbesitzer. In bewaffneten Erhebungen setzten sich die Bauern gegen diese Ausplünderung und gegen ihre Ruinierung zur Wehr. Im Jahr 1908 siegte die von den Jungtürken geleitete revolutionäre Bewegung gegen die Despotie der Sultane. Der Sultan Abd-ul-Hamid mußte den Steuerdruck lockern, kam aber im übrigen mit dem Versprechen davon, die alte türkische Verfassung wiederherzustellen.

Dieser halbe Sieg der türkischen national-revolutionären Bewegung bil-

Dieser halbe Sieg der türkischen national-revolutionären Bewegung bil-dete die Grundlage für einen weiteren Aufschwung der Kämpfe der Volksmassen gegen die osmanische Despotie und die Ausplünderung des Landes durch die imperialistischen Großmächte. Unter der Führung Mustafa Kemal Paschas (Atatürk) wurde der osmanische Sultan 1920 gestürzt und die nationale Unabhängigkeit gegen die britischen und französischen Imperialisten, die das Land besetzt hatten, erkämpft. Die Regierung Atatürk beseitigte den Ackerzehnt sowie die Steuerpacht und erließ ein Gesetz zur Freistellung von Bauern vom Militärdienst. 1925 wurde der kirchliche Großgrundbesitz sowie nicht bebautes oder herrenloses Land verstaatlicht und an landlose Bauern verteilt. 1929 wurde die Enteignung des gesamten Landes der Großgrundbesitzer über 200 Hektar eingeleitet. Bis 1934 waren davon 73000 Hektar an 22000 Bauernfamilien verteilt.

Um die Rückständigkeit in den Anbaumethoden zu überwinden, wurde die Produktion von Eisenpflügen aufgenommen. Eine staatliche Fabrik erzeugte 1928 bereits 7000 Eisenpflüge, die kostenlos oder gegen zinslosen Kredit an die Bauern ausgegeben wurden. Der Zoll auf landwirtschaftliche Maschinen und Betriebsmittel wurde aufgehoben, um die Mechanisierung der Landwirtschaft zu beschleunigen. Durch Sabotage versuchten die Imperialisten, die Entwicklung der nationalen Landwirtschaft in der Türkei aufzuhalten. Sie lieferten schadhafte Maschinen und Traktoren und verzögerten oder verweigerten die Lieferung von Ersatzteilen, so daß zahlreiche neue Maschinen unbrauchbar wurden.

Die Befreiung der Bauern von feudalen Fesseln zur Zeit der Regierung Atatürk führte zu einer beträchtlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Produktion von Weizen wurde von 17800 Tonnen im Jahr 1927 auf 108000 Tonnen im Jahr 1934 gesteigert. Während noch bis 1929 beträchtliche Mengen an Getreide importiert werden mußten, war ab 1930 die Selbstversorgung gesichert und dar-

tiert werden mußten, war ab 1930 die
Selbstversorgung gesichert und darüber hinaus ein reichlicher Export möglich.

Unter dem Druck der verstärkten Ausplünderung der Türkei durch die Imperialisten hat seit dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg ein gewaltiger Schub der Ruinierung der kleinen Bauern stattgefunden. 5147 Dörfer wurden von 1945 bis 1965 durch das Bauernlegen leergefegt und sind völlig verödet. Der Anteil der Bauern und Landarbeiter an der Zahl der arbeitenden Bevölkerung ging von 77,4% im Jahr 1955 auf 64,0% im Jahr 1970 zurück. Ihre absolute Zahl sank in dieser Zeit von 9,5 Mio. auf 8,8 Mio. . Die von Atatürk eingeleitete Beseitigung der Rückständigkeit der Landgebiete kam fast völlig zum Stillstand. Nach der vom Ministerium für Dorfangelegenheiten 1964 durchgeführten Dorfinventur waren 31% der landwirtschaftlichen Bevölkerung Landarbeiter ohne eigenen Grundbesitz. In Südanatolien beträgt der Anteil der landlosen bäuerlichen Familien 60 bis 80%. Nahezu zwei Drittel aller selbständigen Bauern besitzen weniger als 5 Hektar Land. 188 Dörfer in den Ostprovinzen Van und Urfa gehören einzelnen Großgrundbesitzern. Fast alle Dörfer sind ohne Stromversorgung und ohne medizinische Versorgung. Das Analphabetentum ist noch stark verbreitet, – nach der Volkszählung von 1970 waren 47,7% der gesamten Bevölkerung Analphabeten.



1908 siegte die von den Jungtürken geführte revolutionäre Bewegung. Der Sultan mußte die Steuerausplünderung der Bauern lockern.

1961 begannen die BRD-Imperialisten, die Arbeitskraft der runierten türkischen Bauern aufzusaugen, um sie zu Elendslöhnen auszubeuten. Von den 600000 türkischen Bauern und Arbeitern, die bis 1972 unter dem nackten Zwang des Hungers ihr Land verlassen mußten, wurden über 500000 von den BRD-Imperialisten als Lohnsklaven ,,rekrutiert''.

Die imperialistischen Banken machen bei der Ruinierung der türkischen Bauern ihren Schnitt. Sie stehen hinter den Dorfwucherern, die den Bauern für kurzfristige Kredite zur Zeit der Aussaat oder zur Einbringung der Ernte einen Jahreszins von über hundert Prozent abpressen. Zunehmend nehmen die Imperialisten auch die Organisierung des Kreditgeschäfts mit den Bauern in die eingenen Hände. Im Juni hat die Weltbank, in der die US-Imperialisten das Sagen haben, ein ,,überwachtes Kreditprogramm'' im Umfang von 24 Mio. Dollar eingeleitet, mit dem 5200 Bauern direkt in die Schuldenabhängigkeit von den Imperialisten genommen werden sollen. Die imperialistischen Banken sind auch die Hauptnutznießer der Ausplünderung der Bauern durch die Handelskapitalisten. Der Mangel an eigenen Lagern für ihre Produkte zwingt viele Bauern zum Verkauf sofort nach der Ernte. Dabei drücken die Handelskapitalisten den Preis ins Bodenlose.

Die Bauern leisten gegen ihre Ausbeutung und Ruinierung zähen und erbitterten Widerstand. 1967 führten sie erstmals seit dem Sturz der osmanischen Sultane und der Errichtung der türkischen Republik große Massenkundgebungen und Landbesetzungen durch. Am 22. Februar 1969 erhoben 10000 Bauern in einer Massenkundgebung in Malatya die Forderungen nach entschädigungsloser Enteignung der Großgrundbesitzer und Verteilung des Lands an die Bauern, die es bebauen.

Im September 1969 blockierten die Baumwollbauern von Tarsus mit ihren Traktoren die Zufahrtstraßen nach Ankara, Adana und Mersin, um höhere Preise für ihre Produkte zu erkämpfen. Gegen den Zinswucher des Bankkapitals veranstalteten Bauern aus 56 Dörfern im gleichen Monat eine Massenversammlung in Kirikhan.

Auf den wachsenden Druck der Bauern reagierte die Regierung 1973 mit der Verabschiedung eines ,,Agrarreformgesetzes'', mit dem den Bauern eine angebliche Erfüllung ihrer Forderungen vorgegaukelt werden sollte. Das Gesetz läßt völlig offen, *welcher* Grundbesitz enteignet werden soll, sieht eine Entschädigung für die Großgrundbesitzer in Höhe des *Marktwerts* der Grundstücke vor, die Anwendung des Gesetzes soll ,,schrittweise in nacheinander festzulegenden Dörfern, Kreisen und Bezirken'' erfolgen und den



Streik von Arbeitern eines Kraftwerks bei Istanbul um höheren Lohn

Ein großer Teil der Industriearbeiter in der Türkei sind ehemalige Bauern, die von ihrem Land vertrieben wurden. – Streik von Arbeitern eines Kraftwerks bei Istanbul um höheren Lohn

Bauern soll eine Probezeit von drei Jahren, in der sie das Land ,,im Sinne des Gesetzes'' bebauen müssen, auferlegt werden. Bei Nichterfüllung dieser Bedingung, beispielsweise beim Verzug in der Schuldenrückzahlung, soll ihnen das Land wieder entrissen werden.

Bericht eines türkischen Landarbeiters, heute Arbeiter in Westberlin

Bericht eines türkischen Landarbeiters, heute Arbeiter in Westberlin

Das folgende Gespräch haben wir mit einem 35jährigen türkischen Landarbeiter geführt, der heute gezwungen ist, seine Arbeitskraft in Westberlin zu verkaufen.

,,Ich und meine ganze Familie waren in der Türkei Landarbeiter, bei einem Großgrundbesitzer, in einem kleinen Dorf mit 50 Familien. Auf einem kleinen Stück Land mußten wir alle Arbeiten verrichten, säen, pflügen usw. Dafür bekamen wir die Hälfte der Ernte. Die ganze Ernte betrug ca. 1500-2000 kg. Wir konnten auch Tiere vom Großgrundbesitzer ,,ausleihen''. Wenn wir sie am Ende des Jahres bezahlen konnten, gehörten sie uns, wenn nicht, so war die ganze Arbeit während des Jahres umsonst, die Tiere gehörten weiterhin dem Grundbesitzer. Von dem Geld, was wir für die Hälfte der Ernte bekamen, mußten sich 12 Leute ernähren, wir mußten davon alles Lebensnotwendige kaufen, Kartoffeln, Öl, Kleider usw. Jeder hatte nur einen Anzug, wenn gewaschen wurde, mußten sich alle ins Bett legen. Auch die Kinder mußten arbeiten gehen, sie bekamen für einen Arbeitstag von morgens bis die Sonne unterging, 75 Pfennig. So konnten sie im Sommer, oder wenn auf den Feldern gearbeitet wurde, nie in die Schule gehen. Es gab eine Schule mit fünf Klassen, da mußten wir im Winter selber den Kuhmist zum Heizen mitnehmen. Wir sind immer barfuß gegangen, weil wir keine Schuhe hatten.

1959 hatte es eine sogenannte Landreform gegeben, ein Beamter von der Regierung kam, der das machen sollte. Von den 50 Familien im Dorf hatten 30 kein Land. Aber nur 10 von ihnen bekamen überhaupt was. Die Grundbesitzer haben den Beamten geschmiert, und so haben sie das Land nur untereinander hin- und hergeschoben. Wir bekamen ein Stück Land, das war ca. 1000 ² groß (ich kann das nicht so genau von der türkischen Maßeinheit umrechnen). Wir hatten aber ausgerechnet, daß wir, wenn wir das Land bebauten, weniger verdienen würden als beim Grundbesitzer. Damals wurde auf dem Land viel modernisiert, und wir hätten nie mithalten können, nie einen Traktor kaufen können. Für die armen Bauern gab es überhaupt keine Kredite. Viele hatten große Schulden bei dem Grundbesitzer. Das kam so zustande, daß das Getreide nie für den Winter gereicht hat, dann konnte man sich was vom Grundbesitzer borgen. Aber man hatte nie genug Geld, um das zurückzuzahlen, so verkauften viele ihr Land wieder an den Grundbesitzer. Nach der Landreform hatten ca. 30 Familien ein eigenes Stück Land, heute sind es vielleicht noch 16 oder 17. Die sich nicht mehr ernähren konnten, zogen in die Stadt, die meisten ins Ausland.

Von unserem Dorf sind heute 10 Familien in Westdeutschland, meine vier Brüder sind auch alle hier. Ich bin dann auch in die Stadt, nach Adana, in eine Textilfabrik arbeiten gegangen, dort habe ich umgerechnet ca. 180 DM im Monat verdient. Das Geld hat nicht gereicht für meine Frau und meine kleine Tochter, wir mußten alles auf Kredit kaufen. Eine bessere Arbeit bekam ich nicht, ich durfte glücklich sein, daß ich die bekommen habe. Ein Jahr lang bin ich zweimal die Woche vor das Betriebstor gegangen, wo sich jedesmal 500-600 Arbeiter versammelt hatten. Dann kam einer von der Direktion und sagte: ,Du und du kannst mit.'

Weil das Geld nicht gereicht hat, wollten wir dann nach Westdeutschland. Meine Frau sollte zuerst allein kommen, weil sie Frauen eher nehmen: die arbeiten mehr und sind billiger. Eines Morgens sah ich meine Frau mit unserer kleinen Tochter am Bettrand sitzen und weinen, dann habe ich beschlossen, daß ich gehen werde. Zuerst kam ein Deutscher aus der Fabrik, wo ich künftig arbeiten sollte, und überprüfte, wie ich arbeite. Dann mußten wir nach Istanbul, zur Gesundheitskontrolle. Damals war ich noch kerngesund, heute habe ich überall was, vor allem am Magen. Einer, den sie ausgemustert hatten, weil er lungenkrank war, fing an zu weinen.

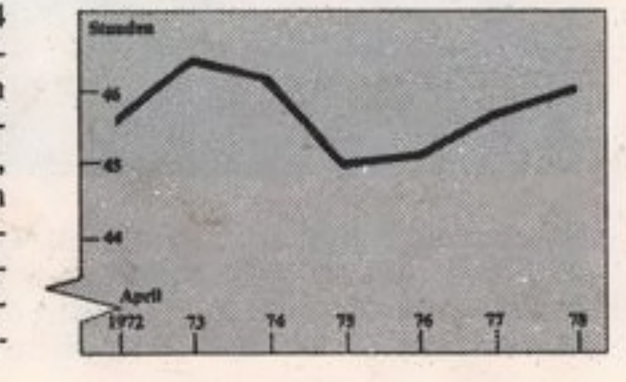
In Bremen fing ich an, in einer Baumwollfabrik zu arbeiten, zuerst (1969) für 350 DM, erst nach einiger Zeit bekam ich 500 DM. Davon mußte ich 45 DM für das Wohnheim bezahlen, das der Firma gehörte. Wir waren zu viert in einem Zimmer und es gab eine Küche für 150 Leute. 100-150 DM schickte ich meiner Familie nach Hause, aber manchmal konnte ich gar nichts schicken. Nach drei Monaten war ich krank. Heute arbeite ich hier in Westberlin in einem Vier-Mann-Betrieb an der Kunststoffpresse und verdiene netto 1050 DM. Meine Frau arbeitet auch, bei Osram 2 Schichten, die verdient 1250-1300 DM netto. Davon müssen wir zu sechst leben. Für die Wohnung bezahle ich nichts, weil ich Hauswart bin, dafür muß ich die Flure fegen, die zwei Höfe Schnee schippen und Reparaturen ausführen, alles umsonst. Eins will ich noch zum Schluß sagen: Ich meine, in der Türkei kann nur die Revolution helfen, genau wie auch überall in der Welt.''

Jahr ,,unumgänglich'' machen. – Außer der Benzinpreiserhöhung dekretierte die Regierung zum 1. Januar eine Preiserhöhung für Autoreifen um 5–6%, der Hotelpreise, der Wohnungsmieten und der Verwaltungsgebühren.

Überstundenarbeit in Britannien auf neuen Höhen

z.hef.London. 1978 konnten die britischen Kapitalisten die Überstundenarbeit erneut gegenüber dem Vorjahr ausdehnen. Das Schaubild zeigt die Tendenz: In den Jahren 1973 und 1974 brachen die Arbeiter durch erfolgreiche Lohnkämpfe vorübergehend den Zwang zu immer mehr Überstundenarbeit. Für die folgenden Niederlagen, die die Gewerkschaftsführung durch die Unterstützung der Lohnleitlinienpolitik der Kapitalisten und ihrer Regierung einhandelte, zahlen die Arbeiter unter anderem mit längerer Arbeitszeit. Die dem Schaubild zugrundeliegenden Durchschnittszahlen beschönigen die Summe der tatsächlich gearbeiteten Überstunden. Bereits für April 1977 gibt eine andere Regierungsstatistik folgende Aufschlüsselung: 41,2% der männlichen Arbeiter arbeiteten bis 40 Stunden, 16% arbeiteten 40 bis 44 Stunden, 16,4% 44 bis 48 Stunden, 13,9% 48 bis 54 Stunden, 7,4% 54 bis 60, 5% arbeiteten über 60 Stunden.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von männlichen Arbeitern über 21



Beseitigung des Landstreichergesetzes in Britannien gefordert

z.mat.Liverpool. Mehrere Organisationen von farbigen Emigranten und Komitees zur Verteidigung der demokratischen Rechte fordern die Abschaffung des Landstreichergesetzes von 1824. Das ,,Gesetz zur Bestrafung untätiger und aufrührerischer Personen, Landstreicher und Vagabunden im England genannten Teil Großbritanniens'' stammt aus der Zeit der Bauernvertreibung aus Schottland und Irland – von 1814 bis 1820, berichtet Karl Marx im ,,Kapital'', sind aus einer einzigen schottischen Grafschaft 15000 Einwohner vertrieben worden – und sollte die entwurzelten Landbewohner in die aufschießenden Fabriken zwingen. Abschnitt 4 bestimmt, daß ,,jede Person, die... in einem verlassenen oder leerstehenden Gebäude oder im Freien... nächtigt,... für beliebige Zeit nicht über 3 Monate bei harter Arbeit gehalten wird.'' Vor allem die Londoner Polizei nutzt das Gesetz heute zur vollständigen Entrechtung arbeitsloser Farbiger, die abends in Gruppen auf der Straße stehen, indem sie sie willkürlich drei Monate festsetzen. Um den wachsenden Protest aufzufangen, brachten Abgeordnete im Parlament einen Antrag auf Streichung des Abschnitts 4 ein und kündigten nach dessen Ablehnung eine Kampagne dagegen an. Von der Abschaffung des Gesetzes überhaupt, das unter anderem Hausdurchsuchungen nach ,,untätigen Personen'' legalisiert, ist dabei nicht die Rede.

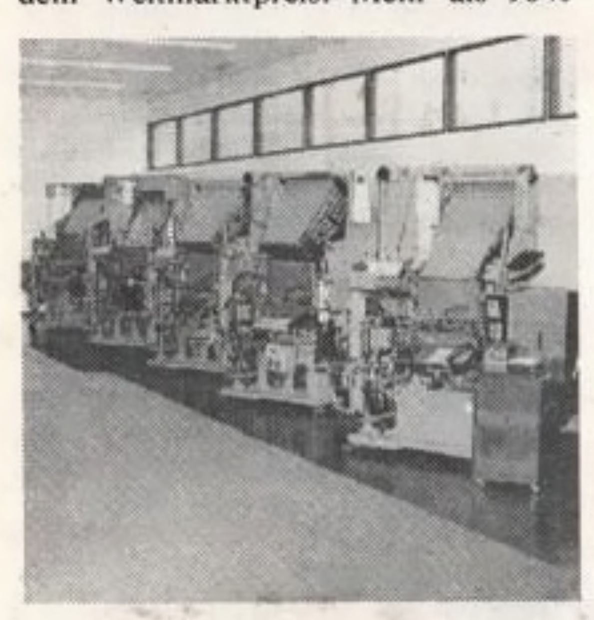
Mexikanischer Marinestützpunkt zum Schutz der Naturreichtümer

z.cht. Der mexikanische Marineminister erklärte am 13.12., daß Mexiko einen Marinestützpunkt auf der Socorro-Insel im Archipel Revillagigedo errichtet hat. Dieser Stützpunkt, ca. 300 Meilen vor der mexikanischen Küste im Pazifik, soll der Überwachung der Territorialgewässer und der Verteidigung der Verfügungsgewalt über die Meeresschätze dienen. Mexiko ist bemüht, größere wirtschaftliche Unabhängigkeit vom US-Imperialismus zu erreichen, seine Wirtschaft planvoll zu entwickeln, und es strebt für die nächsten Jahre eine jährliche Wirtschaftssteigerungsrate von 10% an. Dazu nutzt es die Entwicklung seiner Ölförderung, die auf Off-shore-Bohrstellen ausgedehnt und 1978 um 66% gegenüber 1976 gesteigert wurde. Zu dem Programm der wirtschaftlichen Entwicklung gehört auch der Ausbau der Fischerei und die Schaffung einer Fischverarbeitungsindustrie. 1978 stiegen die Fischfangerträge um 25%. Mexiko kündigte die Fischereiabkommen mit Kuba und den USA und will ab 1979 keine ausländische Fischerei in seinen Gewässern zulassen. Gegenüber den Drohgebärden der US-Imperialisten, die die mexikanischen Ölquellen zu ,,einem nationalen Sicherheitsproblem'' erklärt haben, unternimmt Mexiko Anstrengungen zur Verteidigung seiner nationalen Souveränität. Dazu gehört die Errichtung des Marinestützpunktes im Pazifik genauso wie der zügige Ausbau der Armee seit 2 Jahren, wobei Mexiko versucht, die Abhängigkeit von US-Waffenlieferungen zu verringern.

Kompensationsabkommen – des einen Uhl, des anderen Nachtigall

z.rua. Thyssen liefert Großrohre auf Kredit. Der Kredit wird von den drei westdeutschen Großbanken, meist im Konsortium, finanziert. Zur Tilgung des Kredites liefert die UdSSR über einen festgelegten Zeitraum eine festgelegte Menge Erdgas an die Ruhrgas AG, die zu einem erheblichen Teil im Aktienbesitz der August-Thyssen-Hütte ist. Ist der Kredit getilgt, wird für weitere zehn Jahre Erdgas in die BRD geliefert. Ein „Musterbeispiel" für Kompensationsabkommen, das „ausnahmsweise im deutschen Interesse liegt", wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Grüner, im Juli auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU mitteilt.

Nach Angaben der Außenhandelsstatistik der UdSSR kosten 1000 cbm Erdgas frei Grenze 61 DM und liegen damit durchschnittlich um 20% unter dem Weltmarktpreis. Mehr als 90%



des gegenwärtig von der UdSSR in die imperialistischen Länder exportierten Erdgases wird auf der Basis von Kompensationsabkommen, die zwischen 1968 und 1974 geschlossen wurden, geliefert. In die BRD wurden bisher 15 Mrd. cbm gepumpt, ab 1980 sollen es jährlich 10 Mrd. cbm sein. Sind die Schulden aus den Kompensationsabkommen aber beglichen, behalten sich die Sozialimperialisten vor, für die weiteren Lieferungen ihre Preise „dem Weltmarktniveau anzupassen".

Mit dem Erdgasgeschäft haben die Sozialimperialisten die westlichen Imperialisten scharf und die Kompensationsabkommen salonfähig gemacht. Sie haben sich über Kompensationsabkommen – praktisch zins- und devisenfrei – die Erschließung ihrer „Schatzkammer Sibirien" finanzieren lassen. Sie nutzen dabei die Konkurrenz unter den westlichen Imperialisten weidlich, die jeweils hoffen, ihren ökonomischen Einfluß in der UdSSR am meisten geltend zu machen. Mittlerweile haben die Sozialimperialisten mit Japan Kompensationsabkommen geschlossen, nach denen Japan für die *Erkundung* von Rohstoffen die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen kreditiert. Bei *erfolgreicher* Erkundung soll Japan an der Ausbeute teilhaben. Verläuft die Erkundung aufgrund „schwieriger Naturbedingungen" erfolglos, ist die UdSSR von der Tilgung der Kredite entbunden. Ein Blankoscheck, den sich die Sozialimperialisten gern von allen Imperialisten ausstellen lassen wollen.

1978 wurden ca. 25% des Warenhandels zwischen der BRD und der UdSSR auf Kompensationsbasis abgewickelt. Noch machten die Lieferungen von Rohstoffen 75% der sowjetischen Exporte aus. Den Anteil an Fertigwaren steigerten die Sozialimperialisten jedoch bereits gegenüber dem Vorjahr um 14%. Seit Mitte der 70er Jahre schließen sie verstärkt Kompensationsabkommen über den Import von Maschinen und Anlagen im Tausch gegen industrielle Zwischenprodukte und Konsumgüter ab. Damit wollen sie zugleich auf dem westdeutschen Markt Tritt fassen. Seit 1973 wurden fünf gemischte Gesellschaften der UdSSR/BRD in der BRD gegründet. Sie handeln mit sowjetischen Maschinen, Chemikalien, Holz und Papier, Brillanten und Edelmetallen, Nahrungsmitteln und Getränken.

Die BRD-Imperialisten sind mit dieser Entwicklung nicht zufrieden. Sie dürften auf keinen Fall zum Prinzip werden, versicherte Grüner. Sind Rohstoffe noch ein äußerst lukrativer Tausch, sind es die sowjetischen Fertigwaren, die häufig schlechter Qualität sind, schon gar nicht mehr. Zwar haben die imperialistischen Konzerne entweder eigene Handelsgesellschaften, über die die sowjetischen Waren abgesetzt werden oder lassen sie über die Gesellschaften Bochako und Bafag vertreiben, jedoch fressen die Kosten für Lagerhaltung und die 20%ige Provision an die Handelsgesellschaften die Extraprofite, die z.B. beim Weiterverkauf in Länder der Dritten Welt erzielt werden, längst wieder auf. Ein undankbares Geschäft! Triebkraft, daß trotzdem immer weiter Kompensationsabkommen mit den Sozialimperialisten geschlossen werden, ist, die Konkurrenz auszubooten in der Absicht, die UdSSR wirtschaftlich tiefer zu durchdringen. Eine Absicht, die von den Sozialimperialisten erwidert wird.

„Die Nation ist nicht das Letzte aller Dinge"

Neuer Ansturm auf die Warenmärkte Osteuropas

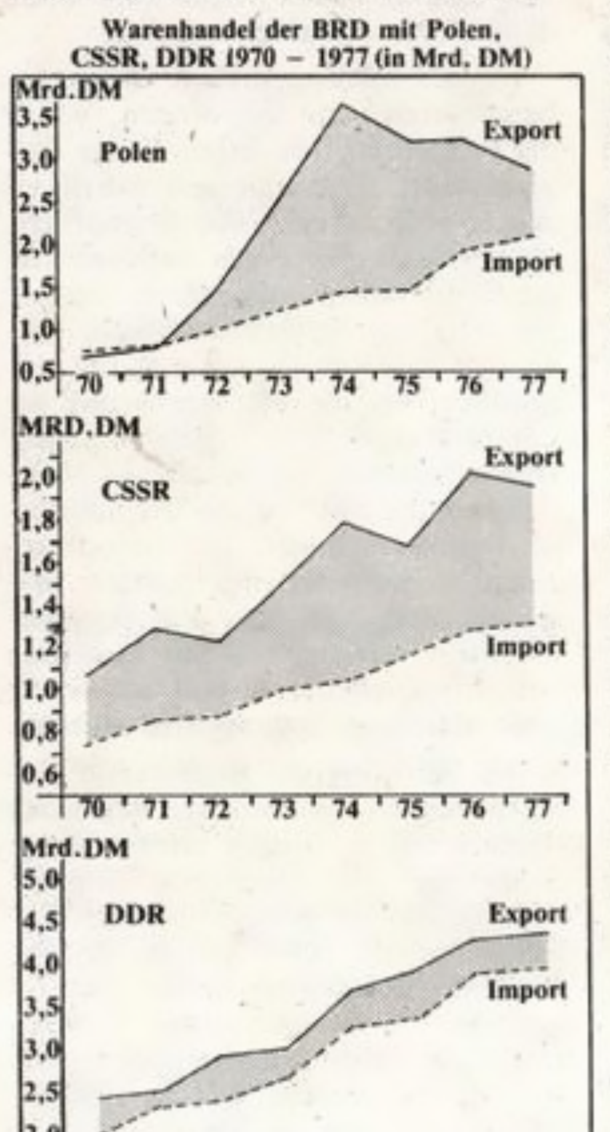
z.rua. Es ist alles bezahlt, gab die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 5.1. dem Mogadischu-Wischnewski mit auf den Weg, der am 12.1. dem DDR-Außenministerium einen „Höflichkeitsbesuch" abstatten will. Ebenso höflich gibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den neuen Bourgeois der DDR zu verstehen, sie sollten ernsthaft über „mehr menschliche Erleichterungen" nachdenken, dann würden die „Bonner Taschen" auch wieder geöffnet und die D-Mark rollen. Die von der sozialimperialistischen Supermacht auch im neuen Jahr zu neuen, höheren Tributleistungen angehaltene DDR-Bourgeoisie schluckt's. Sie braucht die Devisen, um ihre wachsenden Schuldendienste zu begleichen und aufs neue kreditwürdig zu sein.

Die BRD-Imperialisten weiden sich daran, wie sie der DDR Stück für Stück die Preisgabe ihrer staatlichen Souveränität für einen Almosen abkaufen. Hie einige Millionen für den Ausbau des Autobahnnetzes, da für den Ausbau der Wasserstraßen in Richtung Osten. „Menschliche Erleichterungen", die einer erneuten Ostexpansion der BRD-Imperialisten den Weg ebnen.

„Wir sind für die Einheit der Nation, aber die Nation ist nicht das Letzte aller Dinge", hatte Schmidt in seiner Neujahrsansprache verkündet. Aber fürs erste schon mal nicht unbedeutend, um – unter der Herrschaft und den Bedingungen der westdeutschen Bourgeoisie wiedervereint – zu neuen Raub- und Eroberungszügen gegen die Völker Osteuropas zu blasen. Etwaige Zweifel auszuräumen, hatte sich Schmidt kurz zuvor in einem Interview mit der dänischen Zeitung „Berlingske Tidende" angeschickt: „Die meisten unserer Nachbarn scheinen zu glauben, daß die Deutschen die Tatsache verdaut haben, die die Teilung darstellt. Dies trifft nicht zu. Wir haben sie bis auf weiteres akzeptiert, aber wir haben uns nicht mit ihr versöhnt." In der Tat. Ausbau des Brückenkopfes Westberlin, u.a. des „kulturellen Zentrums" dicht an der Staatsgrenze der DDR, Aushang neu gedruckter Stadtpläne „Groß-Berlins" in den U-Bahnhöfen, in denen die U-Bahn-Strecken auf dem Territorium der DDR wie selbstverständlich denen auf Westberliner Gebiet gleichgesetzt sind – alles Symptome des einen Gedankens.

„Es ist eine Binsenwahrheit, daß Europa nicht am Eisernen Vorhang endet", hatte Schmidts Vorgänger Brandt 1965, als er noch Regierender Bürgermeister war und das Netz des Ostfeldzuges knüpfte, kundgetan. Schließlich sei die BRD geradezu auserkoren, „die wachsende Eigenständigkeit der osteuropäischen Staaten zu erkennen und zu fördern".

Die ökonomische und politische Strangulierung der Länder des RGW durch die Sozialimperialisten haben die



BRD-Imperialisten genutzt, um ihrerseits in diesen Ländern Fuß zu fassen. Seit 1970 haben sie ihre Exporte in den RGW verdreifacht, die Importe verdoppelt. Den Mangel der RGW-Staaten an hochentwickelter Maschinerie zur Steigerung ihrer Industrieproduktion nutzten sie, um über die Lieferung von Maschinen und Anlagen im Tausch gegen Rohstoffe ihren eigenen Rohstoffbedarf teilweise zu decken, über Kreditvergabe die RGW-Staaten in die Schuldknechtschaft zu treiben und über die Vergabe von Lizenzen und Kooperationsbasis den Kapitalexport zu eröffnen.

Der sozialimperialistische Konkurrent hat seinerseits mit Inkrafttreten der laufenden Fünfjahrpläne die RGW-Länder stärker in die „internationale Arbeitsteilung" und den gegenseitigen Warenverkehr verpflichtet. Seit 1975 stagniert der Warenverkehr der BRD mit den RGW-Staaten. Diese Stagnation wollen die BRD-Imperialisten überwinden. Im ersten Halbjahr 1978 konnten sie bereits Erfolge verbuchen. Ihre Exporte in den RGW stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10,2%.

Das seit 1970 drastisch gestiegene Handelsbilanzdefizit haben die RGW-Staaten seit 1975 einerseits durch die Verringerung ihrer Importe, andererseits durch die Steigerung der Exporte, die vor allem aus Rohstoffen und Halbwaren bestehen, zu verringern versucht. Der Exportsteigerung sind jedoch enge Grenzen gesetzt, einerseits, weil die eigenen Energieträger gegen die verstärkte Ausplünderung durch die Sozialimperialisten zunehmend selbst genutzt werden, andererseits, weil ihnen die notwendigen Förderkapazitäten fehlen. Die unter eigener Kontrolle produzierten Industriegüter werden von den BRD-Imperialisten spöttisch abgewiesen.

Vielmehr „fördern" sie die Produktion über Kooperationsabkommen. Seit 1966 wurden mit den RGW-Staaten 350 solcher Abkommen geschlossen. Über Lizenzvergabe werden v.a. in der DDR, Polen, CSSR und Ungarn Möbel, Elektrogeräte, Textilien, Nahrungsmittel und Getränke hergestellt, die auf den Märkten der Imperialisten vertrieben werden.

Unter Vorsitz der BRD hat die EG im letzten halben Jahr die Staaten des RGW zweimal bei Verhandlungen über gemeinsame Wirtschaftsabkommen auflaufen lassen. Das Anliegen des RGW, mit der EG gleichberechtigt Verträge abzuschließen, wurde zurückgewiesen. Der RGW habe im Gegensatz zur EG keine Handelskompetenz, Verträge könnten daher nur jeweils mit den einzelnen RGW-Staaten abgeschlossen werden. Eine Maßnahme, mit der die EG als Ganzes den einzelnen RGW-Staaten gegenüber weiterhin Handelsrestriktionen verhängen und ihre ökonomische Abhängigkeit vertiefen will.

Die RGW-Staaten (ohne die UdSSR) sind mittlerweile mit ca. 20 Mrd. DM bei den BRD-Imperialisten verschuldet. Die durchschnittliche Zinszahlung von 7% macht zwischen 10% und 20% ihrer Deviseneinnahmen für Exporte aus. Entsprechend werden die Kreditvergabebedingungen rauher. Polen machte kürzlich die Erfahrung, daß es auf der Suche nach einem 500-Mio.-DM-Kredit durch ganz Westeuropa Spießruten laufen mußte. Amerongen hat angesichts der Verschuldung der RGW-Staaten die Offenlegung ihrer Bücher gefordert, was einem faktischen Staatsbankrott gleichkommt.

Sozialdemokratische Begleitmusik

Vor 10 Jahren Brandts Friedensgesäusel / Heute der „eigenständige Sozialismus" von Klose und Konsorten

z.hku. *„Ich höre, daß in den Staatskanzleien vieler Mächte – bei unseren Freunden, aber auch in Moskau – das Thema der osteuropäischen Länder immer mehr Menschen und Zeit beansprucht. Gerade hier dürfen wir nicht unterentwickelt bleiben. Schon aus Gründen der Geographie kommt uns eine wichtige Rolle zu."* Brandt, Regierender Bürgermeister Westberlins, 1964.

„Die Bundesrepublik ist sich wegen ihrer Lage, ihrer Entfernung und ihrer Perspektiven im besonderen Maße bewußt, daß eine bloß militärische Antwort nicht ausreicht. Ich habe erklärt, daß wir uns um politische Lösungen bemühen müssen." Brandt, Außenminister der Großen Koalition, 1968 nach dem Einmarsch der UdSSR in die Tschechoslowakei.

„In der Bundesrepublik stehen wir vor der Notwendigkeit umfassender Reformen.... Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens." Brandt, Regierungserklärung, 1969.

1966 hat die westdeutsche Finanzbourgeoisie die SPD in die Große Koalition geholt. Angesichts der Krise des westdeutschen Imperialismus bestand für sie die Aufgabe, mit den Notstandsgesetzen den Ausbau des Unterdrückungsapparates zu vervollkommnen und gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Imperialismus einzuleiten und gegen die Arbeiterbewegung und die schwungvolle demokratische Massenbewegung durchzusetzen. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung, der Wille nach Veränderung hat die Regierung Brandt/Scheel an die Macht gespült.

Mit der Regierung Brandts ist das großangelegte politische Manöver verbunden, die demokratische Bewegung ideologisch zu unterwerfen und ihr weiszumachen, daß die Durchsetzung der „neuen Wege" der Imperialisten gerade die Erfüllung der Interessen dieser Bewegung seien. Stichworte als „Entwicklungshilfe", die imperialistische Bildungsreform als „Jedem seine Chance", die Öffnung neuer Märkte in Osteuropa durch Vereinbarung einer Geschäftsgrundlage als „Friedenspolitik und Aussöhnung".

Bekanntlich hat der Reformismus die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung verzögert, aber nicht verhindern können. Bekanntlich ist der „Friedenskanzler" 1974 durch die Streikkämpfe der Arbeiter geschaßt worden. Wenn die Bourgeoisie zur Zeit einen fälligen Wechsel in der Führung der SPD debattiert, dann ist das nicht der Krankheit Willi Brandts geschuldet. Die westdeutsche Bourgeoisie hat seit 1968 im Kampf um die Vorherrschaft Europas bedeutende Fortschritte gemacht. Ebenso sehr sieht sie aber auch die Zeichen eines rascheren Ganges des Klassenkampfes in Westdeutschland. Sie bereitet die erneute ideologische Fesselung der erstarkenden Massenbewegung vor.

Für diese Zwecke hat die SPD unter anderem den Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose losgeschickt. In einem Interview mit der Zeitschrift „konkret" hat er sich zu seiner Regierungstätigkeit und zum Sozialismus geäußert. Als Bürgermeister habe er sich oft genug als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus" betätigen müssen. Insofern habe die „Stamokap-"Theorie recht. „Ich interveniere doch unentwegt, um Unternehmen zu erhalten, die von den Regeln der Marktwirtschaft eigentlich vom Markt gewischt wären. Ich tue das, um Arbeitsplätze zu erhalten." Dann will er aber auch lenken, sagt Klose. Zum Beispiel in der Werftindustrie. „Was der Kohle recht ist, muß den Werften billig sein!" Sozialismus ist das für Klose, als „legitime Form der öffentlichen Kontrolle". Und da ist Klose für. Der Weg dahin führt nicht über die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, sondern durch Umbau des Reparaturbetriebes in Richtung „Sozialismus", mit der SPD.

Der „Vorwärts", Zeitung der Sozialdemokratie, hat erklärt, hinter dem Umdenken Kloses stünde die Erfahrung des Hamburger Wahlkampfes mit seiner „Demobilisierung der Stammwähler und der Jugend". Der „Vorwärts" fürchtet, daß es bei den Europawahlen nicht besser, eher schlechter werden wird. Deshalb sehnt sich in der gleichen Zeitung Wieczorek-Zeul danach, „aus Anlaß des Europa-Wahlkampfes den moralischen Antrieb des SPD-Politik sichtbar zu machen, der in der Ostpolitik einst so sichtbar und spürbar war." „Es (Europa) muß eine attraktive, moralisch glaubwürdige Alternative zu einem Gesellschaftssystem darstellen, in dem alles nach dem ‚Marktwert' gemessen wird. Ein Europa, das eine eigenständige Position zwischen den blockbestimmenden Großmächten USA und UdSSR für ein innergesellschaftlich verwirklicht." (7.12.)

Europa unter westdeutscher Führung als dritte Macht, „eigenständig" gegenüber den Supermächten, legitimiert durch einen eigenen dritten Weg, den „moralischen Sozialismus", überzogen mit Investitions-, Raumordnungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen: dafür soll der Reformismus die Jugend gewinnen, damit noch einmal die Arbeiterbewegung täuschen, niederhalten und womöglich direkt für die Unterstützung der Expansion mobilisieren. Und hat die SPD als Verfechter eines solchen moralischen Sozialismus nicht eine ganz andere Berechtigung als etwa Carter oder Breschnew, überall auf der Welt für die Menschenrechte einzutreten, z.B. gegenüber der DDR?



Mit Brandts „Friedens"-Verträgen haben die BRD-Imperialisten weder die DDR noch insgesamt die bestehenden Grenzen in Europa völkerrechtlich anerkannt. Unbedingt muß die Arbeiterbewegung die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages erheben und damit jedem Expansionismus entgegentreten.

„Verwandelt den Zorn des Volkes in einen revolutionären Sturm!“

Neujahrsbotschaft des Präsidenten der ZANU, Genosse Robert Mugabe, an das Volk von Zimbabwe

Revolutionäre Grüße und Neujahrswünsche an euch, das niedergedrückte, aber kämpfende Volk von Zimbabwe. (...) In unserer letzten Neujahrsbotschaft habe ich im Namen der Partei die Notwendigkeit der Weiterentwicklung unseres politischen und militärischen Kampfes betont, um das ganze Volk mit der Partei zusammenzuschließen und die Partei mit dem Volk. Zugleich rief die Botschaft zu einer umfassenden und aktiven Beteiligung der ganzen Bevölkerung am Befreiungskrieg auf, um diesen Krieg in einen Volkskrieg zu verwandeln. Um dieses Ziel zu erreichen, die Bildung einer Partei des Volkes, die den Volkskrieg führt, erklärten wir 1978 zum Jahr des Volkes und stellten der Partei als der Führerin des Volkes die große Aufgabe, durch den Krieg und den politischen Kampf die breiten unterdrückten Massen zu mobilisieren und Organe der Partei in jeder Provinz, in jedem Distrikt, jedem Dorf, jeder größeren und kleineren Stadt, auf jeder Farm und in jedem Bergwerk aufzubauen. Die Leitlinie unserer gesamten Strategie 1978 war: Das Volk ist die Grundlage unseres Kampfes, denn die Ziele unserer Revolution entsprechen den Wünschen des Volkes. Unsere vorrangige Aufgabe das ganze Jahr hindurch bestand deshalb darin, alle Kräfte des Volkes zu entfalten, um sie entschlossen in den allgemeinen und einheitlichen Kampf für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit zu führen. Dementsprechend sind wir in der Verwirklichung dieser Aufgabe 1978 entschlossen darangegangen, systematisch und in breitem Umfang unsere politische Macht zu festigen und unsere militärische Initiative, die wir vor allem in den ländlichen Gebieten gewonnen haben, auszubauen.

Nun können wir euch, unserem ganzen Volk, stolz und froh berichten:

1) Wir haben die Reichweite unserer militärischen Operationen ausgeweitet und gefestigt, sie erstrecken sich jetzt auf ein Gebiet von mindestens 85% der Fläche unseres Landes.

2) Wir haben in einem beträchtlich größeren Gebiet militärische Zentren und Verwaltungseinrichtungen des Feindes zerstört und ausgeschaltet. Wir haben uns dadurch das Recht auf freie Bewegung über die Gebiete unserer militärischen Operationen hinaus erkämpft, und es uns so erleichtert, die politische Macht unter den Massen zu festigen.

3) Wir haben zahlreiche erfolgreiche Sabotageoperationen und Angriffe durchgeführt, um das Eisenbahn- und Straßennetz des Feindes wirkungsvoll zu unterbrechen. Wir haben dadurch die Möglichkeiten des Feindes blockiert, Handel innerhalb und außerhalb des Landes zu treiben und vor allem, Truppen aufzustellen und zu verlegen.

4) Wir haben zahlreiche erfolgreiche Angriffe gegen Stellungen des Feindes geführt, Truppen vertrieben, dezimiert und zersetzt und seine Kampfmoral entschieden angeschlagen.

5) Im Verlauf unserer verschiedenartigen Angriffe haben wir riesige Mengen von Waffen vom Feind erbeutet, die teilweise bereits von unseren ZANLA-Streitkräften und der Volksmiliz benutzt werden, teilweise noch bei uns sind und in der nächsten Zeit bei einem passenden Moment zum Einsatz gebracht werden. Darüberhinaus haben wir Dutzende von Flugzeugen zerstört und zahlreiche Soldaten des Feindes gefangengenommen.
Feindes gefangengenommen.

6) In einer kraftvollen und geschlossenen Kampagne haben wir die ländlichen Gebiete vom Feind und seinen Anhängern gesäubert, der unrechtmäßigen Besetzung des Landes durch die Siedler ein Ende bereitet und dadurch das System der Ausbeutung und unrechtmäßigen Bereicherung beseitigt, das von den Buren seit Jahrzehnten auf Kosten der Landarbeiter und der enteigneten Bauern aufrechterhalten worden war. Dies ist eine richtige Maßnahme zur Wiederherstellung des Rechts unseres Volkes auf sein Land, das durch die Gesetze der Landverteilung und durch das Pachtgesetz mit Füßen getreten wurde.

7) In der planmäßigen Verfolgung der Linie, unser Volk Schritt für Schritt zu befreien, sind wir darangegangen, jene unmenschlichen, unerträglichen Konzentrationslager, die sich „beschützte Dörfer“ nennen, zu beseitigen und Hunderttausende unseres Volkes zu befreien.

8) Weil wir in den weitausgestreckten ländlichen Gebieten dem Feind Niederlagen versetzt und die Massen befreit haben, konnten wir befreite Gebiete errichten, in denen

a) das Volk organisiert wird, um sich selbst unter der Führung der Partei zu regieren,

b) das Volk im Vertrauen auf die eigene Kraft kollektiv und gut geleitet die Produktion organisiert und das Land aufbaut: beim Ackerbau, der Viehzucht, durch den Bau einfacher Unterkünfte und einfacher Häuser, Straßen und Fahrzeuge, sowie in der Erziehung, der Kultur und dem Gesundheitswesen.

c) das Volk organisiert wird, um sich selbst zu verteidigen und stets vorbereitet ist auf mögliche Angriffe des Feindes. Zu diesem Zweck sind in einigen Gebieten Einheiten der Volksmiliz gegründet worden.

d) das Volk in regelmäßigen Schulungen zusammengefaßt und politisch erzogen wird, damit es sich ständig über unsere grundlegenden revolutionären Ziele und die richtige Linie unserer Partei bewußt ist und die Abweichungen kennt, die in der gegenwärtigen Lage in unserem Land auftreten.

Unter Ausnutzung unserer unangefochtenen Kontrolle über weite ländliche Gebiete haben wir den Feind in Defätismus und Verzweiflung getrieben. Von unserer Basis in den ländlichen Gebieten aus haben wir Angriffe gegen Schlüsselstellungen in kleinen und mittleren Städten geführt. Unsere andauernden Angriffe auf Umtali mit Raketen und Mörsern haben diese drittgrößte Stadt, in der einstmals eine große Anzahl von weißen Siedlern wohnte, in eine Geisterstadt verwandelt, die von unseren Streitkräften ununterbrochen belagert wird. 90% der Siedler sind geflüchtet. Der jüngste Angriff unserer ZANLA-Streitkräfte auf das größte strategische Öllager inmitten Salisburys hat dem Feind gezeigt, wie das Feuer der Revolution des Volkes brennt, und die Schwäche seiner Verteidigungslinien aufgedeckt.

10) Durch direkte Angriffe wie auch durch die Verwirklichung unserer allgemeinen Strategie haben wir viele Einrichtungen und Betriebe der Siedler in ländlichen und städtischen Gebieten zum Stillstand gebracht, Fabriken und Handelsunternehmen eingeschlossen. Dies hat eine drastische Senkung der Produktionskapazität des Feindes in verschiedenen Bereichen der Industrie bewirkt.

11) Der Aufruf, das Volk hinter dem Banner der Partei zusammenzuschließen, war auch ein Aufruf an das Volk, die Linie zu ergreifen, die während des Jahres des Volkes vom Zentralen Komitee der ZANU beschlossen und niedergelegt wurde. Die politische Einheit der Partei mit dem Volk wurde im vergangenen Jahr folgendermaßen demonstriert:

a) Entschieden zurückgewiesen haben die Partei und das Volk die neokoloniale innere Lösung, mit der der Rebell, Tyrann und Siedlerchef Ian Smith unter Kollaboration seiner drei kopfnickenden Marionetten versuchte, durch politischen Betrug die Macht in den Händen der privilegierten weißen Siedler zu halten, während er gleichzeitig Lippenbekenntnisse über demokratische Prinzipien und Mehrheitsherrschaft von sich gab. Mit der Zurückweisung dieses Betrugs wies das Volk zugleich entschieden die drei Verräter zurück, behandelte sie als Aussätzige und trieb sie in die politische Isolation. Das soll jedem Renegaten eine Warnung sein: Jeder, der sich dem revolutionären Willen des Volkes widersetzt, besiegelt damit seine eigene Verdammung und seinen eigenen politischen Untergang.

b) Partei und Volk standen fest zusammen, als wir in unseren Verhandlungen mit den Anglo-Amerikanern unbeirrbar darauf bestanden, daß jede Übergangsregelung, die zu einer wirklichen Unabhängigkeit Zimbabwes führen soll, die Übergabe aller Gewalt von der Kolonialmacht, nämlich Großbritannien, auf das Volk von Zimbabwe beinhalten muß. Wir haben daran festgehalten, daß die Macht nicht nur eine politische, sondern auch eine militärische Frage ist. Die Wahlentscheidungen des Volkes und die Waffen des Volkes sind zwei Seiten, die voneinander untrennbar sind. Deswegen war unsere Forderung, die immer von den breiten Massen Zimbabwes unterstützt wurde, daß erstens die politischen und militärischen Strukturen des Siedlerregimes vollständig zerschlagen sein müssen, und zweitens, daß unsere eigene Armee als Polizei und Streitkraft des Landes anerkannt werden müsse. Nichts kann die politische Macht, die durch das Gewehr erobert wurde, besser verteidigen und schützen als das Gewehr selbst.

c) Das Volk verurteilte die schamlosen, betrügerischen und heimlichen Manöver, die die Anglo-Amerikaner gegen uns inszenierten. Diese Manöver sollten die innere Lösung unterstützen und festigen und Genossen Joshua Nkomo als Bündnispartner hineinziehen, um auf diesem Weg eine dem Imperialismus genehme Führung zu installieren, unter vollständiger Mißachtung des ausdrücklichen Willens des Volkes von Zimbabwe.

Aber die Kräfte der Unterdrückung sind noch nicht vernichtet. Noch viel entschiedener als zuvor versuchen sie, den Konflikt der historisch, politisch, sozial und ökonomisch seit jeher ein kolonialer ist, zu afrikanisieren. Ihr Versuch, ein Marionettenregime zu errichten und Afrikaner in den Dienst einer Armee dieses Regimes zu zwingen, soll ganz offensichtlich das Kampffeld verschieben und einen Kolonialkrieg in einen Bürgerkrieg verwandeln. Man wird daran erinnert, wie die Amerikaner am Vorabend ihres Abzuges aus Vietnam darum bemüht waren, eine gewaltige Armee für das Marionettenregime Thieus auf die Beine zu stellen, und dem Regime eines der größten Waffenarsenale zur Verfügung stellten, das jemals einem Marionettenregime zur Verfügung stand. Dieser Versuch der Vietnamisierung des Krieges war niemals erfolgreich. Das Marionettenregime wurde gestürzt, weil seine Streitkräfte, die keinerlei Kampfgeist hatten, vernichtet wurden.

In ähnlicher Weise hat in unserer gegenwärtigen Situation der Feind einen Plan ausgeheckt, nach dem Afrikaner gezwungen werden, ihre afrikanischen Brüder zu bekämpfen, während die weißen Siedler hinter der Bühne die Fäden ziehen. (...)

Laßt mich nun auf die internationale Front eingehen, wo sich die zahlreichen Erfolge an der Heimatfront in ähnlich bedeutsamen Fortschritten niedergeschlagen haben. Das Jahr des Volkes war auch ein Jahr intensiver und breiter diplomatischer Anstrengungen, um Freunde und Verbündete zur Unterstützung unseres Kampfes zu gewinnen. Verschiedene Delegationen unserer Partei haben viele offizielle Besuche im Ausland, in sozialistische und andere befreundete Länder durchgeführt, um bereits bestehende Beziehungen und Freundschaften zu festigen, um neue Beziehungen und Freundschaften zu entwickeln, um größere materielle Unterstützung für unseren bewaffneten Kampf, um diplomatische und politische Unterstützung für unsere politische Forderung nach wirklicher Unabhängigkeit zu gewinnen. Unsere Strategie für den diplomatischen Kampf für das Jahr 1979 besteht darin, in diesen Bemühungen fortzufahren, um noch mehr Freunde zu gewinnen.
(...)

Zu dem gegenwärtigen Stand der anglo-amerikanischen Vorschläge, die verstümmelt wurden und ohne jede Beziehung zu unseren Zielen sind, haben wir erklärt: Die Briten und ihre amerikanischen Freunde haben dem Smith-Regime darin Vorschub geleistet, jene Aspekte zu beseitigen, die ursprünglich nach unserer Auffassung eine Grundlage für Verhandlungen dargestellt hätten.

Wir können deshalb solange nicht an einer Verfassungskonferenz mit den Briten teilnehmen, solange nicht eine akzeptable Basis vereinbart ist, die klare Regelungen über die Übergabe der Macht durch das Regime, die Vernichtung seiner Militärmaschinerie und die Anerkennung unserer Befreiungsbewegung und ihrer Streitkräfte als die einzig legitime Autorität zur Ergreifung der Macht anerkennt. Niemals können wir eine politische Vereinbarung annehmen, die unsere gegenwärtige politische und militärische Stärke im Land aufgibt. Wir kontrollieren gegenwärtig ein weitaus größeres Gebiet des Landes mit einer bei weitem größeren Bevölkerungszahl als das Smith-Regime. Wir sind tatsächlich die eigentliche Regierung des Landes. Aus diesem Grund können wir unsere tatsächliche Überlegenheit nicht dadurch unterminieren, daß wir einer unrechtmäßigen politischen Kuppelei mit reaktionären Elementen zustimmen, die von den Massen seit langem zurückgewiesen wurden. Wir wollen die uneingeschränkte Macht, und wir werden sie erkämpfen.

Genossen, ich will nun über die Aufgaben sprechen, die vor uns liegen. Das Jahr des Volkes ist nun zu Ende gegangen und ein neues Jahr hat begonnen.

Die Siege, Ereignisse und das politische Programm für 1978 haben unser Volk zu einer einheitlichen, starken Kraft zusammengeschweißt, deren Druck der Feind, der nun demoralisiert und mutlos ist, niemals standhalten kann. Unser Volk, das seit Jahren niedergedrückt ist, das einst in tiefster Unterwerfung und bedingungsloser Unterordnung unter den sogenannten weißen „Master“ gepreßt wurde, hat sich nun zusammengeschlossen in dem heldenhaften Bemühen, die Ketten seiner kolonialen Sklaverei zu zerbrechen. Die Siedlerherrschaft ist dem Untergang geweiht, und ihr Tarquin der Stolze setzt auf Flucht, bevor ihn der sich zusammenballende Sturm verschlingt.

Unsere Anstrengungen während des ganzen letzten Jahres galten dem Zusammenschluß unseres Volkes, das entschlossen für seine revolutionäre Sache kämpft. Das ganze Jahr über haben wir daran gearbeitet, dem Volk eine feste Basis zu schaffen. Auf der anderen Seite hat Smith das ganze Jahr über daran gearbeitet, den Zorn des Volkes zu wecken. Seine barbarischen Truppen haben Tausende unschuldiger Bürger ermordet, Hunderte durch grausame Bomben und Napalm verstümmelt und zu Krüppeln geschlagen, Hunderttausende des Landes beraubt und obdachlos gemacht, die Massen geplündert und beraubt. Tausende unserer geschickten Männer und Frauen sind arbeitslos geworden, tausende wurden verhaftet, eingesperrt oder sind einfach nach der bekannten Methode ‚verschwunden‘; sie sind stillschweigend ermordet worden. Unsere Jugend sieht sich der Gefahr gegenüber, in eine Siedlerarmee gepreßt zu werden und gegen die eigenen Eltern kämpfen zu müssen. In seiner Verzweiflung entfesselt das Smith-Regime einen Völkermord innerhalb des Landes und in den Nachbarstaaten Mozambique, Sambia und Botswana. Das Regime läuft Amok. In seiner Verzweiflung sucht es alles zu vernichten, was ihm in den Weg kommt, einschließlich menschlichen Lebens, bevor es endgültig zusammenbricht, und Smith sich nach einer Zufluchtstätte in Südafrika oder ins Ausland absetzt, worauf er sich schon vorbereitet hat.

Unsere revolutionäre Hauptaufgabe in diesem Jahr muß darin bestehen, dem wild um sich schlagenden Regime überall Einhalt zu gebieten, die Macht des Volkes auf jedem Fußbreit unseres geweihten Bodens zu errichten, und so den Grausamkeiten des Regimes ein Ende zu setzen. Wir stellen dem Volk, unseren ZANLA-Streitkräften und allen ZANU-Kämpfern die folgenden Aufgaben:

1. Die gesicherten befreiten Gebiete müssen gut verteidigt werden und das Volk muß gut gegen den Feind geschützt werden. Dazu muß eine Volksmiliz aufgebaut werden.

2. Die halbbefreiten Gebiete müssen vollständig befreit werden.

3. Der Befreiungskrieg muß in jeden Teil des Landes ausgedehnt werden, er muß das ganze Land von Osten bis Westen, von Norden bis Süden umfassen,

4. Die verbliebenen Stellungen des Feindes müssen zerstört oder unschädlich gemacht werden, und jeder ist aufgerufen, noch mutiger zu sein, und keine Gefahren zu scheuen und Opfer auf sich zu nehmen.

5. Die wirtschaftlichen Planziele sollen erhöht und noch entschlossener verwirklicht werden, durch gut aufeinander abgestimmte Strategien. Laßt uns die Wirtschaft der Siedler zermürben, bis sie zum Stillstand kommt.

6. Die Zentren der Siedler, namentlich die großen und mittleren Städte, müssen in noch größerem Umfang als 1978 Angriffsziele sein. Jede dieser Städte muß zu einer Hölle für den Feind werden.

7. Die immer noch von Siedlern besetzten Farmen müssen vom Feind gesäubert und in Land des Volkes verwandelt werden.

8. Die Einheit von Partei und Volk muß weiter gefestigt werden, und das Volk muß eine noch größere Rolle in den Aktionsprogrammen der Partei spielen als 1978.

9. Unser Programm des Vertrauens auf die eigene Kraft in der Produktion und beim Aufbau, in der Erziehung, der Kultur, der Gesundheitsversorgung und Hygiene muß intensiviert und auf kollektiver Basis weiterentwickelt werden.

10. Unser Programm zur politischen Mobilisierung der befreiten, halbbefreiten und umkämpften Gebiete muß noch nachdrücklicher verwirklicht werden, damit die politische Grundlage unseres bewaffneten Kampfes von den Massen gut verstanden wird und damit seine politischen Ziele von den Massen unterstützt werden.

11. Unsere ZANLA-Streitkräfte müssen weiterhin beträchtlich vergrößert werden, und zugleich muß ihre Ausbildung weiter verbessert werden. Das sind nur die allgemeinen Aufgaben, die durch konkrete und praktische Planung und spezielle Strategien entfaltet werden sollen mit dem Ziel, den Feind zu vernichten und die Macht zu erobern. Diese Aufgaben erfordern weitaus größere Aktionen, als wir je in der Lage waren durchzuführen. Indem wir eng zusammenarbeiten, mit strenger Disziplin unter Führung der Partei, können wir sie erfüllen. Disziplin war schon immer unser Leitspruch. Das soll auch 1979 so bleiben.

Nun, wo das Volk und die Partei eins sind, muß sich die Kraft des Volkes in organisierten Massenaktionen manifestieren, die den Hauptstoß der ZANLA unterstützen. Niemand zweifelt mehr an der revolutionären Entschlossenheit unseres Volkes. Hat es nicht gelitten und sein Leben gelassen für die große Sache unserer Befreiung? Hat es nicht größere Opfer gebracht als andere Völker in einer ähnlichen Lage? Hat es nicht im Verlaufe des Jahres des Volkes unter Beweis gestellt, daß es bereit ist, noch größere Opfer als bisher zu bringen? Worauf sollte es nicht vorbereitet sein?

Unser Krieg ist zum Volkskrieg geworden. Laßt uns deshalb in diesem Jahr die Kraft des Volkes unter Beweis stellen. Verwandelt den Zorn des Volkes in einen revolutionären Sturm, der den Feind verschlingt und vollständig aus unserem Land vertreibt. Jede Stadt, jedes Dorf des Feindes, jede Farm oder Wohnstätte, jeder Posten, jede Ecke, jeder Schlupfwinkel des Feindes soll vom Zorn, vom Sturm des Volkes ergriffen werden.

Der Sturm des Volkes muß losbrechen mit Donner, Wolkenbrüchen und alles mit sich reißenden Sturmböen, und er wird die Bollwe. .e des Feindes schleifen.

Laßt uns also dieses Jahr das Jahr des Sturms im Volkskrieg nennen – gore re gukurahundi.

Laßt uns voranschreiten vom Jahr des Volkes zum Jahr des revolutionären Sturms des Volkes und vorwärtsstürmen zum Sieg und zum Aufbau einer Gesellschaft, die auf der Macht des Volkes beruht. Das Volk ist eine Macht, das Volk ist ein revolutionärer Sturm.

Seit 3. 1. Streik auf der Klöckner Hütte Bremen

r.thw. Seit Mittwoch sind ca. 4900 Stahlarbeiter der Klöckner Hütte Bremen in den Streik getreten. Ausgenommen sind ungefähr 800 Verwaltungsangestellte, der Notdienst und die Arbeiter von Hochofen 4. Die Betriebsführung hat mit der Streikleitung vereinbart, daß mit Ofen 4 täglich 1600 t Roheisen produziert werden, die dann für spätere Weiterverarbeitung granuliert werden. Angeblich soll der Ofen bei einer Stillegung wegen Altersschwäche nicht mehr zu gebrauchen sein. Dieses Zugeständnis versuchen die Kapitalisten ständig auszuweiten. Erst am Freitag haben sie wieder beantragt, das Roheisen von einer Schicht im Stahlwerk verarbeiten zu lassen, was die Streikleitung einstimmig abgelehnt hat. Solche Streikbruchversuche führen ebenso wie die Provokationen von AT-Angestellten nur zu einer Festigung der Streikfront. Eine Abteilung des Verwaltungsgebäudes hat 131 DM für die Streikenden gesammelt. Viele Angestellte versorgen die Streikposten mit wärmenden Getränken und Verpflegung. Die Arbeiter z.B. der metallverarbeitenden Industrie verstärken ihre Unterstützung. Der Vertrauenskörper des Bremer Vulkan hat 1500 DM und die Jugendvertretung 150 DM zur Unterstützung der streikenden Klöcknerarbeiter gesammelt. Die Reserven der Arbeiter für diesen Kampf sind noch groß.

P&S: Keine Abspaltung durch Haustarif

r.gör. 400 Vertrauensleute haben noch einmal den im Stahlwerk Peine und Salzgitter am 3. Januar durchgeführten Warnstreik begrüßt; die IG Metall unterstützte mit einem Flugblatt. Die Stahlkapitalisten wollen die Tatsache, daß es bei P&S einen Haustarif gibt, nutzen, um diese Belegschaft aus dem Kampf herauszuhalten und zu spalten.

Wochenlang haben sie kein verhandlungsfähiges Angebot gemacht; ein Abschluß über dem Ergebnis von NRW komme schon gar nicht in Frage, haben sie dann erklärt. Die IG Metall hat die Verhandlungen abgebrochen.

Die 400 Vertrauensleute haben auf ihrer Versammlung ihre Vertreter in der Tarifkommission beauftragt, auf deren nächster Sitzung am 9. Januar für Urabstimmung und Streik bei P&S zu stimmen. Ja, viel zu lange schon liefert P&S noch Stahl. Bei Umrechnung der

P&S: Keine Abspaltung durch Haustarif

r.gör. 400 Vertrauensleute haben noch einmal den im Stahlwerk Peine und Salzgitter am 3. Januar durchgeführten Warnstreik begrüßt; die IG Metall unterstützte mit einem Flugblatt. Die Stahlkapitalisten wollen die Tatsache, daß es bei P&S einen Haustarif gibt, nutzen, um diese Belegschaft aus dem Kampf herauszuhalten und zu spalten.

Wochenlang haben sie kein verhandlungsfähiges Angebot gemacht; ein Abschluß über dem Ergebnis von NRW komme schon gar nicht in Frage, haben sie dann erklärt. Die IG Metall hat die Verhandlungen abgebrochen.

Die 400 Vertrauensleute haben auf ihrer Versammlung ihre Vertreter in der Tarifkommission beauftragt, auf deren nächster Sitzung am 9. Januar für Urabstimmung und Streik bei P&S zu stimmen. Ja, viel zu lange schon liefert P&S noch Stahl. Bei Umrechnung der Produktionszahlen des letzten Geschäftsjahres kommt man auf rund 400000 t Rohstahl und 350000 t Walzstahl, die in den vergangenen 6 Wochen seit Streikbeginn produziert wurden. Allein dieser Walzstahl macht mehr als ein Viertel des durchschnittlichen monatlichen Inlandsabsatzes an Walzstahl aus. Der Streikeintritt der P&S-Belegschaft kann aus dieser Reserve der Kapitalisten eine große Reserve der Arbeiter machen.

Einheit im Lohnkampf, weitere Fortschritte

r.gör. ,,Ihre (der Unternehmer) Argumentation orientiert sich ausschließlich am Profit. Ihnen geht es nur um die Reduzierung der Lohnkosten und Erhöhung der Gewinne.'' schrieb die IG Metall nach den ersten Verhandlungen im Nordverbund. Die nächsten Verhandlungen sind am 18. Januar. Die Metallarbeiter bauen die einheitliche Kampffront für den Lohn weiter auf. Die aufgestellte Mindestforderung von 86 DM stärkt den Zusammenschluß.

Gegen die Kurzarbeitsdrohungen der Metallkapitalisten wird vorgegangen. Die Belegschaft bei VW übt Druck auf den Betriebsrat aus, keiner Überstunde mehr zuzustimmen; mündlich hat er das zugesagt. Die Unterstützung des Streiks der Stahlarbeiter geht in die Breite und Tiefe und entwickelt alle Triebkräfte des Klassenkampfs. Einige Beispiele: Vertretungskörperschaften bei VW Wolfsburg und Gildemeister haben Geldsammlungen beschlossen. In Hannover wurde z.B. von den Arbeitern der Druckerei Grütter Geld an die Stahlarbeiter geschickt. Der Vertrauensleutekörper des Landesvermessungsamtes hat eine Solidaritätsadresse geschickt, ebenso am Freitag 530 Teilnehmer der Veranstaltung ,,14 Jahre bewaffneter Befreiungskampf des palästinensischen Volkes'' in Westberlin.

Ländliche Regionen, verödet und bloß Arbeitskräftereservoirs

Eine Untersuchung anhand der niedersächsischen Gemeindestatistik

r.kug. Seit 1956 haben die industriellen Kapitalisten in Niedersachsen ihren jährlichen Umsatz von 17,98 Mrd. DM auf 86,36 Mrd. (1977) vervierfachen können. Die Zahl der Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum um 4,7% gestiegen, von 632118 auf 661646, die Zahl der Industriebetriebe ist von 4588 auf 3745 um 18% gesunken. Diese Konzentration und Zentralisation des Kapitals geht einher mit der Zusammenballung der Produktionsstätten des Profits in einzelnen Regionen des Landes, während andere Bereiche den Kapitalisten als Arbeitskräftereservoir dienen und unter ihrer Herrschaft der

	Aurich	Helmstedt	Hannover	Braunschweig
Landw. Nutzfläche pro Gesamtfläche				
1977	78,6	62,6	26,5	49,5
Einwohner pro km²				
1967	123	174	3192	1724
1977	127	151	3200	1971
Ärzte pro Tausend Einwohner				
1966	0,87	0,94	2,23	1,59
1977	1,17	1,14	3,73	2,29
Monatslohn in der Industrie (DM)				
1966	668	859	965	846
1977	1674	2039	2337	2138
Gemeindeverschuldung pro Einwohner (DM)				
1966	378	177	775	736
1977	1145	604	3395	1298

(Quellen: Statistische Hefte Niedersachsen, Jahrgänge 1967, 1978. Eigene Berechnungen)

Verödung preisgegeben sind. Die bürgerliche Klasse versucht, diesen Umstand zu verhüllen, arbeitet zahlreiche ,,sektorale Förderprogramme'' aus, ,,um den Menschen im Lande möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu bieten'' (Landesentwicklungsprogramm für Niedersachsen, 1973).

In den Bezirken Aurich, Cuxhafen und Helmstedt, typisch ländliche Regionen, hat in den letzten 10 Jahren eine Umsatzsteigerung der Industrie zwischen 38 und 50% stattgefunden, während in Bezirken wie Hannover Stadt, Braunschweig Stadt und Salzgitter Stadt die Industrieumsätze um 115 bis 241% gesteigert wurden. Über das Förderprogramm ,,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur'' treibt der bürgerliche Staat die Konzentration der Produktion weiter voran. Im ehemaligen Verwaltungsbezirk Braunschweig sind zwischen 1972 und 1977 56,7% der Mittel dieses Programms in die Städte Braunschweig und Salzgitter geleitet worden, auf die eher ländlichen Kreise Gandersheim, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel verteilt sich der Rest.

Es geht hier durchaus planvoll zu. Bis 1985 sollen 136000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft vertrieben werden, nimmt sich 1973 das Ministerium Kubel im Landesentwicklungsplan zum Ziel. Das ist ungefähr ein Drittel der zu diesem Zeitpunkt in der Landwirtschaft Beschäftigten. Durch systematisches Drücken der kleinen Bauern in die Zinsgewalt der Bankhyänen mit dem Ziel der Vertreibung von ihrem Boden in die Städte und Fabriken haben sie bis 1977 den Stand der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf 231000 (um 150000 seit 1974) drücken können. Durchweg hat sich die Bourgeoisie in den ländlichen Gebieten eine stärkere industrielle Reservearmee geschaffen. Zum Vergleich die Arbeitslosenquoten von Hannover und Aurich im Februar 78. Hannover: 5,5%, Aurich: zwischen 13,6 und 14,4%.

Da die Statistik der verwaltungspolitischen Bezirksgliederung des bürgerlichen Staates folgt, ist eine getrennte Beobachtung von Industriezonen und landwirtschaftlichen Gebieten schwer möglich. Für die exemplarische Auswahl der Bezirke wählen wir als Index den landwirtschaftlichen Nutzungsgrad. Vielfach gibt es in den ausgesprochen ländlichen Gebieten vereinzelte Industriekonzentration, z.B. in Stade die Dow-Chemical Kapitalisten oder in Helmstedt die Braunschweiger Braunkohle Bergwerke (BKB), was tatsächlich jedoch die Widersprüche verschärft.

Im einzelnen beweist die Tabelle eine planvolle Verödung. Das Gefälle der ärztlichen Versorgung z.B. zwischen Aurich und Hannover von 155% 1967 hat sich in den nächsten 11 Jahren auf 219% gesteigert. Das bedeutet, daß ein Arzt in Aurich 1967 ungefähr 1½ mal mehr Leute zu behandeln hatte als in Hannover, während es 1977 schon die zweifache Anzahl war. Ebenso verhält es sich mit der Schuldichte.

Auf dem Land zahlen die industriellen Kapitalisten weniger Lohn, diese Differenz haben sie über die Jahre noch verschärfen können. Zahlten sie 1967 dem Industriearbeiter in dem Bezirk Aurich 297 DM weniger im Monat als in Hannover, so hat sich diese Differenz 11 Jahre später verdreifacht. Dem Kapitalisten sind das bessere Profitbedingungen und die Möglichkeit vielseitiger Spaltungsmanöver, vor allem soll das zu größerer ,,Mobilität'' anreizen. Überall da, wo die Kapitalisten ihre Wünsche nach profitförderlichen Investitionsförderungen anmelden, steigt die Verschuldung der Gemeinden, ersichtlich aus der Spalte Verschuldung der Gemeinden pro Bewohner. Wo die Allianz von Regierung und Börse sich voll entfalten kann, ist sie am höchsten. Das ist in den Städten der Fall.



Die Absichten der westdeutschen Kapitalisten nach Ausbau des Brückenkopfes Westberlin zur ,,Drehscheibe zwischen Ost und West'' umriß der Regierende Bürgermeister Stobbe in seiner Neujahrsrede mit den Worten: ,,Für uns in Berlin sollte aber eines Maßstab bleiben: eine Politik für Deutschland muß immer auch den Menschen in Ostberlin und der DDR zugute kommen''. Perfide Maßnahmen zur politischen Unterdrückung der Volksmassen sollen die Durchsetzung des Expansionsprogramms gewährleisten. Dazu gehört in Zeiten bürgerlichen Wahlkampfrummels die Behinderung und Aufhebung des Wahlrechts für einen großen Teil der Westberliner Bevölkerung ebenso wie das eigens verabschiedete neue Wahlgesetz mit Bestimmungen tatsächlich einzigartigen Charakters. Den Revolutionären wurde aufgebürdet, in jedem der 75 Wahlkreise Westberlins 80 ,,amtsgültige'' Unterschriften zu sammeln, also 6000 insgesamt, um kandidieren zu können. Das sind 50% mehr als vor vier Jahren. 9143 hatten sich bis Ende letzter Woche in die Unterschriftenlisten des KBW eingetragen. Nun bestreitet das Landeswahlamt bei fast 50% dieser Unterschriften die ,,Amtsgültigkeit''. Die Herren Abgeordneten errichten neue Sperren um ihren Affenfelsen Rathaus Schöneberg. Aber nicht Besetzung, Sprengung droht ihnen.

1977 1145 604 3395 1298

(Quellen: Statistische Hefte Niedersachsen, Jahrgänge 1967, 1978. Eigene Berechnungen)

Verödung preisgegeben sind. Die bürgerliche Klasse versucht, diesen Umstand zu verhüllen, arbeitet zahlreiche ,,sektorale Förderprogramme'' aus, ,,um den Menschen im Lande möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu bieten'' (Landesentwicklungsprogramm für Niedersachsen, 1973).

In den Bezirken Aurich, Cuxhafen und Helmstedt, typisch ländliche Regionen, hat in den letzten 10 Jahren eine Umsatzsteigerung der Industrie zwischen 38 und 50% stattgefunden, während in Bezirken wie Hannover Stadt, Braunschweig Stadt und Salzgitter Stadt die Industrieumsätze um 115 bis 241% gesteigert wurden. Über das Förderprogramm ,,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur'' treibt der bürgerliche Staat die Konzentration der Produktion weiter voran. Im ehemaligen Verwaltungsbezirk Braun-



Die Absichten der westdeutschen Kapitalisten nach Ausbau des Brückenkopfes Westberlin zur ,,Drehscheibe zwischen Ost und West'' umriß der Regierende Bürgermeister Stobbe in seiner Neujahrsrede mit den Worten: ,,Für uns in Berlin sollte aber eines Maßstab bleiben: eine Politik für Deutschland muß immer auch den Menschen in Ostberlin und der DDR zugute kommen''. Perfide Maßnahmen zur politischen Unterdrückung der Volksmassen sollen die Durchsetzung des Expansionsprogramms gewährleisten. Dazu gehört in Zeiten bürgerlichen Wahlkampfrummels die Behinderung und Aufhebung des Wahlrechts für einen großen Teil der Westberliner Bevölkerung ebenso wie das eigens verabschiedete neue Wahlgesetz mit Bestimmungen tatsächlich einzigartigen Charakters. Den Revolutionären wurde aufgebürdet, in jedem der 75 Wahlkreise Westberlins 80 ,,amtsgültige'' Unterschriften zu sammeln, also 6000 insgesamt, um kandidieren zu können. Das sind 50% mehr als vor vier Jahren. 9143 hatten sich bis Ende letzter Woche in die Unterschriftenlisten des KBW eingetragen. Nun bestreitet das Landeswahlamt bei fast 50% dieser Unterschriften die ,,Amtsgültigkeit''. Die Herren Abgeordneten errichten neue Sperren um ihren Affenfelsen Rathaus Schöneberg. Aber nicht Besetzung, Sprengung droht ihnen.

VFW/MBB-Fusion: ,,Nicht gegen technischen Fortschritt stellen''

Verschärfte Ausbeutung über Arbeitsteilung, Schicht- und Akkordarbeit, ..eue Maschinen und Lohnabbau

r.rew. Bis zum 31.3.79 soll die Entscheidung in der Fusion von VFW und MBB gefallen sein, das ist der Termin für die Bundesregierung. Mit diesem neuen Monopol der Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI) in der BRD hat die westdeutsche Kapitalistenklasse ·· -, die Vorherrschaft in diesem Industriezweig in Europa zu erlangen, als Sprungbrett gegen die US-Kapitalisten. Ihnen Marktanteile, sprich Profit, abzujagen, um sie selber einzustecken, das ist ihr Plan. Ein sehr ergeiziger und verwegener Plan, wenn man betrachtet, daß z.B. die Boeing-Kapitalisten 1978 unter den ersten fünf in der Welt sind, die den meisten Profit gemacht haben.

Diese Pläne sind aber nur zu erreichen, wenn über Rationalisierungen die Vernutzung der Arbeitskraft voll ausgeschöpft wird. Nehmen wir das Beispiel MRCA in Bremen. 1978 wurde ein neues Glühbad, ein neuer Glühofen, eine Entgratermaschine und neues Werkzeug gekauft. Dieses Jahr soll eine große Kopierfräse und eine 300 T Presse angeschafft werden. Außerdem wurden die Arbeitsabläufe durchorganisiert. So wurden aus den ,,Spezialisten'' ganz einfache Arbeiter, austauschbar. Die Arbeit wird stumpfsinnig und stur, das handwerkliche Geschick des Einzelnen wird verstümmelt.

In Bremen stellen sie bis jetzt zwar fast nur Facharbeiter ein, die sie als ,,Stamm'' ausbilden, um dann bei der vollen Serienproduktion viele ,,Hilfskräfte'' einstellen zu können. In Einswarden sind sie damit schon wesentlich weiter. Dort gibt es beim Airbus ganze Abteilungen, die fast nur aus angelernten und ungelernten Arbeitern bestehen, mit einem Stundenlohn von 7,13 DM plus tarifliche Leistungszulage. Den gleichen Stundenlohn werden die Frauen haben, die in Bremen in der Malerei angefangen haben.

Die neu eingestellten Arbeiter bekommen bis jetzt mindestens Lohngruppe 8 (Facharbeiter) in Bremen, was einem Stundenlohn von 10 bis 11 DM entspricht. Aber spätestens bei der Einführung des Gruppenakkordes im Einzelteilebau werden die Lohngruppen überprüft werden. Lohngruppe 9 wird es dann wahrscheinlich nicht mehr geben, wenn nicht sogar in Lohngruppe 7 heruntergestuft werden soll. Schäffler, Vorsitzender der Bremer Geschäftsleitung hat weitere Rationalisierung angekündigt. Die Arbeitsabläufe sollen ,,effizienter'' werden durch das Einsetzen der EDV mit Dialogtechnik. Rechnergesteuertes Konstruieren (CAD) wollen sie einführen. Man solle sich nicht gegen den technischen Fortschritt stellen, oder die Abgruppierungen in die Lohn- oder Gehaltsgruppe, die notwendig sei, um die Kosten zu senken, so wird den Arbeitern geraten.

Stattdessen soll die Schichtarbeit durchgesetzt werden, was die Kapitalisten bei MBB schon geschafft haben. In Nordenham haben sie eine Abteilung versuchsweise zwei Wochen in zwei Schichten arbeiten lassen, mit Samstags Überstunden. Die notwendige Reproduktion der Arbeiter fehlte so sehr, daß ein Arbeiter am zweiten Samstag gar nicht erst kam. Ein weiterer kam nach drei Tagen nicht wieder. Für die Spätschicht brachte die ganze Sache ca. 125 DM brutto an Schichtzulage ein, für die Frühschicht nur die Überstunden.

In Bremen soll jetzt die Fräserei und Dreherei als erste in zwei Schichten arbeiten, dann die Taktstraße der MRCA. Die Kapitalisten schreien nach Einsaugung menschlicher Arbeitskraft, denn dafür haben sie sich die neuen Maschinen angeschafft. Rund um die Uhr, so gibt es Profit. Für die führenden Sozialdemokraten bei VFW ist die Schichtarbeit eine ,,unvermeidliche Rationalisierung'', die der Betriebsrat auch mitträgt, um, wie er sagt, Arbeitsplätze zu erhalten. Sie ,,kämpfen'' für ,,optimale Bedingungen'', wie Aushandeln der Schichtzulage, warmes Essen für die zweite Schicht, bezahlte Pausen usw.

Die Arbeiter und Angestellten sind aber generell gegen Schichtarbeit, weil sie die Auswirkungen kennen. Der niedrige Lohn ist es, der dazu zwingt, Schichtarbeit zu machen, das ist auch der Ansatz der VFW-Kapitalisten. Deshalb wird im Tarifkampf und im Kampf gegen die Herabstufungen darüber entschieden, ob die Arbeiter zur Schichtarbeit gezwungen werden können, oder ob sie es sich ,,leisten'' können, die Schichtarbeit abzulehnen.

Arbeitslosigkeit und Mobilität

r.kea. Im Arbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen gab es im Dezember 1978 laut Statistik 153900 Arbeitslose. Das sind 5,4% der Erwerbspersonen (BRD: 4,4%). Ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeit äußerte sich im Rundfunk, daß nun die regionalen Unterschiede stärker zum Tragen kommen und daß das von der mangelnden *Bereitschaft zur Mobilität* bei den Arbeitern käme. Der Mobilitätszwang nach der Stingl-Ehrenberg-Verordnung soll durchgesetzt werden. 1979 ist geplant, daß die Vermittler der Arbeitsämter mit den Arbeitslosen die Betriebe aufsuchen, um schließlich die Ausbeutung zu jeder Bedingung durchzusetzen. Mit Computern soll der Arbeitsmarkt überregional erfaßt werden: weiter entwurzelt, gefügig gemacht und nach dem Bedarf der Kapitalisten herumgeschoben sollen die Arbeiter werden. – Vergleicht man die Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik mit den Arbeitslosenzahlen, so stellt man fest, daß mit den kapitalistischen Krisen und der Arbeitslosigkeit das Bevölkerungswachstum stagniert und ein Rückgang der Umzugsbewegung im Volk einhergeht. In Niedersachsen ist die Arbeitslosigkeit zwischen 1973 und 1978 von 49600 auf 154000 gestiegen. Die Bevölkerung ging während dieser Zeit um über 10000 zurück, und die Zahl der Umzüge innerhalb der Region ist von 25000 auf 20000 im Monatsdurchschnitt gesunken. Im selben Zeitraum sank der Monatsdurchschnitt der aus Niedersachsen Fortgezogenen von 14000 auf 10000 sowie der nach Niedersachsen Zugezogen von 18413 auf 10585. Im Kapitalismus folgt die Mobilität der Arbeiter den Möglichkeiten ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, nicht umgekehrt.

Liebet Eure Professoren...

b.ulh. „Sind es die Betonbunker, die Deutschlands Studenten krank machen?", fragt der ehemalige Hamburger Psychologieprofessor Peter R. Hofstätter. Er bemängelt, daß der „schier unglaubliche Erfolg" im Ausbau der Hochschulen doch nicht die beabsichtigten Folgen gezeitigt hätte, – die „Seelenlage (der Studentenmassen) sei dabei so problematisch". „Wenn man durch deutsche Hochschulen streift, trifft man kaum jemals auf Vergnügen und Heiterkeit. Über dem Ganzen liegt eine Stimmung dumpfer und verdrossener Gereiztheit", lautet seine Analyse. Keineswegs läge das am Prüfungsdruck, im Gegenteil, Hofstätter weiß über „Prüfungen, die überall leichter geworden sind", und, daß „schlechtere Noten als ‚gut' bisweilen kaum vorkommen".

Mag sein, daß das für einen Einzelfall stimmt. Dann wäre es Ausdruck von Erfolgen der Studentenmassen im Kampf gegen die 5en und 6en.

Den entscheidenden Punkt will Hofstätter mit dem Hinweis auf das Examen nämlich umgehen: die größte Aussiebung findet in den ersten Semestern statt, da werden die Studentenmassen als Objekte zur Schürung der Konkurrenz verschlissen, wie die Tabelle zeigt:

‚Schwund' in % im	4. Semester	8. Semester
Erz. Wissenschaft	35	44
Soziologie/Politik	36	54
Erdkunde	40	49
Geschichte	29	43
Mathematik	45	51
Biologie	28	36

(Quelle Planungsausschuß IV/81, 5.1.1978)

Kein Student ist mit Begeisterung an die Verschleiß- und Dressuranstalt Universität gegangen. Frech erinnert Hofstätter an die frühere Studentengeneration, „z.B. um 1930 –, die sehr viel fröhlicher sein konnte"...

Er muß es wissen. 1940 publizierte Hofstätter einen „methodologischen Beitrag zur Stammeskunde" und stellte Betrachtungen über den Wissenschaft im Volksganzen" an: „Die Psychologie hat ein weites Feld vor sich. Die Eignungsuntersuchungen, wie sie heute seitens der Wehrmacht, der Arbeitsämter... vorgenommen werden, sind dazu ein Anfang..die Psychologie ist dazu berufen, sich in den Dienst bevölkerungspolitischer Eugenik zu stellen." In den Jahren 1937 bis 1943 war Hofstätter als Heerespsycho-

1943 war Hofstätter als Heerespsycho-

loge und 1943 bis 1945 als Kriminalbiologe im Dienst des Reichsjustizministeriums tätig. Sicherlich, einem fröhlichen und strammen Hitlerstudenten mit Corpsgeist entsprechen die Studentenmassen heute nicht. Soweit stimmt Hofstätters Beobachtung.

„Zu konstatieren ist bei unserer akademischen Jugend eine verhängnisvolle Tendenz zur ‚Triebentmischung' im Sinne Freuds...Für Schüler, die einen Lehrer lieben oder verehren, gibt es in der modernen Gruppenuniversität keinen Platz mehr." Hofstätter vermißt die verehrungsvolle Hingabe vom Schüler zu Professor. Das war auch schon 1963 als Direktor des psychologischen Instituts der Universität Hamburg sein Problem. Sein Institut wurde von Studenten besetzt, er selber vertrieben. Wegen seiner Dienste für die Imperialisten war er so verhaßt, daß er erst mal aus dem Verkehr gezogen werden mußte. (Er hatte 1963 eine Amnestie für Kriegsverbrecher gefordert und erklärt, nur Tötungen vor 1939 seien als Morde zu begreifen, alles andere sei Kriegsrecht gewesen. 1967 stattete er als offizieller Vertreter der Universität Hamburg der Rhodes University in Südafrika einen Besuch ab, um nach dem Rechten zu sehen..)

Weiß der Henker, ein großes Vorbild.
Nur eben die entsprechende Hingabe...Hofstätter kennzeichnet die Lage so: „Professoren und Studenten stehen einander gegenüber, als gelte es jeden Tag neue Tarifverträge auszuhandeln.." Bis auf das ‚gelte' ist der Satz richtig.
Es *gilt* Tarifverträge auszuhandeln, anders können die Studentenmassen dem Professorenpack nicht beikommen.

Krankenhausbeschäftigte verhindern die Durchsetzung des Ehrenbergprogramms

Sofortige Einstellung des Ehrenbergprozesses gegen Rainer Hans!

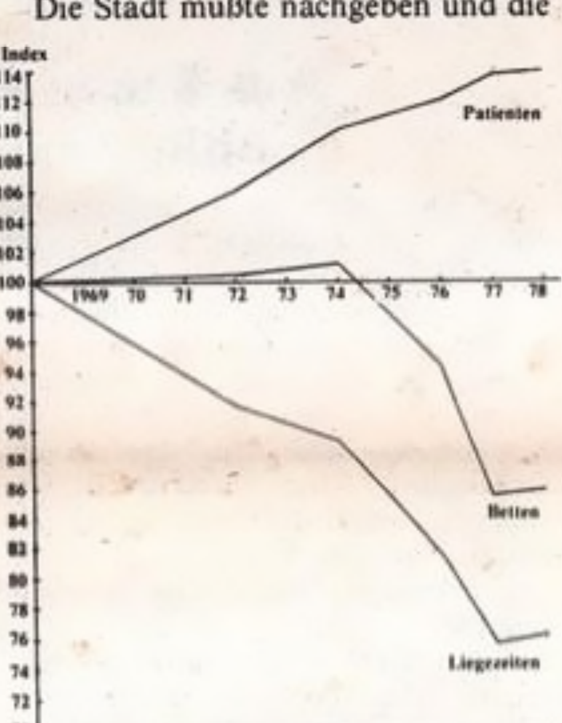
b.irs. Ehrenberg fühlt sich beleidigt, weil der KBW die Frage aufgeworfen hat, ob es jemanden gibt, der den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung nicht einen Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister u.a. nennt. Es hat sich keiner gefunden.

In den Krankenhäusern wird die Kostendämpfung heftig bekämpft und erfolgreich, wie man z.B. an den Haushaltsplänen der Stadt Lüneburg sehen kann.

Die Stadt macht steigende Defizite mit dem Städtischen Krankenhaus, besonders in den letzten zwei Jahren, 1978 sind es 750000 DM laut Haushaltsplan. Davon allein 20000 DM für die neu eingerichtete innere Intensivstation, Sauerstoff- und Lachgasanschlüsse kommen noch dazu. Sowohl die Intensivstation, als auch die Sauerstoff- und Lachgasanschlüsse sind von der Belegschaft gegen die Stadt erkämpft. Es sollte Schluß sein mit dem Zustand, daß es in diesem Schwerpunktkrankenhaus für die Landkreise Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg nur 8 Intensivbetten gibt, 5 davon in einem Zimmer und 3 weitere in einem weiteren.

Patienten mit Herzinfarkt und mit Vergiftungen, alles auf engstem Raum. Der Durchlauf betrug bis zu 22 Patienten am Wochenende bei 4 Kollegen pro Schicht, die sich die Hacken abwetzten und trotzdem die Versorgung nicht schafften.

Die Stadt mußte nachgeben und die



Im Kampf gegen das Ehrenbergprogramm haben die Beschäftigten der Hamburger Krankenhäuser Erfolge erkämpft. Die Liegezeiten in den Krankenhäusern steigen wieder an.

Intensivstation einrichten. Wenn schon, dann sollte es sparsam gehen, sollen die Kollegen doch die Sauerstoff- und Lachgasflaschen ranschleppen. Damit sind sie nicht durchgekommen. Zahlen mußte die Stadt, die Kosten wurden vom Land nicht getragen, da sie nicht im Rahmen der durch „Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerechtfertigten Kosten" liegen (Krankenhausfinanzierungsgesetz).

Hat Ehrenberg mit der Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vom November 1977 die kapitalistische Rationalisierung in den Krankenhäusern erzwingen wollen durch Senkung der Bemessungsgrundlagen für die Förderung von Investitionen, und mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz noch verabschieden lassen, daß alle Krankenhäuser unter 100 Betten geschlossen werden sollen, so konnte er sich weder mit der Rationalisierung noch mit der Bettenstreichung im gewünschten Umfang durchsetzen. In den genannten drei Landkreisen konnten sie nur 51% der geplanten Betten streichen, immerhin eine stattliche Summe von 1454 Betten. Unter der Forderung „Keine Schließung des Veerßer Krankenhauses" haben Kollegen in Uelzen am 1. Mai 1978 demonstriert.

So hat Ehrenberg im August 1978 eine erneute Novelle des Krankenhausfi-


Kommunistische Volkszeitung

Sofortige Einstellung aller Ehrenbergprozesse!

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Neuerscheinung *0,50 DM*

nanzierungsgesetzes beschließen lassen, die die Umwandlung der Krankenhäuser unter 100 Betten in Siechenstationen u.ä. festlegt und in dem 2 Monate darauf erschienenen Bedarfsplan der niedersächsischen Landesregierung wird auch das zurückgenommen, sie sollen gefördert werden, wenn sie wirtschaftlich arbeiten. So muß das Ehrenbergministerium lavieren gegenüber der Bewegung in den Krankenhäusern gegen die Kostendämpfung.

Jetzt will Ehrenberg die Bewegung unterdrücken, indem er die Abteilungen gegeneinander ausspielen will. Er hat die Kontrolle über jede Station angeordnet, in der „Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern" vom April 1978. Wurde bisher beim Lüneburger Krankenhaus z.B. in der Mitte des Jahres nur geprüft, wie es mit den geplanten Einnahmen und Ausgaben steht, und eine entsprechender Nachtragshaushalt beschlossen, so werden jetzt alle einzelnen Ausgaben und Einnahmen jeder Abteilung im Soll und Haben aufgeführt. Kaufmännische doppelte Buchführung wird eingeführt mit Bilanz und das Krankenhaus wird als Eigenbetrieb geführt. Die ganze Buchführung soll mit EDV-System zentral von der Landesregierung kontrolliert werden. Die einzelnen Abteilungen sollen auf Landesebene und in jedem Haus unter die Lupe genommen und gegeneinander ausgespielt werden.

So hofft Ehrenberg, besser sein Programm gegen die Beschäftigten in den Krankenhäusern durchsetzen zu können, das darin besteht, die Arbeiter von früher Jugend an den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung zu stellen und sie dann umzubringen, wenn sie aus der Produktion herausgeschleudert werden, weil ihre Arbeitskraft durch maßlose Auspressung von Mehrarbeit vernichtet wurde, um den Kapitalisten die Versicherungsgelder zur Verschärfung der Ausbeutung und Kriegsvorbereitung zur Verfügung zu stellen.

Ehrenberg ahnt, daß ihm die Kontrolle der Beschäftigten nicht viel helfen wird. Er fühlt sich deshalb beleidigt und führt die Richter ins Feld. Das kann gefährlich werden für ihn, wenn der Prozeß gegen den Genossen Hans genutzt wird, um der Bewegung gegen die Kostendämpfung Raum zu verschaffen und sie zusammenzuschließen für die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten. Dies wird erreicht durch Enthüllungen und Entschließungen gegen das Ehrenbergprogramm und für die Einstellung des Prozesses gegen den Genossen Hans.

Veranstaltungskalender

Montag, 8.Januar
Hamburg, 9.00 Uhr: Prozeß gegen Rainer Hans, Sekretär der KHG wegen Beleidigung des Schreibtischmörders Ehrenberg. Amtsgericht Altona, Raum 101.
Hamburg, ab 9.00 Uhr: Verabschiedung der Rekruten durch das Soldaten- und Reservistenkomitee, Bahnhof Altona

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Einkaufszentrum. Wandsbek, vor Karstadt. Mitte, Gerhard Hauptmann Platz. Altona, Einkaufszentrum. Osdorfer Born, Einkaufszentrum. Bergedorf, im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Stade, 17.00 Uhr: Bützfleth vor Vietz
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße
Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth

Dienstag, 9.Januar
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Montag. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbecker Marktstraße.
Stade 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Buxtehude,16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüchow,16.00 Uhr: TG-Markt
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar
Hamburg, 19.30 Uhr: Veranstaltung des Afrika-Komitees Hamburg zur Unterstützung des gerechten Befreiungskrieges des Volkes von Zimbabwe.
Es spricht ein Vertreter der ZANU zu der aktuellen politischen und militärischen Lage in Zimbabwe und zum Aufbau in den befreiten Gebieten. Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr.27, Hamburg 60

Mittwoch, 10. Januar
Hamburg, 20 Uhr: Diskussionsveranstaltung des Nahost-Komitees mit eritreischen Genossen zur Lage des Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea. Centro Popular, Rutschbahn 10 (Keller)

Donnerstag, 11.Januar
Hamburg, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung des Komitees gegen den §218. Thema: Kirche und freie Wohlfahrtsverbände, zusätzliche Mittel des Plünderungs- und Unterdrückungsapparats der Bourgeoisie.
Hamburg, 19.30 Uhr: Veranstaltung des SRK: „Der Aufstand in Ungarn 1956". Finkenwerder, Elbhalle.

1956". Finkenwerder, Elbhalle.

Das iranische Volk versetzt den AEG-Kapitalisten Schläge

Große Unterstützung für den Lohnkampf der westdeutschen Arbeiter

b.dip./uwz. Während die Stahlarbeiter in ihrem Kampf die Stahlbarone weichzukochen beginnen, sammelt die Belegschaft der AEG N4 innerhalb kürzester Zeit 220 DM zur Unterstützung ihres Kampfes. Von dem Kampf der Stahlarbeiter wird es entscheidend abhängen, ob die ständigen Lohnsenkungen auch in der metallverarbeitenden Industrie zumindest durch eine Mindestforderung von 86,50 DM aufzuhalten sind.
In dieser Situation ist die Nachricht für den Lohnkampf wirklich Gold wert, daß der AEG-Konzern und der Geschäftsbereich N4 „seine Berater" im Iran vor dem Kampf des iranischen Volkes schützen muß und nach Schleichwegen für die Flucht aus dem Land sucht. Noch klingen die markigen Drohungen der AEG-Belegschaft in den Ohren, daß „eine maßvolle Lohnpolitik betrieben werden muß", da man mit dem Lohnniveau mit den sogenannten Billiglohnländern der 3. Welt mitzuhalten.Spaltung triefte aus all diesen markigen Worten von der Geschäftsleitung, die immer wieder auf die „schwierige Konkurrenzlage" und auf die niedrigen Löhne verwies.
Daß dieses Spaltungsargument zerplatzt, ist dem Befreiungskampf des iranischen Volkes zu verdanken.
Die AEG hat im Iran eine Tochtergesellschaft, die ATIR. Das Kapital, das aus den Belegschaften in der BRD in Form von Profiten der Kapitalisten gepresst worden ist, wurde im Iran eingesetzt. Teile der Produktion wurden ausgelagert, um dort Arbeiter zu niedrigsten Löhnen auszubeuten. Als Aufseher wurden einige AEG-Berater im Iran eingesetzt. Über sie sollte abgesichert werden, daß der erreichte Stand der Produktionstechnik bei gleicher Intensität der Ausbeutung, aber viel niedrigeren Löhnen, riesige Extraprofite einbringt.
Außerdem wurde mit der iranischen Rüstungsfirma IEI, die unter Kontrolle des Schahregimes betrieben wurde, ein Nachbauabkommen für das Nachtsichtgewehrgerät BZ 2 über 35 Millionen DM abgeschlossen.
Desweiteren ein technisches Unterstützungsabkommen, ein Nachtsichtlabor und eine Modellwerkstatt für mehr als eine Million DM. Für 7 Millionen DM sollen BZ 2 Teile allein im Jahr 1979 von der AEG geliefert werden und für mehr als 1 Million DM im Jahr hielten sich AEG-Berater bei der IEI in Shiraz auf.
Mit dem Beginn des neuen Jahres sahen sich die AEG-Kapitalisten durch den Kampf des iranischen Volkes gegen das faschistische Schahregime und gegen die imperialistische Einmischung gezwungen, ihre Profitquellen im Iran fluchtartig zu verlassen. Die AEG mußte ein eigenes Evakuierungsprogramm für die AEG Vertreter anleiern, zumal jetzt noch bekannt wurde, daß der Evakuierungsplan der Bundesregierung für das restliche Imperialistenpack so wichtige AEG-Stützpunkte wie Shiraz gar nicht mit abdeckte. Hinzu kommt, daß so „verläßliche Kooperationspartner" wie die Geschäftsleitung der IEI schließen mußte, weil die Sicherheit der Geschäftsleitung und der AEG Berater durch die iranische Volksbewegung zum Teufel gegangen war.

„Wir werden belästigt!", lautet ihr Hilferuf. Die AEG Kapitalisten suchen nun fieberhaft nach Schleichwegen aus dem Land, da die Iran Air nicht mehr fliegt, die schon lange gekauften und immer wieder verlängerten Rückflugkarten wertlos geworden sind, das Flugpersonal streikt und nur noch Versorgungsflüge zuläßt. Hinzu kommt, daß der Zoll und das Flugsicherungspersonal streiken.

Hat das iranische Volk erst den letzten Vertreter des Auslandskapitals außer Landes gejagt, hat es sich von einer großen Last befreit.

Drohungen, die Produktion ganz oder teilweise in den Iran auszulagern, wenn sich die westdeutschen Arbeiter und Angestellten in ihren Lohnabschlüssen nicht maßvoll verhalten, ziehen als Spaltungsmanöver nicht mehr. Die AEG Kapitalisten können ihre Hoffnung auf Extraprofite durch die Ausbeutung des iranischen Volkes begraben. Es wird dadurch für sie ein Stück schwerer, Teile des Geldschaffen aus Mitteln der Extraprofite zu schmieren, um den Lohnkampf der Arbeiterbewegung zu spalten. Man muß sich daher nicht wundern, wenn die AEG Kapitalisten über ihre Offiziere der Ausbeutung im Betrieb über die angeblich Rückschrittlichkeit des iranischen Volkes hetzen, weil das iranische Volk und die Völker der Dritten Welt der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen eine große Stütze sind.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 78/79

Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre
8. bis 12.Januar, 20.00 Uhr.
Bergedorf: Lichtwarkhaus

Stalin Grundlagen des Leninismus
8. bis 12. Januar, 19.30 Uhr
Altona: 8. und 11. Januar Fachschule für Sozialpädagogik, Max Brauer Allee 134.
9., 10. und 12. Januar, Astra-Bierstuben, Thedestraße 51
Universität: 18.00 Uhr, Sitzungssaal Geomaticum, Bundesstraße.
Lüneburg: an der Münze, Stucksaal.

Mao Tse-tung Fünf philosophische Monographien
8. bis 12. Januar, 19.30 Uhr.
Eimsbüttel: Gymnasium Kaiser Friedrichufer 6.

Einführung in die Kritische Theorie
15. bis 19. Januar, 19.30 Uhr, Universität

Die Geschäfte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
15. bis 19. Januar, 20 Uhr, Stade

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland,
15.bis 19.Januar, 19.30 Uhr
Wandsbek, Schule Hasselbrook, Ritterstr.44

Sparkasse freut sich über Kreditaufnahme der Massen

b.uwh. Um 8,8% auf 14,5 Mrd. DM erhöhte sich die Bilanzsumme der Haspa 1978. 'Äußerst zufriedendstellend' findet Peter Mählmann, Vorstandssprecher der Haspa auch das Kreditgeschäft. Es wuchs um 10,5% auf 8,4 Mrd DM an. 68000 Privatdarl.mit einem Volumen von 550 Mio DM wurden abgeschlossen. Auch die Kontokorrentkredite (Kontoüberziehungen) nahmen deutlich zu. 8,8% oder 127 Mio. DM mehr kann die Haspa den Kapitalisten vorweisen - bare Münze für die Expansion. Profitieren tun diese Gangster einzig von der enger gewordenen Reproduktionsbasis der Massen. Für notwendige Anschaffungen, die über Nahrungsmittel hinausgehen, sind schon große Teile der Arbeiter gezwungen, sich bei der Sparkasse zu verschulden.

Stade: Fahrpreiserhöhungen zwischen 6 und 56% für 1979

b.heh. Nach dem Krieg hatte Peill in Stade mit ein paar klapprigen Bussen den Omnibusbetrieb aufgenommen. Inzwischen ist die Kraftverkehr GmbH (KVG) daraus geworden, die in Stade, Buxtehude und Umgebung im öffentlichen Personenverkehr ein Monopol hat.

Am 28.12.78 hat sie sich von der Bezirksregierung eine Preiserhöhung für die Stadt- und Überlandlinien genehmigen lassen und läßt für Jahresende bereits eine neue Erhöhung ankündigen.

Der Regelfahrschein wird um 6 bis 9% erhöht, ebenso die längeren Fahrstrecken (10 bis 20 km); zwischen 6 und 11% die Wochen- und Monatskarten. In dem häufigen Streckenbereich von 5 km beträgt die Preissteigerung bei Wochenkarten (auch für Schüler) 38 bis 39% und bei Monatskarten 32 bis 33%. Am ärgsten treibt es die KVG für die Strecke 1 bis 4 km; hier verlangt sie gleich 50 bis 56% mehr (von 6 DM auf 9 DM (SchüWoK), 8 DM auf 12,50 DM (WoK), 22 DM auf 33 DM (SchüMoK) und 29 DM auf 44 DM (MoK).

Wegen der derart horrenden Preiserhöhungen rechnen KVG und Bezirksregierung mit Widerstand. Sie ließen sich einen Trick einfallen: Die Erhöhungen sind zeitlich gestaffelt. Die neuen Tarife gelten für Einzelfahrscheine ab 8.1., für Wochenkarten ab 29.1., für Monatskarten ab 1.2. und für Schülerjahreskarten ab 1.8.!

km beträgt die Preissteigerung bei Wochenkarten (auch für Schüler) 38 bis 39% und bei Monatskarten 32 bis 33%. Am ärgsten treibt es die KVG für die Strecke 1 bis 4 km; hier verlangt sie gleich 50 bis 56% mehr (von 6 DM auf 9 DM (SchüWoK), 8 DM auf 12,50 DM (WoK), 22 DM auf 33 DM (SchüMoK) und 29 DM auf 44 DM (MoK).

Wegen der derart horrenden Preiserhöhungen rechnen KVG und Bezirksregierung mit Widerstand. Sie ließen sich einen Trick einfallen: Die Erhöhungen sind zeitlich gestaffelt. Die neuen Tarife gelten für Einzelfahrscheine ab 8.1., für Wochenkarten ab 29.1., für Monatskarten ab 1.2. und für Schülerjahreskarten ab 1.8.!

Eltern als kostenlose Lehrkräfte sollen Schule menschlicher machen

Hamburg-Unterelbe, Hamburg. Ab sofort können an allen Hamburger Grundschulen Eltern im Unterricht mitarbeiten und den „Schülern und Lehrern helfen“. Im letzten Jahr haben allein an 122 Schulen 1 546 Mütter und 39 Väter im Unterricht „geholfen“. Mit dieser Aktion will Schulsenator Grolle die „Schule menschlicher machen“.

Vandal-Ex: Spray gegen Klassenkampf

b.uwh. „Gegen Vandalismus – für einen sauberen Untergrund und für eine freundliche Umwelt“. Wo sich ein Markt bietet, findet sich schnell ein Kapitalist, der hineinstößt. Vandal-Ex heißt ein neuer Spray gegen „Protestaufschriften und Wandschmierereien“. In 10 Minuten soll der Spray Kunstharz- und Nitrokombinationslacke zersetzen, preist ein ungenannter Chemiekapitalist ein neues Produkt in einem Prospekt, daß er an die Zeitschrift „Die Polizei“ versandte. Ladenverkaufspreis pro Dose: 15 DM, bei Mengenbezug billiger.

Notstandsübung im „sibirischen Winter“

b.uwh. „Bundeswehr besiegt Schnee ... rettet Leben“, so lauten die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse. Eine gute Gelegenheit für die Generalität zu proben, wie weit ihre Unterdrückung gediehen ist, schweres Gerät wie Bergepanzer einzusetzen, um strategisch wichtiges Gebiet zu räumen und Dörfer zu „befreien“. Alarmbereitschaft wurde befohlen und Ausgangssperre verhängt. Doch trotz Arbeitsdienst und Schikane war die Unfähigkeit der Bourgoisie, mit den Schneemassen fertigzuwerden, unübersehbar. Selbst den Rekruteneinzug mußten sie verschieben. Tagelang waren 40 Dörfer in Schleswig-Holstein abgeschitten. Allein dem Zusammenschluß der Massen ist es zuzuschreiben, daß größerer Schaden für die Bevölkerung ausblieb.

Marissal würgt – Die Frensche Belegschaft läßt sich nicht spalten

b.fel. Am 1. Februar will Günther Marissal seine 8. Buchhandlung in Hamburg eröffnen. Es soll die neue Sprachenbuchhandlung am Gerhart-Hauptmann-Platz sein. Ursprünglich hatte er geplant, diese Buchhandlung als Filiale der Buchhandlung Frensche am Rathausmarkt deren Hauptinhaber er seit dem 18.12.78 ist, zu betreiben.

Er wollte die Sprachenabteilung von Frensche in den neuen Laden verlagern. Als er merkte, daß dieser Plan, der gleichzeitig eine starke Reduzierung der Frensche-Belegschaft vorsah, auf den hartnäckigen Widerstand der Belegschaft stieß, ließ er sich etwas besonders Schlaues einfallen: Am 18.12. ging er mit seinem Freund Heß, Teilhaber und bisheriger Geschäftsführer von Frensche, zum Notar, stieg zu ⅔ bei Frensche ein, ernannte sich zum Ober-, seinen Freund zum Untergeschäftsführer und gründete zusätzlich eine neue Firma, die Frensche International GmbH, die am Gerhart-Hauptmann-Platz als eigenständige Buchhandlung firmieren soll. Auch dort



1977. Die Beschäftigten der Buchhandlung Frensche gehen im Lohnkampf voran und stellen eine Forderung auf, unter der der Zusammenschluß hergestellt werden kann.

sind Heß und Marissal Teilhaber sowie Ober- und Untergeschäftsführer. Gleichzeitig ließen sie mitteilen, daß die Sprachenabteilung und die Bestellabteilung am Rathausmarkt aufgelöst wird und es nun jedem aus den beiden Abteilungen freisteht, sich am Gerhart-Hauptmann-Platz zu bewerben. Diejenigen, die dort nicht eingestellt werden und diejenigen, die sich nicht bewerben, sollen gefeuert werden

Was war das Ziel dieses Manövers? Die Belegschaft sollte aufgespalten, der Betriebsrat, der gerade neu gewählt worden ist, aufgeteilt und damit funktionsunfähig gemacht, die Mißliebigen vor die Tür gesetzt und die Kündigungsschutzrechte der einzelnen Kollegen durch Beendigung der Betriebszugehörigkeit beseitigt werden. Mit 2 kleinen Belegschaften, ohne Betriebsrat und Kündigungsschutz, so meinen die Kapitalisten, würde man leichter fertig werden. Offenbar haben Marissal und Heß darauf spekuliert, daß sie jetzt mit einer Flut von Bewerbungen für die 4 freien Arbeitsplätze überschüttet werden und sie dann nur verfahren brauchen nach dem Motto: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.

Die Rechnung ist bisher nicht aufgegangen, immer noch sitzen Ober- und Untergeschäftsführer im leeren Laden und warten.

Am 19. und 20. Dezember, auf dem Höhepunkt des „Weihnachtsgeschäftes“, fanden zwei weitere Betriebsversammlungen statt. Die Geschäftsleitung wollte dort zunächst nicht erscheinen. Deshalb wurde beschlossen, so lange, notfalls bis Weihnachten, zu warten, bis sich die Geschäftsleitung der Betriebsversammlung stellen würde. 4 Stunden, nachdem die Geschäftsleitung noch Stein und Bein geschworen hatte, daß sie nicht kommen würde, mußte sie einsehen, daß die Belegschaft die größere Ausdauer hatte und sich dazu bequemen, als Bevollmächtigte ihre Prokuristin Hoff zu schicken.

Sie versuchte, der Betriebsversammlung die Pläne von Marissal und Heß nahezubringen und ließ dabei noch heraus, daß bestimmte Leute, u.a. der gerade wiedergewählte Betriebsratsvorsitzende, sich erst gar nicht zu bewerben bräuchten, „da sich Herr Marissal auf einer Betriebsversammlung ein Bild von Ihnen gemacht hat.“ Auf Nachbohren gab sie zu, daß die politische und gewerkschaftliche Betätigung dieser Kollegen ausschlaggebend für diese Entscheidung sei.

Die Empörung darüber hat die Entschlossenheit der Kollegen, die Rationalisierungspläne zu durchkreuzen, nur noch bestärkt. Trotz einer weiteren schriftlichen Aufforderung, sich innerhalb von 14 Tagen bei der neuen Buchhandlung zu bewerben, trotz versuchter Kündigungen und Kündigungsdrohungen bleiben die Kollegen bei ihren Forderungen und bereiten weitere Schritte vor, sie durchzusetzen.

Keine Kündigungen! Keine Herabgruppierungen! Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen! Keine Aufspaltung der Belegschaft!

„... in drei Monaten die Arbeit von sechs Monaten ...“

b.hev. Am 17.12. ist in der Zuckerfabrik Uelzen die letzte Rübe verarbeitet worden. In der Kampagne 1978/79 sind damit etwa 10% weniger Rüben angeliefert worden als 1977/78. Wie wir schon früher in der KVZ berichteten, hängt das im wesentlichen damit zusammen, daß die EG-Kommission niedrigere Grundquoten für die Zuckerproduktion der Fabriken festsetzte und deshalb die Bauern nicht mehr so viel Zuckerrüben anbauen durften. Trotz verringerter Anbaufläche sind bei vielen Bauern noch Überrüben angefallen, die zum Preis von maximal 2,80 DM/dz an die Fabrik verschleudert werden müssen. Fürs nächste Jahr kann man gleich von einer weiteren Kontingentkürzung ausgehen. Gesprochen wird zur Zeit von 5%. Wer meint, in solchen Zeiten ginge es auch der Zuckerfabrik schlecht, der hat weit gefehlt. Auf jeden Fall soll auch in diesem Jahr eine Dividende von 12% ausgeschüttet werden, was

ten, hängt das im wesentlichen damit zusammen, daß die EG-Kommission niedrigere Grundquoten für die Zuckerproduktion der Fabriken festsetzte und deshalb die Bauern nicht mehr so viel Zuckerrüben anbauen durften. Trotz verringerter Anbaufläche sind bei vielen Bauern noch Überrüben angefallen, die zum Preis von maximal 2,80 DM/dz an die Fabrik verschleudert werden müssen. Fürs nächste Jahr kann man gleich von einer weiteren Kontingentkürzung ausgehen. Gesprochen wird zur Zeit von 5%. Wer meint, in solchen Zeiten ginge es auch der Zuckerfabrik schlecht, der hat weit gefehlt. Auf jeden Fall soll auch in diesem Jahr eine Dividende von 12% ausgeschüttet werden, was

bedeutet, daß der ausgewiesene Bilanzgewinn über 1,2 Mill. DM liegen wird. Dieser Gewinn ist aus den Knochen der Bauern als Rohstofflieferanten und der Zuckerfabrikarbeiter herausgeschunden worden.

Während der Laufzeit der Kampagne werden jedes Jahr etwa 150 zusätzliche Arbeiter eingestellt. Zusammen mit dem Stammpersonal von 450 Beschäftigten müssen sie dann die jährlich steigende Verarbeitungsmenge bewältigen und wissen schon bei der Einstellung im September, daß sie nach der Kampagne – meist ein paar Tage vor Weihnachten – wieder auf der Straße liegen. Von 1966/67 an haben die Zuckerkapitalisten die Tagesverarbeitungsmenge von 61000 dz auf 120000 dz steigern können, also um rund 100%. Auch wenn in diesen Jahren viel investiert worden ist, um diesen Ausstoß zu schaffen (jährlich zwischen 5 und 15 Mill. DM), so dienten diese Anlagen doch nur zur Rationalisierung und somit zur Erhöhung der Arbeitshetze. Die Belegschaft zur Zeit der Rübenverarbeitung hat sich nämlich in diesem Zeitraum praktisch nicht erhöht.

Ein Arbeiter berichtete uns:

„Wir haben hier zwar 10,50 DM in der Stunde gekriegt, was für Uelzen schon ein guter Lohn ist. Aber dafür haben wir auch Schicht arbeiten müssen unter erbärmlichen Bedingungen. Oft war es so, daß ich bei 35 Grad Filter ziehen mußte – Filter, durch die der Zuckersaft zur Reinigung gepreßt wird. Direkt anschließend jagt man uns schweißgebadet nach draußen. Klar, daß man das nicht lange mitmacht. Wer aber während der Kampagne krank wird, der wird mit Sicherheit im nächsten Jahr nicht wieder eingestellt.

erhöht.

Ein Arbeiter berichtete uns:

„Wir haben hier zwar 10,50 DM in der Stunde gekriegt, was für Uelzen schon ein guter Lohn ist. Aber dafür haben wir auch Schicht arbeiten müssen unter erbärmlichen Bedingungen. Oft war es so, daß ich bei 35 Grad Filter ziehen mußte – Filter, durch die der Zuckersaft zur Reinigung gepreßt wird. Direkt anschließend jagt man uns schweißgebadet nach draußen. Klar, daß man das nicht lange mitmacht. Wer aber während der Kampagne krank wird, der wird mit Sicherheit im nächsten Jahr nicht wieder eingestellt.

Anfang Dezember hat man z.B. einen Kollegen in der Schnitzeltrocknung bewußtlos gefunden. Bei rund 40 Grad Raumtemperatur hat sein Kreislauf nicht mehr mitgemacht. Ärztliche Versorgung gibt es natürlich nicht in der Fabrik. Also brachten wir ihn nach draußen, wo er durch die Kälte allmählich wieder zu sich kam, bis der Krankenwagen endlich ankam.

Ich kann nur sagen, ich bin bestimmt harte Arbeitsbedingungen gewöhnt, aber hier holen die in 3 Monaten die Arbeitsleistung von 6 Monaten aus dir raus.“

Arbeiter und Bauern haben gegenüber den Zuckerfabrikkapitalisten gleiche Interessen, nämlich die Beendigung der Profitschneiderei. Auf dieser Grundlage können sie sich für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Rübenpreise zusammenschließen.

Aus Liebe zur Natur – billige Lohnsklaven

b.ins. Die Jugend hätte die Liebe zur Natur wiederentdeckt, lügen die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse, wenn sie die ansteigenden Zahlen der Auszubildenden in den Bereichen Gartenbau und Landwirtschaft kommentieren. Tatsächlich gestiegen ist die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Gegenwärtig ist die BRD der größte Blumenerzeuger in Europa und bei den Baumschulerzeugnissen wird besonders der Kampf um ausländische Absatzmärkte geführt.

Billige Lohnarbeiter sind die Voraus-

ersichtlich, daß die Kapitalisten sich von der Neuregelung einiges versprochen haben, während erst die anhaltende Krise die „Naturliebe“ der Jugend erzwang. In einer Schrift vom Zentralverband Gartenbau heißt es zur Neuregelung der Ausbildung: „Die Ausbildung ist in allen Schwerpunkten so breit angelegt, daß nach der Abschlußprüfung eine Tätigkeit in verschiedensten Schwerpunkten des Gartenbaus möglich ist.“ (Schwerpunkte sind z.B. Zierpflanzen-, Gemüse- und Obstanbau sowie die Baumschulen.) Mit dem

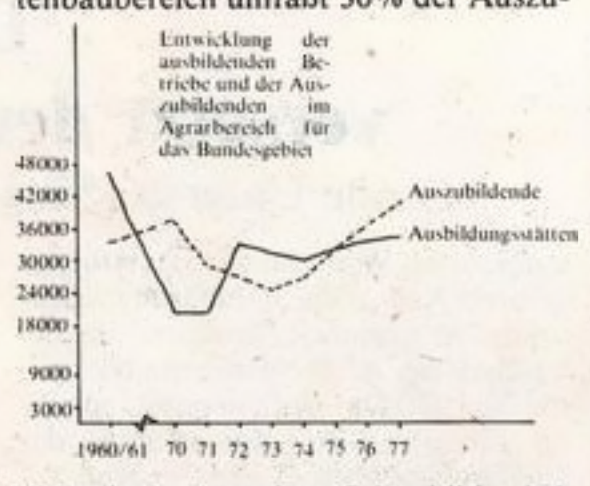
Aus Liebe zur Natur – billige Lohnsklaven

b.ins. Die Jugend hätte die Liebe zur Natur wiederentdeckt, lügen die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse, wenn sie die ansteigenden Zahlen der Auszubildenden in den Bereichen Gartenbau und Landwirtschaft kommentieren. Tatsächlich gestiegen ist die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Gegenwärtig ist die BRD der größte Blumenerzeuger in Europa und bei den Baumschulerzeugnissen wird besonders der Kampf um ausländische Absatzmärkte geführt.

Billige Lohnarbeiter sind die Voraus-

setzung, diese Schlacht um den Profit erfolgreich zu bestehen. Und Lehrlinge sind besonders billige Arbeitskräfte. Ein Gärtnerlehrling (Obstbau oder Baumschule) erhält im 3. Lehrjahr ganze 355 DM.

1972 wurde die Ausbildung im Gartenbau gesetzlich neu geregelt (der Gartenbaubereich umfaßt 30% der Auszu-



bildenden). Aus dem Schaubild wird

ersichtlich, daß die Kapitalisten sich von der Neuregelung einiges versprochen haben, während erst die anhaltende Krise die „Naturliebe“ der Jugend erzwang. In einer Schrift vom Zentralverband Gartenbau heißt es zur Neuregelung der Ausbildung: „Die Ausbildung ist in allen Schwerpunkten so breit angelegt, daß nach der Abschlußprüfung eine Tätigkeit in verschiedensten Schwerpunkten des Gartenbaus möglich ist.“ (Schwerpunkte sind z.B. Zierpflanzen-, Gemüse- und Obstanbau sowie die Baumschulen.) Mit dem

BGJ, das jetzt im August 1979 im Bereich „Agrarwirtschaft“ eingeführt wird, wird die ‚Flexibilität‘ weiter erhöht sowie der Lohn gedrückt. Lernen sollen die Jugendlichen dort, „mit Geräten und Maschinen umgehen zu können und grundlegende Arbeitstechniken (zu) beherrschen“ sowie die Bereitschaft, „eine harmonische Entwicklung der Natur und Umwelt zu fördern“. Harmonisch wird's dem Kapitalisten ums Herz, wenn er seine Lehrlinge unbezahlt Überstunden schaffen läßt oder was auch gängig ist, die Lehrlinge bei Schlechtwetter arbeiten läßt, wo sie dann alle anfallenden Arbeiten verrichten müssen. Knapp die Grundfertigkeiten beherrschen und bei einem Bruttostundenlohn von 9,14 DM (ungelernter Gartenarbeiter) gezwungen zu sein, Überstunden zu schieben, das sind die Absichten der Kapitalisten.

Trotz großer Anstrengungen – die Bezirksregierung konnte ihre Aufträge nicht erfüllen

b.mas. Lüneburg. Mit 14,4% liegt das Pro-Kopf-Brutto-Sozialprodukt in Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt. Die Ursache dafür ist die hohe Konzentration der Landwirtschaft in Niedersachsen. Die Industriekapitalisten wollen Abhilfe schaffen und bis 1985 136000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft freisetzen. Jede Arbeitskraft, die keinen Mehrwert in den Fabriken schafft, ist der Kapitalistenklasse ein Dorn im Auge. Der Staatsapparat soll das Geschäft des Bauernlegens forcieren und den Kapitalisten die Arbeitskräfte frei Haus liefern. Die Landesregierung hat das Unterelbegebiet und den Raum Lüneburg zu Entwicklungsräumen erklärt. Mit 43 bzw. 63 Industriearbeitern auf 1000 Einwohner weisen diese Gebiete die geringste Dichte an Industriearbeitern auf. Bis 1985 soll die Anzahl der Industriearbeiter im Raum Unterelbe um 58,8% und im Raum Lüneburg um 47,1% gesteigert werden.

Ob Soltau-Lüneburg-Abkommen, Flurbereinigung oder Anschluß an den zentralen Wasserverband, die Bauern bekämpfen jede Maßnahme der Bezirksregierung, die ihren Ruin beschleunigt. Mit der Bezirksreform hat die Bourgeoisie sich ein Mittel geschaffen, von dem sie sich verspricht, die Klassenkämpfe besser unterdrücken zu können und die Interessen des Finanzkapitals rascher durchsetzen zu können. Zentralisierung der Verwaltung soll das Zaubermittel der Bourgeoisie sein. Ab.1.2.78 sind die Altbezirke Lüneburg und Stade zu einem Regierungsbezirk Lüneburg zusammengefaßt, der das Gebiet zwischen Cuxhaven und Celle erfaßt und mit einer Fläche von 15330 qkm fast so groß ist wie ganz Schleswig-Holstein. Zentral aus der Regierungsstadt Lüneburg soll die Unterdrückung der Volksmassen gesteuert und die Mästung der Kapitalistenklasse betrieben werden. Wandhoff, Spezialist in Sachen Zonenrandförderung, ist als Regierungspräsident eingesetzt worden und zieht Ende des Jahres Bilanz.

Mit hohen Subventionen sollen die Kapitalisten gelockt werden, um im Zonenrandgebiet zu investieren, um die billigen Arbeitskräfte auszubeuten. 14,2 Mio. DM sind den Kapitalisten im Regierungsbezirk aus Steuergeldern der Arbeiterklasse zugeschoben worden, zusätzlich noch 32 Mio. DM für Infrastrukturmaßnahmen. Zu letzteren gehört z.B. die Kläranlage der „Kraft“-Käse-Kapitalisten in Soltau, die zu 50% aus Steuergeldern finanziert wurde. Bezahlung des konstanten Kapitals aus Steuergeldern – nichts anderes verbirgt sich hinter der Arbeitsplatzbeschaffung der Bourgeoisie. Während des ganzen Jahres 1978 betrug die Arbeitslosigkeit im Landkreis Lüchow-Dannenberg z.B. mehr als 10%. Hat die Bourgeoisie die Aufblähung ihres Polizeiapparates stets im Kampf gegen die Kriminalität gerechtfertigt, so gibt Wandhoff in seinem Jahresrückblick zu, daß die Regierung dazu überhaupt nicht in der Lage sei. „Eine Vielzahl von Polizeieinsätzen war notwendig, aufgrund von Demonstrationen gegen Kernkraftwerke, gegen die Ansiedlung von US-Streitkräften und zur Terroristenfahndung.“ Weil dadurch die Kräfte der Kripo gebunden waren, ging die Aufklärungsquote zurück. In den Jahren 1973 bis 77 ist die Anzahl der Straftaten in Niedersachsen von 160000 auf 400000 gestiegen. Weniger als die Hälfte konnte die Bourgeoisie aufklären. Sie geht jetzt verstärkt auf Ausbau des Unterdrückungsapparates. 100 Mio. DM hat sie im letzten Jahr ausgegeben für den Neubau der Staatsanwaltschaft, Um- und Erweiterungsbauten der Strafanstalten Celle I und II und Verden, sowie neue Polizeidienstgebäude in Rotenburg und Cuxhaven.

Mit der Zusammenlegung der Bezirke Stade und Lüneburg handelt die Bourgeoisie sich zusätzliche Widersprüche mit den Beschäftigten ein. Zum 1.2.1979 sollen 80 Kollegen aus Stade ihre Arbeit in Lüneburg antreten. Das bedeutet Fahrzeiten bis zu drei Stunden täglich. Diese 80 Beschäftigten werden in die alten Diensträume der Bezirksregierung hineingestopft, so daß es überall reichlich eng werden wird. Das sind gute Bedingungen für den Zusammenschluß der Kollegen im öffentlichen Dienst mit den Arbeitern und Bauern gegen die Bezirksreform.

OVG Lüneburg gibt grünes Licht für KKW Krümmel

Leimrute für die Opportunisten ist ausgelegt

b.reb. Amm 22.12.78 verkündete das OVG Lüneburg seine Berufungsentscheidung zum Standortvorbescheid des KKWs Krümmel. Gleichzeitig ließ es mittels einer Presseerklärung verbreiten, es habe den Klagen ,,teilweise stattgegeben", was nur eine betrügerische Umschreibung dafür ist, daß die Klagen im wesentlichen abgelehnt wurden. Interessant an dem Urteil – soweit es durch Radiomeldungen und Presseerklärung des Gerichts bekannt ist, die schriftlichen Gründe liegen noch nicht vor – ist vor allem der sich in ihm niederschlagende Versuch, durch Scheinzugeständnisse die Bewegung gegen das Energieprogramm zu spalten. Bekanntlich versuchen die Opportunisten, in dieser Bewegung den Kampf gegen die KKWs herunterzu bringen auf die ,,wissenschaftliche" Auseinandersetzung um die Gefährlichkeit der Atomenergie an sich. Ebensowenig wie sie das Energieprogramm als Teil des Konkurrenzkampfes und der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten sowie ihrer Unfähigkeit, die Produktivkräfte zu entwickeln, ohne Mensch und Natur zu zerstören, angreifen, erkennen sie die Fähigkeit der Arbeiterklasse an, unter eigener Herrschaft auch Techniken wie die Kernenergie zu beherrschen und für die Entfaltung der Produktivkräfte nutzbar zu machen.

Ebenso wie Albrecht diese offene ideologische Flanke in der Bewegung mittels eines wissenschaftlichen Kongresses zur Spaltung nutzen will, haut auch das OVG in diese Kerbe. Hatte das Verwaltungsgericht Schleswig in 1. Instanz die Klage noch rundweg abgewiesen – zum damaligen Zeitpunkt hatte die Bewegung gegen die KKWs noch keine machtvollen Aktionen durchgeführt – so versucht der 7. Senat des OVG sich als sorgfältiger Überprüfer aller Sicherheitsbedenken herauszuputzen. ,,Der 7. Senat des OVG sieht zwar den Normalbetrieb des Siedewasserreaktors als wahrscheinlich gefährlich an. Er will aber bei Störfällen die von ihm einkalkulierten Risiken für die Bevölkerung durch Sicherheitsauflagen so gering wie möglich halten" (Umschau am Abend, 22.12.78). Folgendes sind diese Auflagen:

1. Die Abstrahlung von Radioaktivität müsse deutlich unter den in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Werten bleiben, da in Krümmel die Gefahr des schädlichen Zusammenwirkens von radioaktiven und chemischen Schadstoffen besonders hoch sei.

2. Das KKW Krümmel darf wegen der Milchwirtschaft in der Umgebung nur die vorgeschriebene Mindestmenge von radioaktivem Jod abgeben.

3. NWK und HEW müssen vor Inbetriebnahme nachweisen, daß die radioaktiven Spaltprodukte das z.T. noch aus der Erde gewonnene Hamburger Trinkwasser nicht gefährden und nicht belasten. (zit. nach Umschau am Abend)

Das Kieler Sozialministerium hat gleich erklären lassen, daß diese Auflagen sich in etwa mit dem decken, was es selbst für die weiteren Genehmigungen vorgesehen hätte. Schon das macht den abgekarteten Charakter der Auflagen deutlich, so daß NDR II zu Recht kommentiert: ,,Die Auflagen stellen sicherlich kein unüberwindbares Hindernis für das Anlaufen des KKWs dar." Trotzdem lobt NDR II das Gericht wegen der ,,neutralen" und ,,sorgfältigen" Begutachtung: ,,Vor allem hat zum ersten Mal ein OVG so sorgfältig und ausführlich versucht, das Problem des schädlichen Zusammenwirkens von radioaktiven und chemischen Stoffen auf die Umwelt zu erforschen. Mehr noch, der 7. Senat hat mit seinen Auflagen die Gefährlichkeit des Zusammenwirkens bejaht, obwohl die Richter betonen, diese Problematik sei noch längst nicht hinreichend untersucht. Bemerkenswert ist ferner, daß der 7. Senat des OVG Lüneburg den ja besonders störanfälligen Typ des Siedewasserreaktors mit gehöriger Skepsis beurteilt" (Umschau am Abend).

Wie sehr dieses Urteil einzig auf die Spaltung der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm berechnet ist, macht auch die Presseerklärung des Gerichts deutlich, die am selben Tag herausgegeben wurde, während die Urteilsgründe immer noch nicht schriftlich vorliegen. Nur ganz kurz und ohne weitere Ausführungen erklärt das Gericht, daß es einige Auflagen gemacht habe. Fast die ganze Presseerklärung ist dann der Ausführung darüber gewidmet, daß jetzt noch alles offen sei. Schließlich wäre es in diesem Verfahren nur um den Standortvorbescheid gegangen, während der wirkliche Streit um die Errichtungs- und Betriebsgenehmigungen geführt würde, worüber das OVG im Jahre 1979 entscheiden würde. ,,Die Entscheidung des Gerichts bestätigt zwar die im Vorbescheid ausgesprochene grundsätzliche Eignung des Standortes, ermöglicht den Klägern jedoch die sich aus den Besonderheiten dieses Standortes in der Nähe eines industriellen Ballungsraumes ergebenden Konsequenzen, z.B. im Hinblick auf notwendige Sicherheitsreserven, gegenüber den Errichtungs- und Betriebsgenehmigungen gerichtlich geltend zu machen."

Die Massen sollen auf die Gerichte setzen, weil diese ja ,,so ernsthaft und objektiv" urteilen...

In Gorleben hat die DWK jetzt – trotz bestehender ,Rechtsunsicherheit' – ihre Pläne veröffentlicht: Anlage eines Hafens, einer 30 m breiten Schneise von der Entsorgungsanlage nach Lüchow, Autobahnzubringer, Überlandleitungen. Die Bourgeoisie ist wild entschlossen, die verlorene Zeit bei ihrem imperialistischen Energieprogramm aufzuholen. Die Schauprozesse sollen davon ablenken und Illusionen schüren, bis die Massen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Bauern in Lüchow haben diesen Manövern die passende Antwort erteilt.

Billiger Strom für die Kapitalisten – Ruinierung der Bauern

b.hej. Riesige Mengen Kühlwasser werden zum Betreiben der Kernkraftwerke gebraucht. Nach eigenen Angaben braucht ein 1200 MG Kernkraftwerk 1000 l in der Sekunde zur Kühlung. 90% des vorbeifließenden Wassers steht den Betreibern zur Verfügung. Mitte der 80iger Jahre, so haben die bürgerlichen Wissenschaftler errechnet, soll jede in der BRD vorhandene Wasserkapazität zur Kühlung ausgeschöpft sein. Die Wasserentnahme aus der Elbe hat direkte Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel, der dadurch gesenkt wird. Dadurch verschlechtert sich die landwirtschaftliche Nutzung und die Trinkwasserversorgung. Um die Industriegebiete um Hamburg mit billigem Strom zu versorgen, werden die Bauern im Umland ruiniert. Schon heute liegt die Temperatur der Elbe im Sommer bei ca. 24 Grad. Bis auf 28 Grad darf nach dem Wärmelastplan der Elbe die Temperatur ansteigen. Messungen in der Nähe von Kernkraftwerken haben Erwärmungen um 6 bis 8 Grad ergeben. Bereits bei 27 Grad sinkt die Artenzahl der Fische. Verstärkte Algenbildung mit hohem Sauerstoffverbrauch nimmt zu. 1972 lag der Sauerstoffgehalt bereits bei Stade zwischen 2 und 5 mg pro Liter. Bei 4 mg über längere Zeit stirbt der Fluß ab.

Energie für Expansion und Krieg

Von wegen, ,,ohne KKWs steigen die Preise" – geplündert haben die Kapitalisten schon immer

b.uwh./ulh. 1973 einigten sich die westdeutschen Finanzkapitalisten auf das imperialistische Energieprogramm. Der Kampf der Massen verhinderte eine zügige Durchsetzung. Immer wieder versucht die Bourgeoisie mit Drohungen über drastische Erhöhungen der Strompreise, die Zustimmung zum Energieprogramm zu erzwingen.

,,Die OPEC-Länder werden mit Sicherheit dafür sorgen, daß wieder zur Dollarparität von 2,50 DM abgerechnet wird und wenn die Kaufkraft nicht kommt, werden die Preise steigen, daß uns Hören und Sehen vergeht", heuchelte der Esso-Chef Oehme in der Welt vom 30.12., und: ,,ohne KKWs werden die Preise steigen".

Geplündert haben Kapitalisten und bürgerlicher Staat über die Strompreise schon immer. Mußten die Massen 1975 für 96,369 Mrd. kWh 15,352 Mrd. DM zahlen, so wurde den Kapitalisten für 12,175 Mrd. DM 129,590 Mrd. kWh geliefert. Der Durchschnittserlös der Elektrizitätsunternehmen stieg von 1950 0,08 DM/kWh auf 0,12 DM/kWh 1975 (KVZ-Quellenheft, Die SPD an der Regierung II, S.9). In Hamburg plündert die HEW über 4 verschiedene Tarife: Tarif I = 14,5 Pf/kWh, Tarif II = 10,5 Pf/kWh, Kleinverbrauchstarif = 45 Pf/kWh und diverse Sondertarife, z.B. für Reynolds von 2,1 Pf kWh. Darüber hat die HEW (senatseigen) dicke Profite gemacht, ihr Jahresüberschuß stieg von 1973 61 Mio. DM auf 1977 83 Mio. DM. Der Umsatzerlös von 893 Mio. DM (1973) auf 1489 Mio. DM (1977). Knapp ist Energie auch nie gewesen, nur nicht profitabel genug für das Streben der Kapitalisten nach Höchstprofiten. Deshalb haben die Kapitalisten auch die Kohleförderung drastisch reduziert – Erdöl war profitabler. Folgendermaßen hat sich der Energieverbrauch entwickelt:

Entwicklung des Energieverbrauchs bis zum Energieprogramm ab 1975: Schätzung der Bundesregierung

	1961	1965	1970	1972	1975	1980	1985
Steinkohle	57,2	43,2	28,8	23,6	19,1	17,0	15,0
Braunkohle	13,6	11,4	9,1	8,7	9,9	8,0	7,0
Mineralöl	24,9	40,8	53,1	55,4	52,1	50,0	45,0
Wasserkraft	2,2	2,0	1,7	1,4	-	-	-
Kernenergie	-	-	0,6	0,4	2,0	6,0	13,0
Nettoeinfuhr	14,9	34,8	50,0	54,8	-	-	-

(Quelle, Bundesdrucksache 7/1057, Bundesdrucksache 8/570)

Weil die Imperialisten Energie massenhaft und jederzeit zur Hand haben wollen, um zu expandieren, andere Länder in Abhängigkeit zu bringen und kriegsfähig zu sein, wollen sie von den OPEC-Ländern unabhängig werden, bzw. sie möglichst noch unter Druck setzen. Dazu dient das Energieprogramm, die Umstellung auf Kernenergie und die Einschränkung der Energieabgabe an die Massen.

Jeder Schlag, den die Völker der Dritten Welt den imperialistischen Energiemonopolen versetzen, jeder Erfolg der Massen gegen die Energie-,,sparmaßnahmen" und die Errichtung von Kernenergieanlagen schwächt die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten.

Die Gesellschaft für Kernenergieforschung in Geesthacht gab kürzlich ihre Forschungsaufträge bis 1982 bekannt. Einer besteht in der Gewinnung von ,,Uran aus Meeresstoffen", natürlich in den Gewässern der 3.Welt. Auch ein Bestandteil des imperialistischen Energieprogramms, Raub der Rohstoffe der unterdrückten Völker mittels technischer Überlegenheit und ganzer Flotten von ,,Forschungsschiffen".

Weil die Imperialisten mit ihren Raubereien auf immer härteren Widerstand der 3.Welt stoßen und auch in den eigenen Metropolen mit den Energieprogrammen nicht wie geplant vorankommen, senken sie die Energieabgabe an die Massen.

15,4 Mio. DM hat der Hamburger Senat im Haushaltsjahr für 79 für ,,Heizernergiesparende Maßnahmen" veranschlagt. Zu 90% besteht dieses Programm aus Einbau von Termopen scheiben (Bericht des Bauausschusses vom 1.11.78). Die Kosten werden auf die Mieten abgewälzt. Die hessische Landesregierung unternahm jetzt einen Vorstoß, gestützt auf das Energieeinsparungsgesetz von 73: In Bauten des Landes soll die Temperatur des Brauchwassers auf 60° begrenzt werden und die Raumtemperatur soll 20° nicht überschreiten. ,,Ständiges Lüften durch Fenster verursacht unnötige Wärmeverluste." (Erlaß vom 5.12.78) An Benzin soll auch gespart werden, Oehme meint, kleinere Autos sollen gebaut werden. Die Park und Ride-Kampagne des Senats dient dem auch.

Am 5. Januar kündigte Wirtschaftssenator Nölling an, man wolle einen Verbund des Stromnetzes der DDR, Polen und der Sowjetunion mit der BRD. ,,Uns liegt am Wachsen des Lebensstandards in der DDR", und die Kapazitäten der BRD wären längst nicht ausgelastet. Die DDR zu versorgen mache keine Schwierigkeiten...

Einmischung, Expansion und Raub ist das Programm der westdeutschen Imperialisten. Die Arbeiterklasse und die Völker der Welt machen es zunichte.

Ziel: Rekordanteile am Weltseehandel

b.obj. Während die Hamburger Hafenkapitalisten nach jedem Rekordergebnis Zufriedenheit verbreiten, wollen sie in Wirklichkeit größeren Anteil am Weltseehandel, wie man dem neuen Jahresbericht des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe entnehmen kann. Sie beklagen sich, ,,daß der mengenmäßige Anteil des über die deutschen Seehäfen bewältigten Güterverkehrs am gesamten Welthandel gesunken ist (1970=2,6%; 1977 geschätzt 2,2%)". Dabei ist es für die Seehafenkapitalisten kein Trost, daß ,,der Welthandel mit einem Anteil mit 3,6% bez. 3,8% eine aufwärts gerichtete Tendenz aufweisen konnte".

Welthandel und Außenhandel der BRD – in Mrd. DM –

	Welt	BRD	Anteil %
1950	523,02	19,73	3,8
1960	1 100,62	90,76	8,2
1970	2343,52	234,92	10,0
1976	5044,40	478,81	9,5
1977	5258,00	508,79	9,7

Die Agressivität des westdeutschen Imperialismus beim Vorstoß auf den Weltmarkt kann man gut durch einen Vergleich der entsprechenden Steigerungszahlen sehen.

– Steigerungszahlen in % –

	Welt	BRD
1960	+ 110,4	+ 359,5
1970	+ 113,1	+ 159,1
1976	+ 115,2	+ 103,8
1977	+ 4,2	+ 6,3

Solche Weltanteile wollen die Kapitalisten nicht nur wertmäßig am Handel sondern auch mengenmäßig im Güterverkehr über westdeutsche Häfen. Doch da sind sie die letzten Jahre zurückgefallen von 5 auf 4,3%.

Weltseeverkehr und Anteil über westdeutsche Häfen in Mio.t

	Welt	BRD	Anteil %
1971	2575	129	5,0
1972	2762	131	4,7
1973	3120	145	4,6
1974	3247	158	4,9
1975	3043	134	4,4
1976	3320	149	4,5
1977	3431	146	4,3

Superprofite des Ölmonopols Esso

b.rus. Die Dollaraggression der OPEC-Länder hat die westdeutschen Mineralölkapitalisten jubeln lassen. Oehme, Vorstandsvorsitzender der ESSO-AG, hat bereits Anfang Dezember bekanntgegeben, daß in den ersten neun Monaten 1978 ein Gewinn von 120 Mio. DM gemacht worden ist gegenüber 56 Mio. DM Verlust im Vorjahr. Dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten vertraute er bei dieser Gelegenheit an, ,,daß die OPEC-Länder versuchen werden, zumindest einen Teil der durch den Dollarkursverfall eingetretenen Kaufkraftverluste auszugleichen". (FAZ)

Jetzt, wo die Erdölpreiserhöhung von knapp 15% auf dem Tisch liegt, stimmt Oehme ein in das heuchlerische Gekreische von wegen ,,unverantwortlicher Preispolitik der OPEC" und nach weiteren eigenen Preiserhöhungen bei Mineralölprodukten. Bei den Ölmonopolen tritt besonders krass der räuberische und schmarotzende Charakter des Imperialismus zutage. Plünderung der Ölvorkommen der OPEC-Länder ist die eine Quelle von Profit und Extra-Profit, ständig verstärkte Ausbeutung der Arbeiter hier die andere.

	Profit (Mio. DM)	PR %	MR %
70	36,25	3,37	21,4
71	136,06	11,82	70,5
72	98,45	8,22	48,8
73	547,86	35,29	251,2
74	590,40	33,02	250,9
75	50,66	2,75	18,0

(PR = Profitrate; MR = Mehrwertrate)

Selbst bei diesen aus den Bilanzen errechneten Zahlen stechen die Superprofite der Esso-Kapitalisten insbesondere während und nach der Ölpreiserhöhung 1973 ins Auge. Aus einer um ein Drittel verkleinerten Belegschaft haben die Esso-Kapitalisten in diesem Zeitraum das Dreifache herausgeholt (3,5 Mio. DM Umsatz pro Beschäftigte 1976). Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Völkern der Dritten Welt wird auch den Öl-Imperialisten das Kreuz brechen.

Pazifismus à la Böll: Verteidigung der ungerechten Kriege

Heinrich Böll: ,,Wo warst du, Adam?"

z.bag. 1951 veröffentlichte Heinrich Böll als Beitrag zur sogenannten ,,Trümmerliteratur" der Nachkriegsjahre seinen ersten Roman, ,,Wo warst du Adam?". Dem Text sind zwei Zitate als Motto vorangestellt. Das eine lautet: ,,Eine Weltkatastrophe kann zu manchem dienen. Auch dazu, ein Alibi zu finden vor Gott. Wo warst du Adam? Ich war im Weltkrieg" (Theodor Haecker, katholischer Kulturphilosoph). Das andere: ,,. . . der Krieg ist kein richtiges Abenteuer, er ist nur Abenteuer-Ersatz. Der Krieg ist eine Krankheit. Wie der Typhus." (Antoine de Saint-Exupéry, französischer Dichter und Aufklärungsflieger, zuletzt im Dienst von De Gaulle).

Mit dieser Interpretation des Zweiten Weltkrieges als Katastrophe und als Seuche knüpft Böll an die Erfahrungen der Massen mit dem Faschismus und dem Elend der Nachkriegsjahre an. Gleichzeitig deuten die Zitate bereits in die Richtung, in der Böll die Frage nach der Verhinderung eines neuen imperialistischen Krieges beantwortet: Krieg ist unvermeidlich wie ein Naturereignis, und: nur Gott kann helfen.

Im Roman selbst schildert Böll Aktionen deutscher Truppeneinheiten auf dem Balkan während der letzten Monate vor der Zerschlagung des deutschen Imperialismus durch die Roten Armeen. Es geht in diesen Geschichten um Kampfhandlungen, um Alkohol und um Frauen. Alle Kapitel enden tragisch, meist mit dem Tod. Auch die Hauptfigur des Buches, den Ingenieur Feinhals, der heil aus Ungarn zurückkehrt, ereilt der Tod am Ende noch auf der Schwelle des eigenen Elternhauses.

Mag sein, daß eine solche Darstellung des Zweiten Weltkrieges aufrüttelnd wirkt und ein Angriff auf die Verherrlichung der Schlachten durch die reaktionäre Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie ist. Die negative Tendenz ist sicher ein Grund dafür, daß Bölls Werk viel gelesen wird. Bölls Kritik am Krieg ist in Wirklichkeit jedoch nicht die Spur fortschrittlich.

Nirgendwo im ganzen Roman wird gesagt, was die deutschen Truppen auf dem Balkan bezweckten und was dagegen das Ziel der nationalen Befreiungsarmeen war. Die Schilderung bleibt ganz auf der Erscheinungsebene. Mit keinem Wort unterscheidet Böll zwischen dem ungerechten Krieg der imperialistischen deutschen Armee und dem gerechten Befreiungskrieg der Völker im östlichen Europa. Der 2. Weltkrieg wird unhistorisch als Krieg an sich dargestellt und als solcher verurteilt: Krieg ist Krieg, ist Blutvergießen und Elend. Wieder knüpft Böll hier an die Erfahrungen der Volksmassen an. Geschickt lenkt er dabei den Haß gegen die Verantwortlichen des Krieges auf die Geleise des Pazifismus. Ja, an einer Stelle greift er direkt den Befreiungskampf des ungarischen Volkes an, indem er schildert, wie eine deutsche Stellung in Ungarn, die bis auf wenige Mann (darunter Verwundete) schon geräumt ist, von der revolutionären ungarischen Armee ,,sinnlos" zusammengeschossen wird, wobei auch der Hausmeister des Quartiers und seine rote Fahne fallen.

Entsprechend dieser Kritik am ,,Krieg an sich" stoßen die deutschen Besatzungssoldaten Bölls Darstellung zufolge nirgendwo auf Widerstand bei den Volksmassen in den besetzten Ländern. Im Gegenteil: bis auf einige mißtrauische Personen sind alle freundlich. Es bahnen sich Liebesbeziehungen zwischen Frauen der besetzten Länder und Besatzungssoldaten an. Sicher hat es das gegeben. Imperialistische Kriege beruhen nicht auf Widersprüchen zwischen der Arbeiterklasse verschiedener Länder, sondern auf Widersprüchen zwischen verschiedenen nationalen Finanzbourgeoisien im Kampf um die Aufteilung der Welt. Böll macht daraus einen Mythos der Liebe als versöhnende Macht und unterschlägt dabei gekonnt die heldenhaften Partisanenkämpfe der Völker Osteuropas gegen den Faschismus. Als zweiten tröstend-versöhnenden Faktor setzt Böll die Religion ein. Rührend erneuert z.B. Feinhals während der Raubzüge seines Truppenteils überall die Blumen vor Bildern der Mutter Gottes. Damit sühnt er – so Böll – die Schuld, die er täglich durch das Töten auf sich lädt.

Mit seiner Verurteilung des ,,Krieges an sich " nimmt Böll seine Verursacher, hier: die imperialistische Bourgeoisie des deutschen Faschismus, aus dem Schußfeld. Zwangsläufig endet das damit, daß er die Volksmassen selbst für den 2. Weltkrieg verantwortlich macht. An einer Stelle von ,,Wo warst du, Adam?" heißt es entsprechend, daß ,,die meisten" wild nach Orden seien und sich deshalb für Hitlers Kriege begeisterten. Diese Kollektivschuld-These wiederum (vertreten vor allem von den westlichen Besatzungsmächten) führte dazu, das Elend der Nachkriegszeit in dem Sinne auszulegen, daß der Mensch sein Kreuz tragen, sein schlechtes Dasein klaglos erdulden müsse. So Böll in seinem nächsten Roman, ,,Und sagte kein einziges Wort" (1953).

,,Wo warst du, Adam?" erschien zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland große Kämpfe gegen die Restauration des Kapitalismus und gegen die Remilitarisierung führten. Mit scharfen Unterdrückungsmaßnahmen gingen die westlichen Besatzer und die Adenauer-Regierung gegen die Volksbewegung vor, die die Wiederaufrüstung angriff und den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages forderte. Bereits 1946/47 beteiligte sich der kaum wiedererstandene westdeutsche Imperialismus an einem neuen, ungerechten Krieg: zusammen mit den USA und Großbritannien gegen den Befreiungskampf des griechischen Volkes.

1951, zum Zeitpunkt der Herausgabe des Romans, befand sich der BRD-Imperialismus voll in der Wiederaufrüstung. Böll spielte eine wichtige Rolle für die Bourgeoisie in dieser Phase, weil er es verstand, den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Remilitarisierung, der in seinem bewußtesten Teil auf den Sozialismus hinzielte, zu zersetzen. Verströmung von Pazifismus und Resignation bedeutete ideologische Entwaffnung. Diese positive Rolle für die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie spielt Böll auch heute noch, wenn es ihm auch immer schwerer wird, seine ,,Verteidigung der Republik" als fortschrittlich zu verkaufen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten. –



9.5.1945 – Unterzeichnung der Kapitulation durch die deutsche Delegation im sowjetischen Hauptquartier in Berlin



12. August 1948 – 20000 Arbeiter und Angestellte in Frankfurt/Main gegen die imperialistischen Besatzermächte



Winter 46/47 – Berlin. Frauen beseitigen die Folgen des imperialistischen Krieges.



Juli/August 45 – Winston Churchill und Harry S. Truman während der Potsdamer Konferenz

4.5.1945 – Rotarmisten hissen die Sowjet-Fahne auf dem Reichstagsgebäude

8.5.1949 – US-General Clay zeichnet das Grundgesetz ab. Hinter ihm der britische Hochkommissar.

1940 Die italienischen Faschisten überfallen Griechenland. Die britischen Imperialisten ziehen alle verfügbaren Truppen und Luftwaffeneinheiten zusammen, um, gestützt auf das reaktionäre Regime Griechenlands, ihre Kontrolle über Griechenland als vorgeschobenen Posten für die Beherrschung der Ölfelder des Nahen Ostens zu sichern.

1941 Die Hitlerfaschisten schließen sich dem Überfall Italiens an. Im Kampf zur Vertreibung der Aggressoren schließen sich alle antifaschistischen Klassen unter Führung der Kommunistischen Partei Griechenlands zur Nationalen Befreiungsfront (EAM) zusammen. Schritt für Schritt befreien sie wichtige Teile des Landes, das die deutsche und italienische Finanzbourgeoisie bereits unter sich aufgeteilt hatten.

1942 Die nationale Befreiungsarmee (ELAS) wird gegründet. Sie bringt den Plan der Faschisten, Kreta zur größten Seefestung des Mittelmeeres auszubauen, zum Scheitern.

1943 Als Organ der Herrschaft aller antifaschistischen Klassen beschließt die EAM die Bildung eines Politischen Komitees (PEEA), das aus seinen Reihen einen Nationalen Rat als provisorische Regierung wählt. Ca. 90% des Landes, bis auf die großen Städte wie Athen und Tessaloniki, sind bereits befreit.

1944 25. August. Hitler wird zum Rückzug gezwungen. Die britischen Imperialisten lassen sich von der faschistischen Armee die besetzten Stellungen übergeben unter der Zusage, die Faschisten ziehen zu lassen. Die gegen die Faschisten kämpfenden Völker zwingen Großbritannien dazu, die abziehenden Faschisten dann doch noch anzugreifen. Ihr Ziel, die Früchte des antifaschistischen Kampfes an sich zu reißen, verfolgen die britischen Imperialisten weiterhin.

Dezember. Britische Truppen belagern Athen. Sie werden von der ELAS erfolgreich bekämpft. Die amerikanischen Imperialisten schicken mit Flugzeugen und Schiffen Nachschub, und sichern den Transport zweier weiterer britischer Divisionen nach Griechenland.

1946/47 Mehrere amerikanische Kriegsschiffe werden nach Griechenland entsandt. Um die Kontrolle über Griechenland wiederzugewinnen und die EAM zu vernichten, verlangen die Imperialisten ,,freie Wahlen" unter ihrer Kontrolle, gesichert durch die britische Besatzungsmacht. Sie fälschen ein entsprechendes Wahlergebnis zurecht.

1947-49 Im Februar 1947 rufen die britischen Imperialisten die USA zu Hilfe, weil sie allein nicht mehr in der Lage sind, etwas gegen die Volksmassen Griechenlands auszurichten. Truman verkündet, in Zukunft würden die USA weltweit die Konterrevolution unterstützen. Eine halbe Milliarde Dollar Militärhilfe geht zu diesem Zweck nach Griechenland, dazu umfangreiche Kredite. Die BRD bietet 910000 Dollar für den gleichen Zweck an. Mit über 100000 Mann britischen Truppen, gestützt auf die griechische Reaktion und unter US-imperialistischem Kommando wird der nationale Befreiungskampf des griechischen Volkes und die EAM geschlagen und ein den US-Imperialisten höriges Regime errichtet.



Partisanen der Nationalen Volksbefreiungsarmee (ELAS)

Aus dem Programm des Politischen Komitees der nationalen Befreiung: ,,Der Nationale Rat besteht aus den Vertretern des ganzen griechischen Volkes. Sie kamen zusammen, um ihren festen Willen zu erklären, daß sie für die Befreiung des Landes bis zur völligen Zerschlagung des Faschismus und der Wiederherstellung der nationalen Einheit und Volkssouveränität kämpfen werden. Um die Ausübung aller Gewalt im Freien Griechenland zu definieren, wurde beschlossen:

. . . Alle Macht geht vom Volke aus. Lokale Selbstverwaltung und Volksgerichtsbarkeit sind die fundamentalen Prinzipien des öffentlichen Lebens der Griechen . . . Die Freiheiten des Volkes sind heilig und unverletzlich. Die kämpfende Nation wird sie verteidigen gegen jede Gefahr, woher sie auch immer kommen mag.

Alle Griechen, Männer und Frauen, haben die gleichen politischen und zivilen Rechte. Die Arbeit ist die fundamentale soziale Funktion und schafft das Recht, alle Annehmlichkeiten des Lebens zu genießen. Das vordringlichste Ziel und das leitende Prinzip bei der Ausübung der Regierungstätigkeit ist der Kampf um die Befreiung der Nation.

Der Nationale Rat, die PEEA, die bewaffneten und unbewaffneten Bürger dienen vor allem diesem Ziel. Die Nationale Armee – die ELAS – ist der bewaffnete Teil der Nation, der für die Befreiung des Vaterlandes und für die Befreiung des Volkes kämpft."

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt Nr. 2/79